

Leitbild »Ostdeutschland 2020«

Studie im Auftrag
der Fraktionsvorsitzendenkonferenz
der Partei DIE LINKE in den Landtagen
und im Deutschen Bundestag

DIE LINKE.

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	3
Einleitung	5
I. Ausgangslage – Ostdeutschland heute	7
II. Ostdeutschland 2020 – ein Zukunftskonzept	12
1. Das Leitbild – eine neue Perspektive	12
2. Krise des Neoliberalismus und Streit der Konzepte	14
III. Handlungsfelder – Zukunftsfelder – Innovationen	17
1. Kern eines neuen Gesellschaftsmodells – eine Neu- und Reindustrialisierung auf Basis des sozial-ökologischen Umbaus	17
2. Zukunftsfähige regionale Entwicklung	26
3. Neue Wege für Arbeit und Beschäftigung	33
4. Ostdeutschlandweit das Tor zur Zukunft öffnen: nachhaltige Bildungsreform und Stärkung der Kompetenzen zu lebensbegleitendem Lernen	43
5. Mit vorausschauender Gesellschaftspolitik einen spürbaren Zuwachs an sozialer Sicherheit herbeiführen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt neu begründen und stärken	52
6. Starke Zivilgesellschaft, solidarisches Gemeinwesen, handlungsfähige Staatlichkeit	59
IV. Den Umbau kreativ gestalten	66

DIE LINKE.

Fraktionsvorsitzendenkonferenz
der Partei DIE LINKE
Weydingerstraße 14 - 18, 10178 Berlin
Telefon: 030/21230833, Fax: 030/21230834
E-Mail: gernot.klemm@die-linke.de
V.i.S.d.P.: Gernot Klemm
Koordinator der Fraktionsvorsitzendenkonferenz

Autorengruppe Michael Thomas (Ltg.); Frank Berg,
Thomas Koch, Rainer Land, Rolf Reißig
**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

Kurzfassung

Ostdeutschland ist knapp 20 Jahre nach dem Umbruch in der DDR und der deutschen Vereinigung durch eine äußerst widerspruchsvolle, ja gegensätzliche Entwicklung gekennzeichnet. Nicht zu unterschätzen sind Erfolge und Fortschritte: Freiheitsrechte, demokratische Wahlmöglichkeiten, neue und moderne Infrastrukturen. Doch die grundlegenden Entwicklungsprobleme sind ungelöst. Das Wertschöpfungspotenzial ist über 30 Prozent niedriger als das Westdeutschlands. Es fehlen rund zwei Millionen Arbeitsplätze. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind in ferne Zukunft vertagt. Die Abwanderung vor allem der aktiven Bevölkerung zwischen 18 und 34 Jahren hält unvermindert an. Die Kluft zwischen den wenigen aufsteigenden („Leuchttürmen“) und den vielen strukturschwachen und absteigenden Regionen vertieft sich. Die Kommunen verfügen über viel zu geringe Finanzierungsquellen. Die soziale Verunsicherung erfasst immer größere Teile der Bevölkerung.

Der Abstand zur Entwicklung Westdeutschlands ist nunmehr seit über 10 Jahren nicht geringer geworden. Die Investitionsquote in Ostdeutschland ist rückläufig. Die Gefahr der Abkopplung ist real. Ostdeutschland ist von Transfers abhängig. Ostdeutschland erscheint so als besondere Problemregion in Deutschland wie in Europa. Der Kern des ostdeutschen Problems liegt darin begründet, dass bis heute kein selbsttragender, nachhaltiger Entwicklungspfad gelungen ist.

Der „Aufbau Ost“ als „Nachbau West“ ist endgültig gescheitert. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um einen Paradigmenwechsel, um ein gesellschaftliches Umsteuern. Denn der von West nach Ost übertragene Entwicklungspfad mit seiner neoliberalen Ausprägung ist nicht zukunftsträchtig. Er hat im Gegenteil Ost und West gleichermaßen in die Krise geführt. Während sich angesichts der aktuellen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise Bestrebungen zeigen, mit nur leichten Korrekturen die alten Pfadlogiken weiterhin beizubehalten, geht der vorliegende Handlungsansatz von einem erforderlichen und möglichen umfassenden Pfadwechsel aus. Für diesen Pfadwechsel, der auf nationaler, europäischer und globaler Ebene ansteht, können gerade auch von Ostdeutschland wichtige Impulse ausgehen.

Das vorliegende Zukunftskonzept und Leitbild „Ostdeutschland 2020“ zielen daher auf einen solchen umfassenden Pfadwechsel. Entsprechend ist das Leitbild formuliert:

Ostdeutschland – auf dem Weg einer selbsttragenden Entwicklung und zukunftsfähigen Region, gegründet auf den Einstieg in den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft.

Ostdeutschland – eine solidarische Gesellschaft, geprägt durch regionale, soziale, kulturelle Vielfalt.

Ostdeutschland hat eine reelle Chance, wenn es einen solchen zukunftsfähigen Entwicklungsweg beschreibt. Mit dem Leitbild „Ostdeutschland 2020“ liegt ein Entwicklungs- und Gestaltungskonzept vor, welches das Heutige mit dem Morgigen und dem Zukünftigen verbindet.

Der aufschlussreichen Diagnose zu Ostdeutschland und kritischen Auseinandersetzung mit verfehlten Wachstums- und Entwicklungskonzepten folgt die Ausarbeitung des alternativen Konzepts in den einzelnen Politik- und Handlungsfeldern. In jedem werden bisherige Entwicklungsdefizite, aber auch Anknüpfungspunkte identifiziert und Erfordernisse für eine Ausrichtung dieser Felder auf einen zukunftsfähigen Entwicklungspfad skizziert. Dabei ist zentral, dass die Handlungsfelder ineinander greifen und Bestandteil einer vorausschauenden Gesellschaftspolitik werden. Folgende Handlungsfelder werden aufgeführt und inhaltlich begründet:

Wirtschaftliche Entwicklung Es geht um Anreize und Rahmenbedingungen für eine ressourceneffiziente Produktionsweise, den Aufbau einer neuen Industrie, den zukunftsorientierten Umbau der noch vorhandenen. Ostdeutschland kann so eine neue Perspektive als regorganisierte Industrieregion modernen Zuschnitts gewinnen.

Regionalentwicklung Der vorgeschlagene Umbau bringt die spezifischen Stärken und Potenziale von Regionen in den Blick; regionale Vielfalt ist in einem kooperativen, solidarischen Miteinander möglich.

Arbeitsmarkt und Beschäftigung Sozial-ökologische Entwicklung und vielfältige Innovationen erschließen neue Beschäftigungsmöglichkeiten, reduzieren Arbeitslosigkeit. „Gute Arbeit“, die Ankerkennung sehr unterschiedlicher Tätigkeitsformen und soziale Teilhabe durch ein progressives Grundeinkommen sind wichtige Ziele.

Bildung und Lernen Ein demokratisches Bildungs- und Lernprojekt – offene und breite Zugänge für alle, Transparenz, Vernetzung verschiedener Wissensformen und Lerninstitutionen – ist Kern des gesellschaftlichen Umbaus.

Sozialpolitik/Sozialsysteme Eine neue Sozialpolitik zielt auf den Abbau sozialer Verwundbarkeit, die Sicherung und den Ausbau öffentlicher Leistungen sowie die uneingeschränkten Zugang zu diesen, die Entwicklung eines zukunftsfähigen sozialen Gemeinwesens.

Demokratie und Zivilgesellschaft Rückgewinnung politischer Gestaltungsfähigkeit durch partizipative Demokratie, demokratische Selbstorganisation, Wirtschaftsdemokratie, eine progressive Zivilgesellschaft.

Voraussetzung für die Umsetzung dieses Entwicklungs- und Gestaltungskonzepts ist ein politischer Richtungswechsel. Ein solches Zukunftskonzept braucht deshalb breite Unterstützung. Wir sind überzeugt davon, dass dieses Leitbild zeitgemäß, attraktiv und herausfordernd genug ist, um eine solche Unterstützung auch zu erreichen.

Einleitung

Die Belange Ostdeutschlands sollten für eine Linke, die sich als gesamtdeutsche Partei versteht, von ausdrücklicher Bedeutung sein. Denn zum einen ist Ostdeutschland heute, zwei Jahrzehnte nach dem Umbruch in der DDR und der deutschen Vereinigung ein besonderer Problemfall der gesamtdeutschen Bundesrepublik. Zum anderen ist die Linke in den ostdeutschen Bundesländern, Regionen, Kommunen fest verankert und hat dort inzwischen ihre gesellschaftliche Kompetenz sowohl in der Opposition als auch in der Regierungsverantwortung nachgewiesen. Will sie sich der Verantwortung gegenüber den Interessen, Hoffnungen und Erwartungen der Menschen in den neuen Bundesländern stellen, muss sie gemeinsam mit ihnen nach neuen Lösungswegen für die heutige und künftige Entwicklung Ostdeutschlands suchen.

Diesem Ziel dient auch das – von unabhängigen Wissenschaftlern unterbreitete – langfristig angelegte, praktisch umsetzbare Zukunftskonzept „Ostdeutschland 2020“. Es bietet fernab vom Parteienstreit einen neuen, realistischen Entwicklungsansatz Ost, mit dem der Osten Deutschlands seinen eigenen Platz in einem sozialen, zukunftsfähigen Deutschland, einem sozialen, zukunftsfähigen Europa erstreiten kann.

Der „Aufbau Ost“ als „Nachbau West“ ist endgültig gescheitert. Denn der Kern der ostdeutschen Probleme liegt darin begründet, dass kein selbsttragender, nachhaltiger Entwicklungspfad erreicht wurde. Daran können auch die partiellen Erfolge nichts ändern.

Das Dilemma dieser Entwicklungsfalle muss durchbrochen werden. Ostdeutschland hat zu viele alte Antworten, es braucht neue Antworten auf neue Fragen und Herausforderungen. Die alten Antworten taugen nicht mehr, weder in West noch in Ost. Angesichts der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise gilt dies mehr denn je. Der Blick muss nach vorn gerichtet sein. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um einen Paradigmenwechsel, um ein gesellschaftliches Umsteuern; um eine Abkehr vom marktradikalen Weg und der Öffnung hin zu einem sozial gestalteten, zukunftsfähigen Entwicklungsweg. Mit dem Leitbild „Ostdeutschland 2020“ wird ein solch konkreter, begründeter und machbarer Weg gezeigt, der das Heutige mit dem Morgigen und dem Zukünftigen verknüpft. Voraussetzung dafür ist und bleibt ein politischer und gesellschaftlicher Richtungswechsel.

Dieses Konzept ist ein strategisches Angebot an alle, denen es um die Zukunft unseres Landes geht. Indem es der Öffentlichkeit unterbreitet wird, ist auf eine breite demokratische und kritische Debatte zu hoffen. Dabei ist für einen Wettbewerb um die besten Ideen und Lösungsansätze für eine zukunftsfähige Entwicklung Ostdeutschlands, seiner Länder und Regionen zu plädieren.

I. Ausgangslage - Ostdeutschland heute

Viele Widersprüchlichkeiten

Die gesamtgesellschaftlichen Trends der letzten Jahre stellen Ostdeutschland als eine widersprüchliche Region mit offener Perspektive dar. Es zeigen sich tief greifende Widersprüche und Disparitäten, die zugleich enorme Gestaltungsherausforderungen bedeuten. Dabei geht es nicht um einzelne Bereiche oder Belange und auch nicht nur um statistische Kennziffern: Die übergreifende Herausforderung besteht darin, aus Ostdeutschland als einer weitgehend abgehängten und Nachzügler-Region ein Zukunftsprojekt, ein Zukunftsmodell zu machen. Dafür steht das hier entworfene Leitbild.

Ostdeutschland ist heute, zwei Jahrzehnte nach friedlicher Revolution und Vereinigung, noch immer als Region zum Teil durch gegensätzliche Entwicklungen gekennzeichnet. Nicht zu unterschätzen sind Erfolge und Fortschritte: dokumentierte Wohlstandsgewinne, Reisefreiheit, demokratische Grundrechte. Solche Fortschritte und Erfolge kommen den Menschen in Ostdeutschland zugute. Hervorzuheben ist, dass es Gebiete gibt mit guten Entwicklungschancen – etwa mit den „Leuchttürmen“ um Dresden, Jena oder auch Potsdam und Berlin –, dass sich erfolgreiche neue wirtschaftliche Entwicklungen und Innovationen im Bereich von Zukunftstechnologien zeigen; einige davon befinden sich weltweit in einer Vorreiterrolle: Entwicklungen regenerativer Energien, Projekte der Solarenergie, ressourcensparende Produktions- und Verkehrsformen. Ostdeutschland hat zu großen Teilen eine moderne, zukunftssträchtige Infrastruktur.

Und doch ist nicht nur in allen wichtigen wirtschaftlichen Indikatoren der Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland nach wie vor beträchtlich und zeigt sich eine anhaltende Stagnation im häufig beschworenen Aufholprozess – das Bruttoinlandsprodukt verharrt bei etwa 67% Westdeutschlands, die Produktivität bei 65%; die Arbeitslosigkeit ist noch immer deutlich höher und in Bereichen wie Langzeitarbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit in ländlichen Regionen etc. verfestigt; die Abwanderung aus dem Osten hält, trotz abgeflachter Dynamik, an. Ostdeutschland ist noch immer insgesamt eine Problemregion innerhalb der Bundesrepublik, innerhalb Europas.¹ Ein selbsttragender Aufschwung ist nicht gelungen. Die genannten Fortschritte und Erfolge sind begrenzt, punktuell, ihnen stehen zu einem großen Teil weniger erfolgreiche Entwicklungen und gravierende Hemmnisse, Blockaden zur Seite: Die anhaltende Arbeitslosigkeit und Abwanderung vor allem der aktiven Bevölkerung zwischen 18 und 34 Jahren; eine Abnahme der Erwerbspersonen im Kontrast zu stabiler Langzeitar-

beitslosigkeit, also das „Zusammenspiel“ von Fachkräftemangel und Arbeitslosigkeit in Regionen; die zum Teil katastrophale Finanzlage von Kommunen und Ländern; zurückgehende Investitionen; Dominanz von peripheren und schwachen Regionen gegenüber den wenigen Leuchttürmen etc.

Infolge dieser insgesamt widersprüchlichen, gegensätzlichen Entwicklungen in Ostdeutschland droht nicht nur ein anhaltender Rückstand gegenüber Westdeutschland. Wenn keine ausreichenden Antworten gefunden werden, droht vielmehr ein Rückfall, eine endgültige Abkoppelung des Ostens. Viele der Kennziffern sind seit mehr als einem Jahrzehnt rückläufig, beispielsweise die Entwicklung des BIP oder das Niveau der Investitionen. Vor allem haben sich Faktoren verfestigt, die langfristig Hemmnisse darstellen – von den irreparablen Folgen der Abwanderung junger, gebildeter und qualifizierter Menschen aus dem Osten bis zu fehlenden Großunternehmen.

Gefordert sind neue Antworten! Ostdeutschland ist Teil eines umfassenden, globalen Umbruchsszenarios, erforderlich ist ein neuer Entwicklungspfad, also ein Richtungswechsel, ein Umsteuern in der Entwicklung. Die Beibehaltung des bisherigen Pfades einer nicht innovativen und rückwärtsgewandten Umbruchsbewältigung führt nur weiter in die Sackgasse. Das ist auch nicht mit Transfers zu korrigieren. Der fällige Richtungswechsel hin zu einem tauglichen Zukunftsprojekt muss vom Gegebenen, der Situation in Ostdeutschland heute, ausgehen. Darauf zielt das Leitbild „Ostdeutschland 2020“ – als Bestandsaufnahme und Projektion.

Ostdeutschland heute, das ist nicht nur und immer weniger eine Region mit DDR-Hinterlassenschaft und -Erbschaft. Real ist von der DDR wenig geblieben, und manches von dem, was geblieben ist, ist kaum zukunftssträchtig. DIE LINKE. hat ihre kritische Position zur DDR längst gefunden und vertritt diese immer wieder. Zugleich aber macht sie es sich nicht so leicht wie die anderen Parteien und politischen Kräfte. Die DDR war Teil einer weltweiten Alternativsuche zu Faschismus und Krieg. Sie ist Teil der Vorgeschichte Ostdeutschlands und so Erbschaft der Bundesrepublik. Dabei geht es nicht nur um die Dinge, die auf Grund ihres fortgeschrittenen Entwicklungsniveaus hätten erhalten bleiben können oder sollen: Standards und Organisationsformen im Gesundheitswesen wie Reihenuntersuchungen für Kleinstkinder oder Polikliniken; Kinderbetreuung wie Ganztagschulen; größere Gleichberechtigung der Frauen, insbesondere mit Blick auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie; Kulturhäuser, Theater; nicht zuletzt ihre Wertepreferenzen soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, Frieden. Es geht aber auch darum, die schwierigen und lange nachwirkenden problematischen strukturellen wie mentalen Hinterlassenschaften der DDR zu benennen: Undemo-

¹ Dazu u.a. Busch, U./Kühn, W./Steinitz, K. 2009: Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland. Aktuelle Probleme im 20. Jahr der Einheit. Hamburg

kratisch-autoritäre Strukturen und Verhaltensweisen; Staatsfixiertheit; unzulängliche wirtschaftliche Steuerung; Vorbehalte gegenüber Fremden etc. Die letzten Jahrzehnte waren auch eine Auseinandersetzung mit solchen Erbschaften.

Gescheiterter Nachbau

Die bisherige Vereinigungspolitik oder auch die Transformation Ostdeutschlands „vom Plan zum Markt“ stand unter einem absolut dominierenden Leitprinzip: der vollständigen Übertragung aller Institutionen von West- nach Ostdeutschland; dem dominierenden Ziel Nachbau West. Eingerahmt in die Versprechungen blühender Landschaften und den Traum von einem neuen Wirtschaftswunder wurden rasch und zu- meist ohne jegliche Anpassungen alle Verfahren und Regelungen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen schlicht übertragen. Von der einseitigen, überzogenen Privatisierungspraxis der Treuhandanstalt, der überstürzten Währungsunion bis zu überbordenden Verwaltungsstrukturen. Das war in einzelnen Aspekten angemessen und erfolgreich, insgesamt aber fatal und führte gerade nicht zu innovativen Entwicklungsimpulsen, sondern zu einem Korsett, in dem mögliche Ansätze solcher Impulse eingeschnürt wurden. Statt ein Schritt zu gestaltbarem Wandel: Deindustrialisierung, Massenarbeitslosigkeit, Stagnation und Erosion. Die aufgeführten strukturellen Defizite sind wesentlich damit verbunden. Aktivität und Engagement der Ostdeutschen, die durchaus ihren eigenständigen Beitrag leisten wollten, wurden so blockiert und führten vielfach und folgenreich zu negativen Erfahrungen mit der neuen Ordnung von Marktwirtschaft und Demokratie.

„Demokratie ist im Wertevorrat der Ostdeutschen fest verankert. Seit 1994 ist die generelle Zustimmung zur Demokratie nicht wesentlich gesunken. Für 66 % der Befragten stellt Demokratie einen Grundwert dar.

Dagegen ist die Zufriedenheit mit der praktischen Gestaltung der Demokratie von dem ohnehin geringen Wert von 17 % im Jahr 1994 auf nur 12 % im Jahr 2008 gesunken. ... Nur noch 8 % der Befragten sind mit ihrem eigenen Einfluss auf die Politik zufrieden.

Derartige Erfahrungen und Bewertungen schlagen sich auch in den Erwartungen an die demokratische Entwicklung nieder. Waren es 1994 noch 28 % der Bevölkerung, die im Hinblick auf die demokratische Entwicklung Verbesserungen erwarteten, so sind es in diesem Jahr nur noch 6 %.“

Leben in den neuen Bundesländern, September 2008: www.sfz-bb.de

Dieses Modell der rigiden Übertragung und des Nachbaus ist gescheitert. Wesentlich für eine Politik, die zu neuen Gestaltungsansätzen kommen will, ist es, Konsequenzen aus dieser Einsicht zu ziehen. Mit der bisherigen Nachbaustrategie wurden einerseits die

schon bekannten, alten Probleme Westdeutschlands noch einmal im Osten potenziert. Zugleich musste auch deshalb der Osten wiederum negativ auf den Westen zurückwirken – eine sich selbst verstärkende Problemspirale mit materiellen und mentalen Folgewirkungen hier wie dort war generiert. Chancen der Vereinigung wurden verspielt, die erforderliche gemeinsame Neugestaltung von Ost und West verhindert.

Für die regierenden Parteien in der Bundesrepublik sind das Verfangenbleiben in der Problemspirale wie ein Beibehalten der verfehlten, gescheiterten Strategie kennzeichnend. Daran ändert nichts, dass sie im Vorfeld der anstehenden Jubiläen den Osten plötzlich, scheinbar wiederentdeckt haben,² zu stark dominieren die alten Erklärungs- und Verdrängungsmuster. Auftauchende Probleme führen zu grotesken Verarbeitungsmustern, wie jüngst auf dem Parteitag der CDU. Zu wenig greifen – wie im Bericht zum Stand der deutschen Einheit des Jahres³ – die einzelnen Vorschläge und Empfehlungen. Man braucht nur die allgemeinen Appelle und auch hervorgehobenen Handlungsfelder mit der eben von diesen Parteien oder der Bundesregierung praktizierten Politik zu vergleichen! Natürlich sind viele der Einschätzungen und Aufgaben in den Handlungsfeldern zutreffend. Wie aber sollen sie umgesetzt werden, angesichts offensichtlicher Widersprüche zur eigenen politischen Praxis? Wie aber vor allem sollen Veränderungsimpulse gesetzt werden, wenn die übergreifende Perspektive doch wieder heißt: Der Weg ist richtig, es gilt die Angleichung an Westdeutschland, an bisher verfolgte Entwicklungsmuster! Grundlegende Fragen werden nicht gestellt; von einem wirklichen Umsteuern ist keine Rede.

Versuche eigenständiger Gestaltung

Wenn wir mit Leitbild und Handlungsempfehlungen für ein solches erforderliches Umsteuern in Ostdeutschland plädieren, dann auch vor dem Hintergrund der bereits in den Ländern gemachten praktischen Gestaltungserfahrungen der LINKEN in Ostdeutschland, der hier ausgearbeiteten strategischen Konzepte und Leitbilder. Über 200 Bürgermeister, 4 Landräte und drei Regierungskoalitionen sprechen für diese Erfahrung. Zu verweisen ist auf eine beachtliche soziale Gestaltungsarbeit unter schwierigen Bedingungen. Die Politik der LINKEN zeigte und zeigt Wirkungen, praktische Ansätze für einen Politikwechsel sind gegeben.

Es muss festgehalten werden, dass die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern, in Berlin und auch in Sachsen-Anhalt bei aller Widersprüchlichkeit und den gesetzten Grenzen auf durchaus erfolgreiche, überzeugende Regierungsarbeit bzw. Tolerierung verweisen kann. Es ist falsch, dass Rot-Rot für Chaos

² Perspektiven für den Osten Deutschlands – Moderne Mitte Europas. Beschluss des Präsidiums der CDU Deutschlands vom 30. Juni 2008; Viel erreicht – viel zu tun! Papier der ostdeutschen Sozialdemokraten (hrsg. v. Wolfgang Tiefensee und Iris Gleicke).

³ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008. September 2008

stehen würde! Es ist falsch, dass mit Rot-Rot nur der finanzielle Ruin der Länder drohen würde! Das Gegenteil lässt sich zeigen; Mecklenburg-Vorpommern hat gerade unter Rot-Rot die Verschuldung abgebaut. In Berlin leistet die LINKE – nach anfänglichen Schwierigkeiten – einen anerkannten Beitrag zur Gestaltung der Stadt. Zu verweisen ist auf praktische Aktivitäten zu öffentlicher Beschäftigung, auf soziale Leistungen, Veränderungen im Bildungsbereich. So oder so hat die LINKE einen Spagat auf sich genommen, der sie als politik- und gestaltungsfähig ausweist.

„Die vom Arbeitsministerium initiierte Veranstaltungsreihe „Idee sucht Kapital – Kapital sucht Idee“, bei der Banken, Unternehmen und zukünftige Gründer miteinander ins Gespräch kommen, hat gezeigt, dass die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern voller Unternehmungslust und Kreativität stecken. Es kommt darauf an, ihnen eine Chance zu geben. Und sie erhalten eine Chance, wenn wir zusammenbringen, was zusammengehört: Wirtschaft und Wissenschaft, Politik und Kultur. Landespolitik muss unternehmerisch sein, als Unternehmer taugt sie nicht.“

Helmut Holter, Im Nordosten was Neues, Schwerin 2002: 63

Die LINKE ist anhaltend und breit im Osten verwurzelt. Ihre besondere Aufmerksamkeit gilt den sozial Benachteiligten und Ausgegrenzten. Doch die LINKE greift auch im Interesse dieser Benachteiligten und Ausgegrenzten über diese hinaus und ist in neuen, in einkommensstarken, in hoch gebildeten und gut qualifizierten, in gesellschaftlich integrierten sozialen Gruppen und Milieus vertreten. Zu ihrer festen Anhängerschaft von über 30 % der Bevölkerung im Osten gehören Arbeitslose wie Beschäftigte, Arbeiter wie Angehörige der Mittelschichten, gehören in hohem Maße gewerkschaftlich und kommunal aktive

Menschen. Die LINKE ist zu einem wichtigen Faktor in der Zivil- oder Bürgergesellschaft geworden. Und die ostdeutsche Zivil- oder Bürgergesellschaft ist keineswegs primär nationalistisch, traditionalistisch oder gar rechtslastig.

Ein dominierender Anteil von Älteren, die wichtige Erfahrungsträger sind, verschließt nicht den Blick auf die jungen, kreativen Milieus. So finden sich Werte und Orientierungen, die die traditionellen „arbeiterlichen Dispositionen“ der DDR-Gesellschaft widerspiegeln, wie auch bürgerlich-humanistische und linksintellektuell-alternative. Die besonderen Wenderfahrungen in Ostdeutschland haben nach Befunden der Werteforschung zu einem dynamischen Typus von „aktiven Realisten“ geführt, der ein bemerkenswertes Zukunftspotenzial darstellt: Junge Menschen, denen traditionelle Werte wie Fleiß, Gemeinschaft und Ordnung so wichtig sind wie Selbstverwirklichung und Individualität. Sie mögen parteipolitisch schwierig, für ein Zukunftsprojekt aber sicher zu gewinnen sein!

Die Landesentwicklungskonzepte, welche DIE LINKE in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bereits vorgelegt hat,⁴ an denen sie in Mecklenburg-Vorpommern arbeitet, begründen Voraussetzungen, Bedingungen und konkrete Schwerpunkte für ein Umsteuern in Richtung einer zukunfts-offenen Entwicklung. Die Suche nach Innovationen, Öffnungen und einem neuen Perspektivengewinn gegen unsoziale Scheinperspektiven, Lethargie und Erosion eint alle Konzepte. Zugleich finden sich vielfach ebenso praktische Ansätze für ein Handeln in den Regionen und Kommunen der Länder. Die LINKE hat deutlich an Handlungsmacht gewonnen, in ostdeutschen Parlamenten, in Landesregierungen, auf kommunaler Ebene, in Bürger- und Zivilgesellschaft, den unterschiedlichen sozialen Milieus. Auch das gehört zu den Voraussetzungen bzw. zur Bestandsaufnahme.

⁴ Aleksa. Alternatives Landesentwicklungskonzept für den Freistaat Sachsen (2004); Sachsen-Anhalt 2020. Innovation und soziale Gestaltung für ein zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt (2005); „Zeit für Veränderung“. Landesprogramm Thüringen 2020 (2007); Unsere Heimat. Für ein zukunftsfähiges Brandenburg der Regionen (2008).

II. Ostdeutschland 2020 – ein Zukunftskonzept

1. Das Leitbild – eine neue Perspektive

Ostdeutschland bleibt noch für längere Zeit ein Raum mit spezifischen wirtschaftlichen, sozialen und geistig-kulturellen Merkmalen, mit seiner partiell eigenständigen Vorgeschichte. Ostdeutschland ist zugleich und übergreifend Teil der gesamtdeutschen Volkswirtschaft, Gesellschaft und fest integriert in Europa. Daraus ergeben sich wesentliche Leitlinien, damit sind Abhängigkeiten verbunden und entscheidende Einflussfaktoren gegeben. Fragen mag man in Ostdeutschland finden, die Antworten weisen über Ostdeutschland hinaus; es geht nicht um eine zu erhaltende Eigenständigkeit und Sonderrolle Ostdeutschlands. Die Perspektive besteht in einer sich progressiv entwickelnden starken Bundesrepublik, einem sich progressiv entwickelnden starken Europa! Dafür braucht es entsprechende Voraussetzungen; in einem „Europa der Regionen“ hat jede Region ihren Beitrag zu leisten. Das gilt eben vor allem auch für Ostdeutschland, dem ansonsten der Absturz in die europäische Peripherie droht.

Heute ist von einer solchen progressiven Entwicklung wenig zu sehen, in den letzten Jahren wurde sie durch den weltweiten Vormarsch des Neoliberalismus weiter zurückgedrängt. Die jüngsten dramatischen Turbulenzen auf dem Finanzmarkt haben neue Gefährdungen erzeugt. Gerade damit gilt: Das „Weiter-so“ ist nun schon gar nicht mehr möglich, ein Umsteuern dringend erforderlich. Und hier sollte und hier kann Ostdeutschland aus seiner besonderen Betroffenheit heraus eine exponierte, eine Vorreiter-Rolle einnehmen. Darauf zielen Strategie wie ein mit dieser verbundenes Leitbild:

Ostdeutschland – auf dem Weg einer selbsttragenden Entwicklung und zukunftsfähigen Region, gegründet auf den Einstieg in den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft. Ostdeutschland – eine solidarische Gesellschaft, geprägt durch regionale, soziale, kulturelle Vielfalt.

- Selbsttragende Entwicklung bedeutet eine wirtschaftliche Perspektive, bei der die Verbrauchskennziffern im Grundlegenden den Produktionskennziffern entsprechen, nicht durch umfangreiche Transfers untersetzt werden müssen, und mit der Ostdeutschland aus Abhängigkeit und drohenden Abwärtsspiralen befreit werden kann;
- der sozial-ökologische Umbau schafft Voraussetzungen für die erforderlichen Innovationen in Industrie, Wirtschaft und Lebensweise, die zu einer entsprechenden selbsttragenden Entwicklung führen können;

- eine zukunftsfähige Region ist Ostdeutschland genau durch diesen sozial-ökologischen Umbau, einen diesen ermöglichenden und begleitenden gesamtgesellschaftlichen Wandel, der nachhaltige wirtschaftliche, soziale, kulturelle Innovationen hervorbringt.

Zukunftsfähig ist nur eine solidarische Gesellschaft mit vielfältigen Formen gleichberechtigter Teilhabe und individueller Freiheit der Menschen, mit einer Balance von Wettbewerb und Kooperation in der Wirtschaft, die einem sozial-ökologischen Umbau erst die entscheidenden Impulse zu geben vermag, mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in regionaler Vielfalt. Eine solidarische Gesellschaft muss mehr und mehr zur Voraussetzung eines zukunfts-offenen Wandels werden, so wie sie dessen Ziel ist.

Auf dem Weg zur Umsetzung eines solchen herausfordernden Leitbildes muss Ostdeutschland insbesondere seine innovativen, zukunftsfähigen Felder ausprägen. Der zu gestaltende Umbau ist keine technisch-technologische Angelegenheit ist, sondern verlangt und ermöglicht soziale Innovationen .

Umbruchsherausforderungen

Für diesen Weg müssen Antworten gefunden werden in jenen strukturellen Besonderheiten Ostdeutschlands, die eine selbsttragende Entwicklung befördern können. Solche Antworten gründen zugleich in einer anderen Art von Wirtschafts- und Sozialpolitik – ausgerichtet auf gleichwertige Lebensverhältnisse, auf Eigenverantwortung und Selbsthilfe, wirkliche Teilhabe und Selbstbestimmung, einen anderen Umgang mit regionalen, sozialen und kulturellen Differenzierungen – eine Anerkennung von Vielfalt, die auf solidarischem Zusammenhalt basiert.

Antworten zielen auf zukunftsfähige soziale, wirtschaftlich-technologische, kulturelle Strukturen und Muster. Eine solche Perspektive bietet enorme Chancen; eine solche Perspektive stellt enorme Herausforderungen dar.

Für eine solche Perspektive ist konsequentes, ja radikales Umsteuern nötig; eben ein Zivilisationswandel oder ein Paradigmenwechsel hin zu einem zukunfts-fähigen Produktions- und Sozialmodell. Es geht um gesamtgesellschaftliche Gestaltungsherausforderungen. Diese Herausforderungen verlangen neue Möglichkeiten breiter, gleichberechtigter Teilhabe wie zukunftstaugliche Innovationen.

Die entscheidende Antwort ist in der Suche nach einer zukunfts-fähigen Gestaltung des Umbruchs auf der Basis eines sozial-ökologischen Wandels von Wirtschaft und Gesellschaft zu sehen.

„Viele ahnen es, aber wenige sagen es: Der Klimawandel ruft nach einem Zivilisationswandel. Der Übergang zu einer postfossilen Zivilisation wird das bestimmende Vorhaben dieses Jahrhunderts sein – vor allem für die Industriegesellschaften. Er umfasst erstens ein technologisches Projekt, nämlich die Umgestaltung der gesellschaftlichen Hardware – von Gebäuden über Kraftwerke zu Textilien – zu ressourcenleichten und naturverträglichen Systemen. Das ist im Kern die Herausforderung für die Ingenieurs-, Verfahrens- und Designwissenschaften sowie für Planer und Manager. Zu ihm gehört zweitens ein Institutionenprojekt, nämlich der Aufbau von Regelwerken und Einrichtungen, welche die Achtung der Menschenrechte gewährleisten und die Entwicklungsdynamik der Wirtschaft innerhalb der Regenerationsgrenzen der Biosphäre halten. Das sind die Baustellen der Wirtschaftswissenschaft und der Politologie, vor allem ein Großthema für Konfrontation, Disput und Entscheidung in der politischen Öffentlichkeit und den Parlamenten. Und drittens umgreift ein solcher Wandel die Leitbilder für Handeln und Sein, von der persönlichen Lebensführung über das professionell Ethos zu den Prioritäten des Gemeinwesens.“

Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie 2008: Zukunftsfähiges Deutschland: 17

Damit ist vor allem eine Reform der wirtschaftlich-sozialen Orientierungen entsprechend den neuen ökologischen Erfordernissen gemeint. Damit ist der progressive Umbau der Arbeits- und Sozialsysteme gemeint, der Umbau von gesellschaftlicher Lebensweise und Kultur. Mit diesem gesamtgesellschaftlichen, komplexen strategischen Ansatz, der in den einzelnen Handlungsfeldern durchzubuchstabieren ist, gibt es eine realistische Zielstellung wie glaubhafte Vision!

2. Krise des Neoliberalismus und Streit der Konzepte

Hat diese Gestaltung des Umbruchs, diese Orientierung auf einen nachhaltigen und solidarischen Entwicklungsweg Chancen auf Verwirklichung? Die Antwort darauf wird nicht allein hierzulande zu entscheiden sein. Ostdeutschland ist Teil einer sich global rasant verändernden Welt.

Das industriell-fordistische, wohlfahrtsstaatliche Entwicklungsmodell des Nachkriegskapitalismus geriet seit Mitte der 1970er Jahre in die Krise. Die Verzögerung, ja Verweigerung der Gestaltung des Umbruchs führte zur zunehmenden Erosion dieses Entwicklungsmodells. Die Erwiderung darauf war der Neoliberalismus, der Übergang zu einer markt-radikalen Entwicklung.

Zunächst in den USA, dann in Großbritannien und etwas verzögert in Westdeutschland wie in der gesamten kapitalistischen Welt setzte sich dieser

Zug um Zug durch. Deregulierung, Privatisierung, Steuersenkung für die großen Unternehmen, Kürzung des Sozialhaushaltes, Angriffe auf die Gewerkschaften einerseits und Übergang zu einem gnadenlosen globalen Standort- und Verdrängungswettbewerb andererseits sind markante Kennzeichen dieses markt-radikalen Entwicklungsmodells der letzten Jahrzehnte. Sein ökonomischer Kern ist die Herausbildung und Dominanz des Finanzmarktkapitalismus.

Dieser neoliberale Entwicklungsweg ist nun selbst in eine tiefe Krise geraten und seine Versprechen von ungebremstem Wachstum, Stabilität, individuellen Freiheits- und Wohlfahrtsgewinnen für alle sind wie Seifenblasen zerplatzt. Die weltweite Finanzkrise, die sich zu einer Weltwirtschaftskrise ausweitet und sich zugleich als soziale und politische Krise offenbart, hat die Bedingungen für den Wandel, für die Gestaltung des Umbruchs grundlegend verändert. Die Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderungen sind gewachsen, zugleich aber auch die Gefahren der Selbstzerstörung. Die weitere Entwicklung hängt deshalb vor allem davon ab, welche Akteure sich wie formieren, die Kräfteverhältnisse verändern und den entscheidenden Einfluss auf die grundlegenden gesellschafts-politischen Entscheidungen gewinnen. Es geht um eine Rückgewinnung des Politischen. Das gilt für die globale Welt, für Europa genauso wie für Deutschland.

„Die Politik macht sich lächerlich, wenn sie moralisiert, statt sich auf das Zwangsrecht des demokratischen Gesetzgebers zu stützen. Sie und nicht der Kapitalismus ist für die Gemeinwohlorientierung zuständig.“

Jürgen Habermas, DIE ZEIT, 6. November. 2008: 53

Gegenwärtig zeichnen sich drei Konzepte, drei mögliche Entwicklungsszenarien als Antwort auf die Krise und die anstehenden Umbrüche ab:

Zum einen die Fortsetzung des Neoliberalismus mit anderen, veränderten, d. h. geschmeidigeren und flexibleren Mitteln. Diese neokonservative Strategie zur weiteren Gestaltung des Finanzmarktkapitalismus versucht eine Balance zwischen dem Schutz der „Errungenschaften“ des Neoliberalismus für die Herrschenden und den Bedrohungen aus der Krisensituation herzustellen. Auch Neoliberale und Neokonservative rufen nun wieder nach dem Staat. Nur zu welchem Zweck? Durch aktive staatliche Förderung sollen die liberalen „Marktchancen“ wieder erhöht und durch eine Sozialstaatspolitik die Einzelnen zu „Unternehmern der eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge“ gezwungen werden. Es wird gerade kein Ausweg aus alten Wachstumslogiken gesucht, diese werden durch Finanzpakete zementiert. „Überflüssige“ werden auch durch repressive Mittel, ausgegrenzt. Autoritäre Lösungen auf allen Ebenen präferiert.

Für Ostdeutschland hätte dies weitere verheerende Folgen. Die sozialen und regionalen Gegensätze würden sich enorm vertiefen. Wenigen Gewinnern

stunden viele Verlierer – ganze soziale Gruppen und Regionen, die auf Dauer abgehängt und „überflüssig“ würden – gegenüber.

Zum anderen ringen maßgebliche soziale und politische Kräfte unter Einschluss von Teilen der Mittelschichten um eine sozial-liberale Gestaltung des Finanzmarktkapitalismus. Sie treten für Wachstum, nicht zuletzt durch eine begrenzte sozial-ökologische Entwicklung und für eine „angemessene“ Teilhabe der Beschäftigten, für einen „aktivierenden Sozialstaat“ und für den gleichzeitigen Ausbau des Wettbewerbsstaates ein. Die markt-radikale Globalisierung soll „sozialer gestaltet“ werden. Grundlegende Strukturformen, tiefere Eingriffe in die Logiken und Funktionsmechanismen des dominierenden Entwicklungsmodells sind – zumindest bislang – nicht zu erkennen.

Gerade bei den aktuellen Krisenantworten bleibt die Große Koalition in Deutschland selbst noch hinter anderen westlichen Ländern zurück. Das betrifft sowohl den Verzicht auf nachhaltige regulierende Eingriffe in den Finanzmarkt als Pendant zu dem aufgezogenen „Rettungsschirm“ als auch die Art und Weise der verabschiedeten „Konjunkturprogramme“ und nicht zuletzt die weitgehende Vermeidung eines sozial-ökologischen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft, ja das Vertagen und Zurücksetzen klimapolitischer Ziele. Auch dies ist keine tragfähige, zukunftsfähige Alternative für Ostdeutschland und würde diese Region im Gegenteil weiter in Abhängigkeit und Blockierung halten.

Denn der sozial-ökologische Umbau, und das macht die gegenwärtige Finanz-, Wirtschafts- und Gesellschaftskrise noch deutlicher, muss endlich in Angriff genommen werden. Das ist das dritte Szenarium. International wird die Stimme der Befürworter von Nachhaltigkeitsstrategien trotz erheblicher Widerstände stärker. Selbst in den USA, lange der wesentliche Blockierer nachhaltiger Veränderungen, zeigen sich neue Ansätze. So sprechen die Demokraten davon, eine vollständige regenerative Energieerzeugung zu erreichen. Neben vielfältigen sozialen und politischen

Kräften, Organisationen, Bewegungen und international bekannten Ökonomen, Natur- und Geisteswissenschaftlern⁵ muss auch die LINKE für diese sozial-ökologische Transformation stehen und sie mit dem Ziel der Herausbildung einer solidarischen Gesellschaft verbinden. Dieses strategische Umbaukonzept ist der politische Gegenentwurf zur neoliberalen, marktradikalen Entwicklung. In den nächsten 10 bis 15 Jahren müssen dafür die entsprechenden Entscheidungen auf globaler, europäischer, nationaler Ebene fallen.

Ostdeutschland kann hierfür einen spezifischen Beitrag einbringen, von hier können Aufbruch und Neubeginn mit ausgehen. Dafür sprechen einmal die aufgezeigten Problemkonstellationen, die sich in Ostdeutschland wie in einem Zeitraffer zuspitzen. Dafür sprechen die bereits gewonnenen Ansatzpunkte für einen sozial-ökologischen Umbau und für innovative Umsteuerungen. Dafür sprechen die Potenziale linker, progressiver Akteure. Und schließlich sind es die in ostdeutschen Mehrheiten verankerten Werte und Orientierungen, die weitgehend dem aufgezeigten Leitbild entsprechen, und es sind die bisherigen Erfahrungen von friedlicher Revolution und Transformation, die Gestaltungsressourcen sein können.

Ostdeutschland kann diesen Weg aber nicht allein gehen. Der sozial-ökologische Umbau verlangt beträchtliche, aber eben zielgerichtete, Investitionen; die Logik der bisherigen Entwicklungen hat finanzielle Abhängigkeiten hervorgebracht oder vertieft, die nicht von heute auf morgen zu kompensieren sind. Ostdeutschland wird noch für einige Zeit, möglicherweise auch nach dem Auslaufen des Solidarpaktes 2019, auf strukturelle Sonderhilfen angewiesen sein. Mit dem Leitbild stehen diese aber unter dem Ziel einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Dynamik, schrittweise einer selbsttragenden Entwicklung – also einer Zukunftsendite. Strategie und Leitbild zielen auf die Beteiligung aller an diesem neuen Entwicklungsweg; breite Teilhabe, Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement sind tragende Pfeiler einer solidarischen Gesellschaft und ermöglichen soziale Innovationen.

⁵ Siehe auch: Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt – Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, 2008

III. Handlungsfelder – Innovationen – Zukunftsfelder

Ostdeutschland braucht eine neue Entwicklungsperspektive, um selbständig und selbstbewusst Antworten auf die globalen Herausforderungen zu finden. Dies eben nicht nur im Eigeninteresse, oder nicht nur in dem einer spezifischen politischen Bewegung. Die Bedingungen und Herausforderungen sind benannt. Strategie und Leitbild zielen auf eine solche Perspektive des komplexen gesellschaftlichen Umbaus, der sich auf sozialökologische Innovationen stützt. Darzustellen sind die Handlungsfelder, Leitprinzipien und Ansätze in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen für dieses Umbaukonzept.

1. Kern eines neuen Gesellschaftsmodells – eine Neu- und Reindustrialisierung auf Basis des sozial-ökologischen Umbaus

Ausgangslage Wirtschaft

Die wirtschaftlichen Probleme Ostdeutschlands sind ebenso markant wie die gesamtgesellschaftlichen. Es gibt nach wie vor keinen selbsttragenden Aufschwung. Es gelang nicht, eine Annäherung an das westdeutsche Wirtschaftsniveau durchzusetzen. Seit 1996 bleibt der Abstand vielmehr etwa gleich.

Die deutlich fragmentierte Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands ist im Kern Ergebnis von Deindustrialisierung und Transformation unter dem (falschen) Paradigma des Nachbaus West. Die Transformation wurde gerade im wirtschaftlichen Bereich weitgehend zu einem nicht innovativen, rückwärts – in ein altes Strukturmodell – gewandten Anpassungsprozess.

Es gab und gibt seit 1990 eine Vielzahl von Programmen, die zumeist speziell für Ostdeutschland gemacht oder schwerpunktmäßig in Ostdeutschland angewendet wurden und werden. Zu verweisen ist auf Programme der EU, auf Bundes-, Länder- und auch regionale Programme. Sie betrafen und betreffen alle Bereiche der ostdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft: Infrastruktur, Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung, Arbeitsmarkt etc.

Die Ergebnisse dieser Programme und Maßnahmen sind unstrittig und strukturell beachtlich. Ostdeutschland hat viele Vorzüge gehabt, die andere Transformationsländer nicht hatten. Auch im wirtschaftlichen Bereich sind die Effekte solcher Programme und Projekte durchaus beachtlich und anzuerkennen. Seien es solche, die sich auf regenerative Energien richten, oder solche, die Netzwerkbildung von KMU in verschiedenen Regionen anregen und unterstützen. DIE LINKE. hat ebenso programmatische Orientierungen in den Ländern eingebracht bzw./und in Regierungsverantwortung auch initiiert. Erinnerung sei an die Initiative zu Existenzgründungen in Mecklenburg-Vorpommern (Einfach anfangen!).

„Mach dein Ding – selbständig im Nebenerwerb

Während sich bundesweit immer weniger Menschen in Vollexistenz selbständig machen, steigt die Zahl der Existenzgründungen im Nebenerwerb stetig. Nebenerwerbsgründungen sind besonders für Menschen interessant, die unsicher sind, ob die Selbständigkeit das Richtige für sie ist. Außerdem können Sie fast gefahrlos testen, ob sich die Geschäftsidee auch verwirklichen lässt und ganz wichtig: ob sie davon leben könnten.“

Beispiel, aus: www.GRUENDER-MV.de

Im Ergebnis hat Ostdeutschland heute eine der modernsten und effektivsten Infrastrukturen Europas, zumindest in den Bereichen Kommunikation, Verkehr, Ver- und Entsorgung. Ostdeutschland hat ein Segment hocheffektiver Unternehmen, die wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt agieren, und in einigen Bereichen als flexible Spezialisten den Weltmarkt anführen. Ostdeutschland hat in vielen Regionen durch auf- und ausgebaute Fachhochschulen wie (noch) vorhandene Forschungseinrichtungen Voraussetzungen zu eigenständigen innovativen Entwicklungen. Dennoch bleibt die Gesamteinschätzung eines nicht gelingenden selbsttragenden Aufschwungs, einer nicht gelingenden Angleichung an Westdeutschland und eines insgesamt noch nicht zukunftsfähigen Entwicklungspfades.

Auf Grund der Deindustrialisierung in Ostdeutschland fehlen noch mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze, das Wertschöpfungspotenzial ist etwa 30 % zu niedrig. Ostdeutschland ist von Transfers abhängig (und zwar nicht nur und nicht zuerst von investiven, sondern gerade auch von konsumtiven). Diese Transfers aber können die Fähigkeit zu einer eigenständigen und selbst bestimmten Gestaltung sozioökonomischer Entwicklung erheblich einschränken und fehlleiten. Die Folgen sind Abwärtsspiralen, soziale Segregation und eine größer werdende Kluft zwischen aufsteigenden und absteigenden Regionen, zu denen viele ostdeutsche gehören.

Transferempfänger verlieren die Fähigkeit zur demokratischen Selbstdefinition ihrer Entwicklungsziele und ein großer, wachsender Teil der Bewohner gerät in die Abhängigkeit von Sozialleistungen und Fremdbestimmung. Zudem verstärkt selektiv wirkende Abwanderung die divergente Entwicklung und den Kompetenzverlust in den absteigenden Regionen. Mit einer solchen Abhängigkeit kann eine große Region auf Dauer nicht existieren. Das Ziel einer selbsttragenden Entwicklung ist unverzichtbar und muss unbeirrt verfolgt werden, auch oder gerade weil es nur langfristig und nicht auf dem bisherigen Wachstumspfad erreicht werden kann.

Aufbau tragfähiger Wirtschaftsstrukturen

Auf dem bisherigen Pfad ist auch mit weiteren Transfers, die immer unwahrscheinlicher werden, eine selbsttragende Entwicklung nicht zu erreichen. Da der Aufbau Ost als Nachbau West angelegt war und weitgehend noch immer ist, konzentriert(e) sich dieser Entwicklungspfad auf Ressourcen und Märkte, die weitgehend ausgeschöpft waren und keinen weitreichenden Spielraum für Innovationen und Erweiterungen zuließen. Der Aufbau stieß überall auf besetzte Märkte, die anderen mühsam abgerungen werden mussten. Der Vorteil eines innovationsorientierten Pfades hingegen wäre, neue, noch unbesetzte Märkte zu schaffen.

Daraus folgt, dass Ostdeutschland nur eine Chance hat, wenn der Aufbau einer langfristig tragfähigen Wirtschaftsstruktur übergreifend verbunden wird mit einem gesamteuropäischen, wenn man so will globalen Prozess des Wandels der Industrieentwicklung, durch den neue, auf Zeit wieder tragfähige Entwicklungslinien geöffnet werden. Dabei muss nicht jeder Nachbau westdeutscher Strukturen ein Fehler sein. Er wird aber nur dann die gewünschten Aufhol-Effekte haben, wenn er Teil eines gemeinsamen Neubaus ist, Teil eines Umbaus der Wirtschaftsstrukturen hin zu einem neuen Pfad.

Bei der Suche nach Zukunftsfeldern wirtschaftlicher Entwicklung werden oft neue bzw. innovationsstarke Technologien genannt, so die Nanotechnologie, die Energie- und Umwelttechnologie, die Biotechnologie, die optische und die Informations- und Kommunikationstechnologie. Aus volkswirtschaftlicher Sicht reicht es aber nicht, technologisch interessante Zukunftsfelder aufzuzeigen, die dann evtl. nur Ersatz sein könnten für bisherige – ohne zusätzliche Arbeitsplätze und zusätzliche Einkommen. Die Frage ist, wie der wirtschaftliche Prozess aussehen könnte, in dessen Verlauf aus Innovationsfeldern auch wirkliche Investitionen, neue Betriebe, Arbeitsplätze und Einkommen entstehen.

„Schon heute ist der innovative Bereich der regenerativen Energien und der Umweltschutztechnologien aufgrund günstiger Förderbedingungen ein zentrales Wachstumssegment für die neuen Bundesländer. Gut ein Viertel der in Deutschland regenerativ erzeugten Energie stammt mittlerweile aus den neuen Bundesländern. Hier entsteht derzeit das größte Solarkraftwerk der Welt. Auch bei der Herstellung von regenerativen Energieerzeugungsanlagen hat sich Ostdeutschland zu einem weltweit beachteten Standort entwickelt.“

Bericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit, 2008

Ostdeutschland hat die Chance, eine funktionsfähige Wirtschaftsstruktur auszubilden, die zu einem selbsttragenden Aufschwung führen kann. Die Chance ist verbunden mit dem globalen Prozess der Entstehung eines neuen Wirtschafts- und Energiesystems. Für die

kommenden Jahrzehnte ist eine grundlegende industrielle Revolution zu erwarten, die in ihrer Bedeutung und im Maße erfolgender Veränderungen nur mit der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts und der wissenschaftlich-technischen Revolution des 20. Jahrhunderts zu vergleichen ist. Es geht um die Herausbildung einer Industrie, bei der die Ressourceneffizienz deutlich schneller steigt als die Arbeitsproduktivität und in der wirtschaftliche Prozesse auf eine nachhaltige Weise mit Naturprozessen und Naturressourcen verbunden sind. Bei der globalen Energie-, Rohstoff- und Emissionswende handelt es sich nicht um einen mehr oder weniger wichtigen Innovationsstrang neben vielen anderen Entwicklungslinien (wie Computer, Kommunikation, Gesundheitswirtschaft und Spaßbäder), sondern um den Hauptstrom wirtschaftlicher Entwicklung, den Paradigmenwechsel der Industriegesellschaft.

Gemeint ist eben mehr als nur die Betrachtung von oder Verpflichtung zu Umweltstandards, die bisherige Produktionsweisen ergänzen und verträglicher machen würden. Gemeint ist auch mehr als die Akzentuierung neuer Prioritäten von Wissens- oder Informationsindustrie, von „weichen Faktoren“ (Bildung) gegenüber den „harten“ (Beton). Es geht um einen Basisprozess, der solche Trends gleichsam „aufhebt“ oder „einbettet“ und die Grenzen eines Modells,⁶ dessen zeitweiliger Erfolg mit einem enormen Ressourcenverschleiß verbunden war, zum Ausgangspunkt einer Pfadänderung macht. Mit einer solchen Entwicklungsweise können nämlich Innovationen induziert und selektiert werden im Hinblick auf ihre Wirkung für effiziente Ressourcenverwendung. Das fordistische Prinzip der Steigerung der Arbeitsproduktivität als Inhalt wirtschaftlicher Entwicklung wird zwar als Spezialfall der Ressourceneffizienz darin aufgehoben bleiben – insofern also wird es auch weiter eine Kopplung von Arbeitsproduktivität und Bedürfnisentwicklung, vermittelt über Lohn und Konsum geben. Zugleich aber geht es um einen umgreifenden Wechsel, der die Produktion neuer Gebrauchswerte, der gravierende qualitative Veränderungen im Konsum und der gesamten Lebensweise möglich macht wie er diese zur Voraussetzung hat. Ein markantes Beispiel ist das folgende:

„Der einzige bedeutsame Fall einer Ressourceneffizienzentwicklung in ... Größenordnung ist das Beispiel der Versauerungsgase. Es zeigt, dass eine vollständige Umstellung auf einen intensiven Reproduktionstyp möglich ist. Die Emission von Gasen, die sauren Regen erzeugen, Wälder vernichten und Naturkreisläufe schädigen, stieg bis in die 1970er Jahre auf das 1,2fache des Wertes von 1960, aber sie wurde dann nicht nur begrenzt, sondern die erreichte Effizienzsteigerung führte dazu, dass das 1980 noch hohe

⁶ Zu diesen Modellüberlegungen und dem aufgeführten Beispiel der Versauerungsgase: Land, Rainer: Ressourceneffizienz und die Grenzen des fordistischen Typs sozioökonomischer Entwicklung, 2008 (Ms.).

Emissionsniveau bis zum Jahr 2000 (also in einem Jahrzehnt) auf 14 Prozent des Wertes von 1960 abgesenkt werden konnte. Heute stellen Versauerungsgase in Deutschland (...) faktisch keine relevanten Emissionen mehr dar. In gewisser Weise kann die Entwicklung bei den Versauerungsgasen als Modell für einen Übergang von einer vorwiegend extensiven zu einer ausschließlich intensiven Reproduktion einer Ressourcennutzung dienen – sie zeigt, dass wirtschaftliche Entwicklung als Entwicklung neuer Produkte und neuer Verfahren, die sich in einem steigenden Bruttoinlandsprodukt ausdrückt, möglich ist – und zwar nicht nur bei nicht wachsender, sondern bei absolut sinkender, faktisch auf Null sinkender Belastung der betroffenen Ressource.“

Der Größenordnung nach beinhaltet diese wissenschaftlich-technische, wirtschaftliche und sozio-ökonomische Revolution den Umbau der gesamten Industrie der entwickelten Länder im Laufe eines Reproduktionszyklus des Kapitalstocks (also innerhalb von ca. 50 Jahren). Die Energie- und Rohstoffsysteme, die Abfallwirtschaft, die Emissionsbearbeitung, die Industrieanlagen, die Infrastruktur, die Gebäude, die Haushaltstechnik, die gesamten Produktions- und Konsumgüter müssen entsprechend dem Paradigma einer nachhaltigen Verknüpfung von Wirtschafts- und Naturkreisläufen überarbeitet und rekonstruiert werden. Auch das gesamte Regulationssystem der Wirtschaft einschließlich der Lohnregulation, der Transfers und der Kapitalmärkte muss institutionell umgebaut werden. Der avisierte Paradigmenwechsel ist damit also mit dem größten Innovations- und Investitionsprozess der bisherigen Geschichte moderner Industriegesellschaften verbunden.

Dieser Paradigmenwechsel ist Kern der gesamtgesellschaftlichen Umbaustrategie und steht insofern im Fokus des Leitbildes einer innovativen, zukunftsfähigen Neu- und Re-Industrialisierung. Viele Fragen sind noch offen, einige erste Ansätze und Antworten zeichnen sich ab. Die stehen nachfolgend im Mittelpunkt. Zugleich sind die vielfältigen wirtschaftlichen Entwicklungen, die damit verbundenen Chancen wie auch Herausforderungen in Ostdeutschland heute, nicht zu unterschätzen oder zu ignorieren. Deren Stärkung kann Umbauchancen durchaus befördern, Fehlsteuerungen und Fehlanreize könnten sie blockieren. Weiter auszuprägen sind wettbewerbsfähige Strukturen insbesondere durch Kooperation und Vernetzung im Bereich von Klein- und Mittelunternehmen. Erforderlich sind hier etwa regionale Strategien, die innovative Verbünde herausbilden und Fachkräfte sichern. Vielfach wettbewerbsfähig sind vorhandene Potenziale in traditionellen Branchen des verarbeitenden Gewerbes. Regionen haben zudem ihre jeweils spezifischen Potenziale in industriellen Branchen, in Landwirtschaft, Dienstleistungswirtschaft oder Tourismus. Wege in die Wissensindustrie führen zu neuen regionalen Stärkelpolen; hier liegen wichtige Chancen und Herausforderungen für Hochschulen und andere Wissenschaftseinrichtungen in den Regionen.

Dies alles bedarf großer Aufmerksamkeit und Unterstützung, darauf richten sich viele Aktivitäten vor Ort wie Länder- oder Regionalprogramme und -projekte. Die LINKE in Thüringen setzt sich beispielsweise für ein „öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm“ zur dezentralen Energieerzeugung und Energieversorgung durch einen Mix aus regenerativen Energien ein. Sachsen-Anhalt betont die besonderen Potenziale von grüner, aber auch von roter und weißer Biotechnologie. Es besteht eine Chance, solche und eine Vielzahl anderer Entwicklungen und Ansätze schrittweise mit dem umrissenen Paradigmenwechsel zu verbinden. Hier gibt es flexible Ansatzpunkte und kann – das ist nicht zynisch gemeint – das Fehlen von Großunternehmen und die kleinteilige Wirtschaftsstruktur Einstiegsvorteile generieren. Für Innovationen ist das vielfach belegt. Auch deshalb bildet der Paradigmenwechsel den zentralen Kern des Leitbildes. Abzuleiten sind aber auch Konsequenzen für aktuelle Förderprogramme und Regularien. So betont die LINKE in Thüringen:

„Die finanzielle Förderung von Energie-Sanierungen im Kommunalen Wohnungsbau ist sozial gerecht, weil es durch Energiesparmaßnahmen hilft, Kosten zu sparen. Hier sind u.a. folgende Maßnahmen möglich: Solardächer, Wärmedämmung, Brauch- und Regenwassernutzung, Energiesparende Heizungsanlagen, sowie kommunaler Verbrauch von Ökostrom zur Reduzierung des Atomenergieverbrauchs. Zudem soll ein Anreizsystem eingeführt werden, welches ökologisch verträgliches Handeln finanziell belohnt, ökologische Schäden verursachendes Handeln dagegen deutlich belastet. Ziel muss es auch sein, eine effizientere Nutzung von Rohstoffen und Energie zur Herstellung von Gütern und Dienstleistungen zu ermöglichen. Mit Hilfe eines Abfallkonzeptes sollen Abfallvermeidung und Wiederverwertung begünstigt werden.“

Dieser Umbau ist eben kein technischer oder allein wirtschaftlicher, sondern ist notwendigerweise ein gesellschaftlicher. Mit den aktuellen Krisenprozessen hat sich – so ist zu hoffen – ein deregulierter Markt, ein entfesselter Kapitalismus endgültig blamiert! Es sind die möglichen (!) Konsequenzen und Ziele eines solchen Umbaus, die sich mit einer Öffnung zu mehr sozialer Teilhabe der Menschen, vor allem zu Beschäftigung, zu mehr individuellen Freiheitsrechten verbinden müssen. In diesem Prozess sind jeweils solche zukunftsfähigen Innovationen zu selektieren, die dem Trend der Moderne zu sozialer Progressivität im Sinne der freien Entwicklung der Individuen entsprechen und den Interessenausgleich zwischen Kapitalverwertung und Teilhabe der Individuen erhalten. Deutlich sind die Konsequenzen für Sozialpolitik und Lebensweise, für Bildung usw. Vor allem aber verlangt der Umbau breite öffentliche Diskurse und demokratische politische Willensbildung. Es geht nicht um einfache Regulierung; es geht um eine ausreichende gesellschaftliche Willensbildung als Voraussetzung für die erforderliche Reorganisation von

Produktions- und Lebensweise. Zu berücksichtigen sind die konkreten, lokalen Gegebenheiten und Konsequenzen; Debatte und Willensbildung müssen von unten und von oben in Gang kommen. Ansatzpunkte bieten die nachfolgenden Ausführungen.

Wege einer Neu- und Re-Industrialisierung

Die Leitlinien zielen schwerpunktmäßig auf den sozial-ökologischen Umbau Ostdeutschlands.

Wie kann Ostdeutschland als vergleichsweise kleine Region dabei seine eigene industrielle, wirtschaftliche Entwicklung voranbringen? Zunächst sind große Teile Ostdeutschlands von den Potenzialen her gut geeignet, sich in diesen Umbruch einzubringen und sich in diesem Umbruch selbst weiter zu entwickeln. Das betrifft vorhandene Forschungskapazitäten und die Wissenschaft insgesamt, die sich dann aber noch stärker dem Umbau stellen müssen. Das betrifft die noch vorhandenen Kapazitäten vor allem selbständiger industrieller Forschung und Entwicklung. Drittens sind es die allgemeinen industriellen Kapazitäten der „flexiblen Spezialisten“, die insbesondere Produktionsmittel und Anlagen für Weltmärkte produzieren und die die Fähigkeit zu industriellen Innovationen haben. Uns schließlich sind es spezielle Kompetenzen im Bereich der Umwelttechnik, insbesondere der regenerativen Energie, des Baus von Windkraftanlagen, Biogasanlagen, aber auch Recyclingtechnik u.ä. Die vorhandenen großen landwirtschaftlichen Strukturen müssen sich ebenso einer ökologischen Umorientierung nicht sperren und können mehr als Nischenerträge erbringen.

„Die konventionelle Landwirtschaft ist jedenfalls keine Lösung, die grüne Revolution ist am Ende angekommen, die Erträge steigen auch bei immer größeren Düngerabgaben nicht mehr, sinken sogar. Die Bauern können sich in vielen Teilen der Welt Dünger und Pestizide längst nicht mehr leisten, mit Bioanbau hingegen können sie oft die Wirtschaftlichkeit wieder erreichen. Die Klimakosten der energieintensiven konventionellen Landwirtschaft können wir uns auch nicht mehr leisten. Bioanbau hingegen kann durch Aufbau der Humusschicht sogar CO₂ binden. Es kann auch mit Bio genug Nahrung für alle erzeugt werden, wenn sie fair verteilt wird. Unseren Fleischkonsum allerdings werden wir reduzieren müssen.“

Jacob von Uexküll, ND, 3. Dezember 2008: 3

Ostdeutschland kann zu einer dynamischen Entwicklung kommen, wenn in den Betrieben und an den verschiedenen Standorten jeweils versucht wird, die spezifischen Kompetenzen und Ressourcen in einen übergreifenden Prozess des innovativen Umbaus einzubringen und je nach besonderen Potenzialen daraus Produkte für globale, regionale oder auch nur lokale Märkte zu machen. Entscheidend ist, diese besonderen Ressourcen in einen übergreifenden Innovationsprozess einzuordnen, denn so können sich jeweils die lokalen und regionalen Funktionen und

Potenziale entwickeln, die zu den Grundprozessen der industriellen Revolution passfähig sind. Zu setzen sind entsprechend Marktanreize wie gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen.

Folgende Umsetzungsschritte schlagen wir vor

Der geforderte Umbau ist umfassend, betrifft alle Bereiche von Arbeits- und Lebensweise und verlangt so breite Beteiligung, umfassende Demokratisierung auf der Basis eines auf neue Weise konstituierten sozialen Zusammenhalts. Gefordert sind freie Informationen und ausreichende, öffentliche Bildung. Das Umbauprojekt kann, auch unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen oder industriellen Entwicklung, kein Projekt begrenzter Experten- oder Elitengruppen sein.

Erforderlich sind vielmehr die breite gesellschaftliche Debatte und eine entsprechende Gesetzgebung über eine marktwirtschaftlich kompatible Regulation des Umbaus. Entwickelt werden muss ein gesellschaftlich akzeptierter und international abgestimmter Prozess, zu dem die Förderung von Forschungs- und Entwicklung, die Investitionsförderung wie andererseits auch in einzelnen Fällen eine gezielte Verteuerung von Ressourcen durch staatlich kontrollierten Zertifikatenhandel gehören. Über eine solche komplexe und neuartige Regulation brauchen wir einen breiten Diskussionsprozess.

Mit den erforderlichen Dimensionen des Umbaus orientieren wir auf innovative Investitionen und schlagen die Errichtung eines Forschungs- und Investitionsfonds (Stiftung) vor. Dieser könnte aus Umwelt- und Emissionszertifikaten gespeist werden. In der Größenordnung würde er die bisherigen Mittel zum Aufbau Ost weit übersteigen und damit Grundlage für die erforderlichen Investitionen sein. Die Mittel sollten vollständig für Forschung, Risikoabsicherung und Investitionen in Unternehmen, bei Infrastrukturträgern und für entsprechende Initiativen der Bürger eingesetzt werden.

Wir setzen uns für eine Stärkung der Grundlagenforschung ein. Da bisher nicht klar ist und in einem solchen Selektionsprozess nicht klar sein kann, welche Lösungen sich im Zuge der Herausbildung einer energie- und ressourceneffizienten Industrie bewähren werden, müssen heute möglichst viele parallele Wege verfolgt werden. Wir brauchen in einem breiten Umfang Forschung und Entwicklung – breiter als diese zur Anwendung kommen können. Der Weg zu einer Neuindustrialisierung auf der Basis eines veränderten Paradigmas industrieller Entwicklung ist offen und muss erst Schritt für Schritt bestimmt und gestaltet werden. Ob für die dabei auftauchenden Fragen und Probleme jeweils angemessene Antworten und Lösungen gefunden werden, hängt davon ab, wie weit Grundlagenforschung den Horizont unserer Erkenntnis erweitert und vorantreibt. Eine breite Grundlagenforschung, die nicht eng auf pragmatische Ziele verpflichtet sein darf, ist eine öffentliche Aufgabe, für die finanzielle und institutionelle Voraussetzungen zu schaffen sind. Sie müssen natur-, technik- und sozialwissenschaftlichen

Forschung über die Veränderung der Produktions- und Lebensweise gleichberechtigt einschließen. Dabei geht es aber auch um eine entsprechende Mentalität des Experimentierens und Forschens.

Für die angewandte Forschung und Entwicklung (neue Produkte und Verfahren) in Unternehmen und im Vorfeld von Unternehmensgründungen sind die bestehenden Förder- und Genehmigungsverfahren zu überarbeiten und auszubauen. Dabei soll das Prinzip umgesetzt werden, dass neue Produkte und Verfahren grundsätzlich nur zugelassen werden, wenn sie hinsichtlich ihrer Folgen (Umwelt, Arbeits- und Lebensbedingungen) geprüft und zertifiziert wurden und wenn gegen unbekanntere Zukunftsrisiken Vorkehrungen getroffen werden (Risikomanagement). Das bedeutet, dass aus einem breiten Feld von Erfindungen durch ein hohes Maß an Selektivität bei den Innovationen nur die jeweils ökologischen und sozialökonomischen Kriterien am besten entsprechende Lösungen umgesetzt werden. Dies geht nur dann, wenn es keinen ökonomischen Zwang zur Verwertung möglichst jeder Erfindung gibt. Die gesellschaftliche Förderung und Absicherung der Risiken der Industrieforschung ist Bedingung einer sozioökonomischen Selektivität.

Zu unterstützen sind industrielle Entwicklungen bei Herstellern von Maschinen und Anlagen, die direkt Einfluss auf Ressourceneffizienz haben. Hier müssen Forschungs- und Entwicklungsstrategien inklusive Marktentwicklung gefördert werden, um entsprechend Re-Industrialisierungen zu erreichen. Zugleich ist bei Betrieben, die mittelbar – also als Anwender ressourceneffizienter Technik und Verfahren – betroffen sind, Anwendungsberatung und Implementationsförderung erforderlich.

Gefordert sind geeignete Instrumente, die z.T. an die bisherige Netzwerkförderung anschließen können. Zugleich müssen die Unternehmen die Herausforderungen noch stärker selbst annehmen; auch hierfür bedarf es unterstützender Instrumente und Regularien. Die Strategie des Aufbaus einer neuen, ressourceneffizienten Industrie ist das Kernstück und der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung für die nächsten Jahre.

Wir halten den Um- und Ausbau eines Systems von Zertifikaten für alle problematischen Emissionen und Ressourcen, die auf absehbare Zeit substituiert oder bewirtschaftet werden müssen, für erforderlich. Es müssen wissenschaftlich begründete und gesetzlich verankerte Substitutionslinien festgelegt werden, an denen sich das Angebot an Zertifikaten zu orientieren hat, so dass langfristig absehbare Preissteigerungspfade für alle Ressourcen entstehen und Anreize für Substitutionen gegeben sind. Festzulegen sind konkrete Korridore, etwa einer anteiligen CO₂-Reduzierung, für die die Zertifikate ausgegeben werden. Dieser Korridor ist politisch auszuhandeln und entsprechend zu steuern. Partielle Regulation und Interventionen lassen einen Markt für Ressourcen entstehen, der tatsächlich zu steigender Ressourceneffizienz führen kann.

In kurz-, mittel- und langfristiger Perspektive sind damit zugleich wichtige Orientierungen für Konjunktur- und Zukunftsinvestitionsprogramme benannt. Es geht nicht primär um deren monetären Umfang, sondern um einen nachhaltigen, sozialen und ökologischen Wandel. Nach der Blamage neoliberaler Deregulierung eines Finanzmarktkapitalismus muss staatliche Regulierung das Finanzsystem den Interessen der Realwirtschaft unterordnen und deren nachhaltige, zukunftsfähige Ausrichtung sichern. Dies schließt erforderliche Verteilungen von oben nach unten ein.

Zudem kann sich nicht ein Teil der Welt auf Kosten der anderen retten; gefragt ist internationale, weltwirtschaftliche Abstimmung. Einerseits müssen die Maßnahmen international synchronisiert werden, um nicht unterlaufen werden zu können, andererseits geht es um weltwirtschaftliche Regulierung, da die Nachahmung unseres bisherigen industriegesellschaftlichen Modernisierungsmodells den Planeten zerstören muss.

Für ein auf Deutschland bezogenes „sinnvolles Antirezessionsprogramm“ (Wolfgang Sachs) liegen konkrete Vorschläge vor. Es gibt aber auch die nicht zu unterschätzenden Versuche, wirtschaftliche Sofortziele gegen Klimaziele auszuspielen und den alten Pfad wieder beizubehalten. Da wären 50, 60, 100 Mrd. EUR buchstäblich in den Sand gesetzt. Demgegenüber lassen sich neben erforderlichen kurzfristigen Maßnahmen zur Stabilisierung von Masseneinkommen und Konsumausgaben (Konsumchecks in Abhängigkeit vom Einkommen; Bildungsgutscheine; energietechnische Sanierung des Gebäudebestandes) folgende mittel- und längerfristige Investitionen begründen:

- Ein Reinvestitionsfonds für Unternehmen, Kommunen und Einrichtungen, die Effizienz steigernde Investitionen durchführen oder auf alternative Technologien umstellen im Bereich Energie, Rohstoffe und Emissionen.
- Ein mittelfristig (2009) umsetzbares und ausbaufähiges Elektroauto-Versuchsprogramm für Unternehmen, Speditionen und private Anwender, die sich an einem Pilotprojekt zur Einführung von Elektroautos beteiligen.
- Die Förderung von Sofortinvestitionen (80 – 100 % Kostenübernahme) zur Energieeinsparung in Betrieben und privaten Haushalten: Energiesparlampen, energieeffiziente Fenster, bewährte elektronische Regulierungssysteme.
- Mittelfristige Investitionen in Hausisolierung, neue Heizkostentechnologien, Stärkung der Rechte der Mieter bei Investitionen zur Senkung des Energieverbrauchs.
- Aufzulegen ist ein spezielles Programm zur Neuindustrialisierung Ostdeutschlands: 20 % der Mittel für den Aufbau neuer Energie und Rohstoff effizienter Betriebe und die bessere Verbindung von Forschung, Entwicklung und Produktion in diesem Bereich.

- Investitionen sollten zusätzlich zu einem langfristigen FuE-Programm erfolgen in sozialwissenschaftliche Begleitforschung und Beratung zu Energiewende und Bildungsrevolution.

Gestaltung setzt heute an, die Zukunftswende darf nicht vertagt werden. 2020 ließe sich eine erste Bilanz ziehen.

2. Zukunftsfähige regionale Entwicklung

Ostdeutschland zeigt noch immer anhaltende Unterschiede zu Westdeutschland: Diese Differenzen machen Ostdeutschland weiterhin zu einem besonderen Regionalraum. Das ist, mit dem gescheiterten Angleichungskonzept, nicht verwunderlich. Zugleich aber haben sich regionale Disparitäten innerhalb Ostdeutschlands, insbesondere sehr kleinräumige, deutlich vertieft. Den wenigen urbanen Ballungsräumen und wirtschaftlich potenten Wachstumskernen stehen immer mehr regionale Räume gegenüber, die in ihrer Bevölkerungsentwicklung schrumpfen und wirtschaftlich kaum leistungsfähig sind. Viele solcher peripheren Räume sind durch eine Reihe von ungünstigen raumstrukturellen (Lage, Verkehrsanbindung), wirtschaftlichen (schwache Branchen) oder demografischen (Abwanderung, Fachkräftemangel) Faktoren von Abwärtsspiralen bedroht. Die Wachstumszentren oder Leuchttürme haben demgegenüber kaum eine breitere Ausstrahlung und bringen durch ihre monostrukturelle Ausrichtung zum Teil die ganze Region in problematische globale Abhängigkeiten.

Viele der sichtbaren Umbau- und Aufbauleistungen, die nach der Wende auch die mittelgroßen und kleineren Städte sowie die Dörfer und überall in Ostdeutschland die Verkehrsverbindungen, Dienstleistungs- und Kommunikationsstrukturen erfassten, stagnieren, sind nunmehr gefährdet. Verstärkt wird diese Entwicklung noch durch ein immer weiteres Absinken der staatlichen Finanzierungen bei der Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge, bedingt unter anderem durch das Auslaufen des Solidarpaktes bis zum Jahre 2019. In vielen Regionen sind die Fehlsteuerungen bisheriger Wachstumskonzepte mit der Hand zu greifen – überdimensionierte Gewerbegebiete wie überdimensionierte Kläranlagen oder Spaßbäder. Dennoch hält gegenwärtig die Regionalpolitik weitgehend an solchen Konzepten fest. Praktiziertes Umsteuern tangiert nicht den Kern falscher Schwerpunktsetzungen – eine stärkere Konzentration der öffentlichen Mittel auf Wachstumskerne und Ballungszentren ist noch keine Alternative. Dadurch allein werden sich regionale Disparitäten, Fragmentierungen eher verstärken.

Eine bessere Konzentration und zielgerichtete Verwendung finanzieller, öffentlicher Mittel sind zweifellos geboten. Dazu muss man aber von der abstrakten Debatte über Stärken und Schwächen, von der Top-Down orientierten und auf Ressortgrenzen zugeschnittenen Förderpolitik zu konkreten, problemorientierten und mit Vor-Ort-Kompetenz verbundenen Konzepten kommen. Dafür gibt es zwar einige zögerli-

che Ansätze bisher – etwa den Kommunalkombi oder das Regionalbudget –, insgesamt aber muss die Regionalpolitik „vom Kopf auf die Füße“ gestellt werden: Einzubeziehen ist regionale, lokale Kompetenz, zu organisieren ist breite, demokratische Teilhabe, statt Elitendiskurs oder Fachressortdenken. Umzustellen wäre die Förderpolitik, bisher dominieren hier Angebotsorientierungen, mit der Dominanz von Ressort- und Programmvorgaben.

„Ein Alternativmodell wäre eine nachfrageorientierte Förderung. Dabei würden die Probleme der Regionen und Städte in den Mittelpunkt gestellt. Quasi maßgeschneidert würden Problemlösungen entwickelt, von denen, die es angeht: nämlich von den lokalen Akteuren, die in Partnerschaft mit der Landesebene gut über die Problemgenese Bescheid wissen. Nicht das Programm steht dabei zentral, sondern das zu lösende Problem.“

IRS 48, 2005: 7

Praktizierte Politik schwankt zwischen Ignoranz und Überforderung gegenüber Zivilgesellschaft oder lokaler, kommunaler Ebene: Einmal sind diese im traditionellen Verständnis staatlich orientierter Daseinsvorsorge nicht erwünscht, haben sie zu wenig Rechte und Chancen der Mitwirkung – „Musterbeispiele“ sind die in Sachsen und Brandenburg durchgeführten Gemeindegebietsreformen –, andererseits werden ihnen mit dem Rückzug des Staates aus Regionen alle Aufgaben aufgeladen. Es geht um wirkliches Engagement und erforderliche flexible Lösungen, die eben einer Demokratie vor Ort bedürfen.

Für einen solchen Wechsel der Förderlogik kann und wird der sozialökologische Umbau ein Schlüssel sein. Mit ihm lassen sich jeweils spezifische, sehr unterschiedliche Entwicklungschancen sowohl von Wachstumskernregionen wie auch von ländlichen, strukturschwachen oder „Abwanderungsregionen“ suchen und stärken, lassen sich Potenziale für jeweils ganz spezifisch lebenswerte Regionen finden. Konkretheit und Teilhabe sind essentiell. Regionalentwicklung kann zu einem kooperativen Wettbewerb werden, statt zu einem ruinösen Wettlauf.

Gleichwertige Lebensverhältnisse und regionale Vielfalt

Regionale Vielfalt kann eine Chance sein, um einer großen Vielfalt an individuellen und gemeinschaftlichen Leitbildern und Lebensformen, Bedürfnissen und Interessen, Idealen und Bindungen Rechnung zu tragen. Großstädte und metropolitane Ballungsräume mit ihrer Angebotsdichte für Arbeit, Freizeit und Kultur bieten andere Vorzüge und Nachteile, als ländlich geprägte Regionen mit ihren Kleinstädten, Dörfern und naturnahen Siedlungen, schreibt DIE LINKE Brandenburgs in ihrem Leitbild. Nicht nur Ballungsräume und Wachstumskerne, sondern auch strukturschwache oder ländliche Räume können lebenswert, innovativ und zukunftsfähig sein. Und beide Typen von Regionen können und müssen einen Beitrag zu dem oben

beschriebenen Weg eines neuen, sozialökologischen Entwicklungspfades einbringen – nur eben auf sehr unterschiedliche Weise.

Regionale Vielfalt ist nicht nur eine Chance, sondern auch eine große Herausforderung für die Gestaltung der Regionalentwicklung und für die Regionalpolitik des Staates. Es ist die Herausforderung, gleichwertige Lebensverhältnisse und lebenswerte Regionen zu gewährleisten: das heißt zunächst ein annähernd vergleichbares Niveau solcher Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Energie- und Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserentsorgung, Wohnungswesen und öffentlicher Verkehr, Erziehung, Bildung und Kultur, Sport und Erholung, Gesundheits-, Kranken- und Wohlfahrtspflege, Telekommunikation. Gewiss muss dies in den verschiedenen Regionen angesichts Einwohnerdichten und territorialer Distanzen unterschiedlich organisiert werden.

„Ins Zentrum der künftigen Öffentlichen Daseinsvorsorge hat DIE LINKE die zunehmend als bedroht empfundene Bereitstellung von Gütern bzw. den Zugang zu Dienstleistungen gestellt, das betrifft insbesondere Energie- und Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserentsorgung, Wohnungswesen und öffentlichen Verkehr, Erziehung, Bildung und Kultur, Sport und Erholung, Gesundheits-, Kranken- und Wohlfahrtspflege sowie moderne Telekommunikation. Vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Mittel muss entschieden werden, inwieweit staatliche Subventionierungen möglich und sinnvoll sind, um die Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Die Zielstellung der Angleichung der Lebensverhältnisse hat nicht nur eine räumliche Dimension, sie muss vor allem der sozialen Differenzierung in der Gesellschaft Rechnung tragen!“

DIE LINKE Sachsen-Anhalt, Halbbilanz 2008

Eine ökologisch und sozial reproduktionsfähige Produktionsweise öffnet zu kreativen Gestaltungsmöglichkeiten, bietet die Chance, regionale, lokale Entwicklungen und Kreisläufe mit überregionalen zu verbinden und ist gerade mit Vorstellungen von abgehängten Regionen nicht vereinbar. Offene Suchprozesse verlangen ein demokratisches, solidarisches Agieren; der Umbau öffnet Horizonte und stellt eine win-win-Situation dar. Damit erhöhen sich Chancen für produktiven Wettbewerb und regionale Vielfalt. Ergebnisse sind offen, Fehlsteuerungen einseitiger Wachstumsmodelle ließen sich aber vermeiden.

Die spezifische Entwicklungschancen und besonderen Vorzüge fördern

Der Wettbewerb der deutschen und europäischen Regionen um Unternehmen, Investoren und Humankapital sowie generell um die regionalen Entwicklungschancen wird weiter zunehmen. Wir ignorieren dies nicht. Wir lehnen aber politische Antworten ab, die diesen Wettbewerb auf eine Konkurrenz um Investoren und Fachkräfte, um Wirtschafts- und Bevölke-

rungswachstum reduzieren und so fatale Logiken und Verhältnisse nur immer wieder bestärken. Wettbewerb soll Fragmentierungen zwischen den Regionen und die regionale Loslösung von Unternehmen („Entbettungen“) nicht vertiefen, sondern Kooperation und Erfahrungsaustausch bei der Suche nach den jeweils besten regionalen Entwicklungspfaden befördern. Der hier vorgeschlagene Entwicklungspfad kann dafür ein Ansatz sein: Die zu gestaltende Energiewende lässt den Zusammenhang von wirtschaftlichen Ballungsräumen und ländlichen Regionen neu fassen. Das ist natürlich eine Frage breiter, demokratischer Auseinandersetzungen um die Art und Weise des Umbaus der Energiewirtschaft, das konkrete Arrangement von regionalen und überregionalen Kreisläufen, von zentralen und dezentralen Komponenten etc. Es gibt aber die Chance, dass sich regionale Akteure und Kreisläufe gegenüber den zentralen mehr und mehr durchsetzen.

„Die Gemeinde Zschadraß in Mittelsachsen will bis 2050 in Sachen Energie autark sein.“

Das Ziel mutet ehrgeizig an, wird aber wohl sogar vorfristig erreicht. ... Unter Leitung des 51 Jahre alten, hemdsärmeligen und von Ideen nur so sprühenden Bürgermeisters ist die Gemeinde zur Musterkommune in Sachen Energiewende geworden. Auf den Dächern von Schule, Gemeindeverwaltung und Spritzenhaus wird Strom aus Sonnenkollektoren gewonnen; auch auf vielen Privathäusern schimmern die bläulichen Solarzellen. Ein Bus, der die Schulkinder und Sportgruppen des Ortes transportiert, wurde auf Rapsöl umgerüstet. Im Keller des Gemeindezentrums steht eine Holzschnitzel-Heizung. Damit diese immer genug Brennstoff hat, werden auf den Fluren der Gemeinde Windbruch und Reisig gesammelt; ein Bauer im Ort pflanzt Weiden und Pappeln für die Holzgewinnung an. „Die Energie liegt im Ort“, sagt Schmiedel, „man muss sie nur finden.“

Die Sonne zahlt den Kindergarten, ND, 17. November 2008: 3

Wo ressourceneffizientes industrielles Wachstum in der einen Region die Zukunftsfähigkeit verspricht, kann es in der anderen Region der Prozess kontrollierten Schrumpfens, der Suche nach lebenswerten Alternativen und nach der Gestaltung eines Erholungs- und Ruheraumes für gestresste Großstadtbewohner sein. Finanzausgleich und Förderpolitik können sich nicht allein an der Bevölkerungszahl, an der Fläche oder an Wachstumswerten orientieren, sondern müssen auch auf die jeweils besonderen Vorzüge und Entwicklungschancen gerichtet sein. Unsere Strategie eines sozialökologischen Umbaus stellt einen Gesamtansatz dar, mit dem die regionaltypischen Potenziale in den Regionen optimal gefördert werden können.

Regionale Akteursnetzwerke und innovative Räume unterstützen

Wir wollen insbesondere die innovativen Potenziale in den Regionen fördern. Eine Energiewende, die Erhal-

tung und Effizienzsteigerung der Nutzung natürlicher Ressourcen sowie der Schutz des Klimas, des Bodens und der Natur können und müssen nicht nur von den Wachstumskernen ausgehen, sondern in hohem Maße auch von den strukturschwachen und ländlichen Räumen. Für den Umbruch zu einem nachhaltigen System der Gestaltung von Energie, Rohstoffen und Emissionen spielen die ländlich strukturierten Räume eine wichtige Rolle.

Ein zentrales Ziel unserer Regionalpolitik besteht deshalb darin, die Kompetenz und Handlungsfähigkeit von regionalen Akteursverbänden zu unterstützen, die für ihre Regionen zukunftsfähige Strategien entwickeln, für Kooperation, Experimente und Innovation offen sind und die entscheidenden wirtschaftlichen, politischen, wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Gruppen zusammenschließen. Besonders gefragt sind KMU-Netzwerke und Hochschulen, Fachhochschulen. Sie stellen ein für den Umbruch aufschlussfähiges Potenzial dar. Die Öffnung hin zu innovativen Entwicklungsräumen soll mit der eigenständigen Entwicklung von regionalen Leitbildern, regionalen Entwicklungskonzepten und Entwicklungsprojekten verbunden sein. Projekten, Projektarbeitern und Projektarbeitern – auch den vielfach beschworenen Raumpionieren – kommt große Bedeutung zu.

„Raumpioniere operieren in schwierigen Räumen nicht nur als lebende Wüschelruten, sondern zumeist agieren sie auch als kleine Schumpeter'sche Unternehmer ...

Fazit: Für ostdeutsche, mittel- und osteuropäische Flächenländer wie Brandenburg – aber auch für eine ganze Fülle von westdeutschen und westeuropäischen Regionen und Städten – käme es jetzt vermehrt darauf an, kreative Milieus und Raumpioniere regelrecht anzulocken, also sie massiv zu attrahieren und zu stimulieren – durch Absenken der Regulungsdichten etwa (...), durch Vernetzungshilfen und temporäre Unterstützungen etc.“

Ulf Matthiesen, Abschiedssymposium, 22.02 2008, Potsdam: 19f.

Die Entscheidungsmacht der Regionalentwicklung kann in diesem Zusammenhang zunehmend von kooperativen Akteursnetzwerken getragen, administrative Steuerungsformen der Regionalentwicklung können durch kooperative Formen ergänzt und auch abgelöst werden. Lebenswerte Regionen ermöglichen und bedingen breite Partizipation, engagierte Zivilgesellschaft, sozial und umweltpolitisch aktive Unternehmen.

Regionales Management, Verwaltungsstrukturen und regionalräumliche Gliederung

Innovative Regionalpolitik erfordert handlungsfähige Regionalmanagements für die Entwicklung von regionalen Netzwerkbeziehungen, Wertschöpfungsketten, Wirtschaftskreisläufen, Marketingaktivitäten und für die Förderung eines Umdenkens hin zum sozialöko-

logischen Umbau. Auch deshalb dürfen Regionalmanagements keinen traditionellen, engen Zuschnitt haben (eingegrenzt auf wirtschaftliches Wachstum), benötigen sie entsprechende wissenschaftliche Unterstützung, sind sie durch Qualifizierung und ermöglichte Lernprozesse zu unterstützen, dann aber auch mit Entscheidungskompetenzen und Budgets auszustatten. Befugnisse und dazugehörige Finanzen sollten soweit wie möglich und sinnvoll auf die kommunale und regionale Ebene verlagert werden.

Dies hat etwas mit den Verwaltungsstrukturen in den Ländern zu tun, die hierfür offen sein oder gegebenenfalls so neu geordnet werden sollten, dass sie regionale Entwicklungspotenziale und ökologisches Wirtschaften optimal fördern können. Darüber hinaus werden sich Konsequenzen beispielsweise für die Inhalte und Strukturen der regionalen Wirtschaftsförderung, für die Organisation des öffentlichen Verkehrs, für die Neugestaltung des kommunalen Finanzausgleichs, für die räumliche Gliederung der öffentlichen Daseinsvorsorge und anderes mehr ergeben. Das Konzept der „Subsidiarität“ behält große Bedeutung und sollte nicht nur in Sonntagsreden, sondern in der Wirklichkeit des Aufbaus der Verwaltungsstrukturen und des politisch-administrativen Handelns ernst genommen werden. Dabei geht es nicht um Delegieren oder Abschieben auf die regionale Ebene, sondern deren bessere Einbeziehung und Stärkung. Dem stehen eine nur sehr partielle Übertragung von Kompetenzen auf Regionen und ein anhaltender Trend zur Konzentration von Entscheidungsbefugnissen auf die zentralen Ebenen der Länder gegenüber. Die Weiterentwicklung der Verwaltungsstrukturen in den Ländern bleibt ein Kernthema.

Hinsichtlich der Raumordnung orientiert sich unser Konzept – wie etwa auch im Leitbild der räumlichen Daseinsvorsorge durch DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt dargelegt – sowohl an den klassischen Vorteilen des Systems der zentralen Orte, als auch an neueren Diskussionen, nach denen es sinnvoller sein kann, nicht die Orte festzulegen, die für eine bestimmte Region zentrale Funktionen wahrnehmen, sondern nur die Regionen zu bestimmen, in denen bestimmte Funktionen der Öffentlichen Daseinsvorsorge vorgehalten werden. Regionale Ausdifferenzierung verlangt regionalspezifische Lösungen. Eine künstliche Schaffung von Entleerungsräumen ist fatal.

Dynamische Veränderung des Regionalen

Politik braucht ein komplexeres und in vielerlei Hinsicht ein dynamischeres Verständnis von Regionalentwicklung. Regionen bestehen oder bilden sich dort, wo sich in territorialen Räumen zwischen nationaler und lokaler Ebene historisch Identitäten herausgebildet haben oder wo Akteure langwährend zusammenwirken und gemeinsame Institutionen aufbauen. Regionen werden gemacht, sie verändern sich dynamisch. Der anstehende Umbau wird solche Prozesse noch einmal beschleunigen. Politik muss sich darauf einstellen.

Viele Gestaltungsprojekte verlangen etwa ein Agieren über die Grenzen von Ländern hinweg, entlang von innovativen Räumen oder/und Entwicklungskorridoren. Regionen überschreiten insofern administrative Grenzen – wie zum Beispiel mit der Internationalen Bauausstellung in der Nieder- und Oberlausitz oder im Wirtschaftsraum Leipzig-Halle, wie in der Metropolregion Berlin-Brandenburg oder dem Entwicklungskorridor zwischen Berlin und Szczecin. Verwaltungen sind zu kooperativer Unterstützung einer solchen regionalen Entwicklung anzuhalten, nicht zu Grenzziehungen. Nicht zuletzt geht es um die Kooperation zwischen Regionen – die Regionalentwicklung in Ostdeutschland und Gesamtdeutschland ist ein Teil der europäischen Regionalisierung, des Wettbewerbes und der Zusammenarbeit europäischer Regionen.

Die Regionalpolitik des Bundes und der Länder muss hierfür günstige Rahmenbedingungen schaffen. Sie verlangen einerseits die Bereitschaft zur Regionalisierung von finanziellen und Entscheidungskompetenzen. Sie verlangt auch, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Wissenschaftsentwicklung, Ökologie und andere Politikfelder komplex, also übergreifend zwischen den Verwaltungsbereichen, zu entwickeln. Sie verlangt vor allem, Experimente und den Suchprozess in ein neues, sozialökologisch geprägtes Wirtschaftssystem zu fördern. Und nicht zuletzt müssen Schwerpunktsetzungen und Ausgleichsprinzipien so austariert werden, dass die Durchsetzung des einen Prinzips nicht die Durchsetzung des anderen beeinträchtigt. Dies ist derzeit noch nicht die Praxis in der staatlichen Regionalpolitik des Bundes und der Länder, und muss geändert werden. Welche regionalen Teilräume hierbei jeweils anvisiert werden, kann sehr vielfältig sein, kann sich räumlich auch überlagern und lässt sich nicht über formale administrative Raumgrenzen, sondern nur durch das Handeln der Akteure selbst entscheiden. Die Modernisierung des Staates, wie wir sie als „kooperativen und sozialökologischen Staat“ beschreiben, findet somit in einer „kooperativen und sozialökologischen Regionalpolitik“ ihr Pendant.

Kooperative und solidarische Regionalpolitik in einem Europa der Regionen

Ostdeutschland kann mit einer solchen Regionalisierung in der gesamteuropäischen Regionsvielfalt eigenständige Konturen ausprägen, die innovative Dynamiken mit sozial nachhaltiger, zukunftsfähiger Entwicklung verbinden. Ostdeutschland kann sich dafür einsetzen, dass in der Entwicklung der europäischen Regionen nicht das Konkurrenzprinzip, sondern das Kooperationsprinzip die Oberhand gewinnt. Hierfür bietet eben der Umbruch zu einem sozialökologischen Entwicklungspfad neue Chancen.

Mit der EU-Osterweiterung rücken die ostdeutschen Länder und Regionen von einer Randlage in die Mitte der Europäischen Union. Die ostdeutschen Länder und Regionen können Impulse zur Kooperation und für einen sozialökologischen Wandel der regionalen Wirtschaftssysteme einbringen. In der erweiterten

Europäischen Union werden die ostdeutschen Regionen noch viel mehr zu einem Transferraum, geraten in eine neue Mittlerrolle zwischen Ost und West. Hieraus erwachsen enorme Gestaltungsaufgaben und Gestaltungsmöglichkeiten.

DIE LINKE befürwortet transparente Kooperationsmodelle auch zwischen den deutschen Bundesländern und schließt den Weg zu Fusionen von Bundesländern nicht aus – wie dies heute beispielsweise zwischen Berlin und Brandenburg, aber auch zwischen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen diskutiert wird. Wir halten es für wichtig, dass in diese Diskurse von Anfang und in best möglichem Umfang die Bevölkerung einbezogen wird.

Generell gehört zu einer zukunftsfähigen Regionalpolitik eine intensivere und breitere Kooperation zwischen den ostdeutschen Ländern. Auch wenn sich die Bindungen der ostdeutschen Länder zu Recht nicht auf Ostdeutschland beschränken, wird Ostdeutschland auf längere Sicht ein spezifischer regionaler Raum Deutschlands bleiben, der in der Politik sein Gewicht behält. Die ostdeutschen Länder verfügen über Gemeinsamkeiten hinsichtlich ihrer prekären wirtschaftlichen und sozialen Lage, in den Werteorientierungen, Einstellungen, Meinungen, in den Verhaltensmustern und Selbstverständnissen der Menschen sowie in der gemeinsamen DDR-Geschichte. Dies verbindet die ostdeutschen Länder und ihre Menschen noch für lange Zeit. Ebenso gilt das aber auch für die besonderen Herausforderungen und die aufgezeigten Chancen zu bewältigender Umbruchsprozesse. Daher ist es sinnvoll, gemeinsame Positionen zwischen den ostdeutschen Ländern auszubauen, gemeinsame Projekte für einen sozialökologischen Wandel zu entwickeln und Kooperationsbeziehungen zu vertiefen – auch über unterschiedliche politische Landeskongstellationen hinweg und auf der Bundesebene.

3. Neue Wege für Arbeit und Beschäftigung

Falle Arbeitslosigkeit

Ostdeutschland zeigt im Jahr 2008 trotz Reduzierung und regional differenzierter Entwicklung noch immer eine nahezu doppelt so hohe Arbeitslosigkeit wie der Westen des Landes. Es ist offensichtlich, dass diese problematische, negative Situation auf dem Arbeitsmarkt für die gesamte Gesellschaft ebenso problematische, negative Auswirkungen hat: Arbeitslosigkeit und insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit bleibt die Hauptursache für Armut und Ausgrenzung. Diese gehen häufig direkt in Altersarmut über und „vererben“ sich auf die jüngeren Generationen. Nicht zufällig sprechen Sozialwissenschaftler mit Blick auf erhebliche Teile von Personen, die um 1990 zwischen 18 und 25 Jahre alt waren, von der „verlorenen Generation“ – einer Generation, die bis heute keinen Arbeitsplatz finden konnte. Für sie bringen aber ein sich abzeichnender Nachwuchskräftemangel und freie Ausbildungsplätze nicht automatisch neue Chancen: Sie sind und bleiben zu einem großen Teil ausgegrenzt! Ähnlich könnte es denjenigen gehen, die jetzt auf

dem Arbeitsmarkt noch nicht „gebraucht werden“, für die sich erst in den nächsten acht, zehn Jahren Kanäle wieder öffnen. Es ist nicht gesagt, dass sie diese dann nutzen können.

Auf der Basis anhaltend hoher Arbeitslosigkeit ließen sich Arbeitnehmerrechte immer mehr einschränken; die von Gewerkschaften und Betriebsräten ebenso wie der einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf welche Hartz IV bekanntlich noch disziplinierender wirkt als auf die Arbeitslosen selbst: Angst vor Jobverlust und Arbeitslosigkeit. Es ließen sich so neoliberale Niedriglohnstrategien, Mini-Jobs, prekäre Beschäftigung und all die anderen unsozialen Elemente einer Hartz IV-Gesetzgebung durchsetzen. Vielfach ist bei Teilen der Bevölkerung, bei Verantwortlichen wie selbst bei Betroffenen eine entsprechende strukturelle wie mentale Veränderung festzustellen, eine Akzeptanz dieser unsozialen Strategie. Die ist nur schwer aufzubrechen. Und dass Deutschland insgesamt seit Mitte der 1990er Jahre eine Billiglohnstrategie betrieben hat (stagnierende Reallöhne, eine sich öffnende Schere zwischen Löhnen und Arbeitsproduktivität), ist kaum öffentlich thematisiert. Den Preis zahlen Arbeitnehmer wie Arbeitslose.

Aber auch Unternehmen sind häufig nicht oder nur scheinbar Gewinner dieser Entwicklung: Sie werden nicht nur durch die Kosten der Arbeitslosigkeit selbst belastet, sie werden zugleich weniger motiviert, stimuliert, langfristig in das Arbeitspotenzial zu investieren, Bindung und Motivation ihrer Arbeitskräfte wieder einen ausreichenden Platz zu geben. Anstrengungen, für unterschiedliche soziale Gruppen und die verschiedenen Generationen in den Unternehmen etwas zu tun und so in Zukunft zu investieren sind in den letzten Jahren eher zurückgegangen. Ein (zu) spätes Erwachen ist für eine solche Verschleißstrategie prognostiziert.

Es ist eine fatale praktische Logik: Arbeitslosigkeit erscheint in Größenordnungen unvermeidlich. Ihre Reduzierung ist häufig mit Beschäftigung verbunden, die nicht existenzsichernd ist. Ein probates Mittel für diesen Weg ist Druck, Individualisierung der Verantwortung. Und für die, die nicht in Arbeit kommen, bietet sich weiterhin ein „sekundärer Integrationsmodus“ an – ihre Verwaltung in Maßnahmen und Ersatzbeschäftigungen. Lösungen im Sinn emanzipatorischer Entwicklung, größerer sozialer Teilhabe etc. zeichnen sich mit einer solchen Logik nicht ab. Deren offensichtliche Grenzen werden deutlich, dennoch wird sie über alle Umsetzungsschritte beibehalten. Das ist genau der von uns schon kritisierte überholte Wachstums- oder Entwicklungspfad, dessen unsoziale Schattenseite hier hervortritt.

Viele Utopien, die sich solchen unsozialen Trends widersetzen wollen, verabsolutieren allerdings diesen Wachstumstyp und bleiben zugleich in der scheinbaren Alternativlosigkeit befangen: Das „Ende der Erwerbsarbeit“ sei eingeläutet; Hoffnung gäbe es

nur noch mit Verzicht auf Wachstum und außerhalb der Arbeitswelt. So sympathisch dies angesichts von Arbeitshetze und prekären Arbeitsverhältnissen sein mag – eine solche Ausstiegsutopie kollidiert nicht nur mit Interessen und Wertorientierungen einer deutlichen Mehrheit der Menschen im Osten, sie ist nicht nur immer wieder mit den Grenzen von Finanzierung und Gestaltung konfrontiert: Sie nimmt vor allem die scheinbare Alternativlosigkeit längst überholter Wachstumskonzepte als das letzte Wort! Übersehen wird, dass es genau diese Konzepte sind, die die sozial destruktiven Folgen erzeugen, und dass ein Beibehalten solcher Konzepte trotz aller Reformanstrengungen die Folgen noch verstärkt und ihre „Bearbeitung“ immer teurer macht. Gibt es, statt bloßer Negation, eine Chance, diese Logik zu durchbrechen? Die Frage verlangt alle Aufmerksamkeit!

Chancen für Erwerbsarbeit

Der hier verfolgte Ansatz eines anderen Wachstums, einer Wirtschaft auf Grundlage des sozialökologischen Umbaus bricht genau mit diesem Wachstumskonzept und macht eine echte Alternative auf, zu der durchaus die „Verteidigung der Erwerbsarbeit“ gehört. Dies verlangt eine moderne, zeitgemäße Ausgestaltung, für die Konturen entwickelt werden müssen, und die weiter zu erproben, zu diskutieren und umzusetzen ist. Antworten im Detail sind nicht unbedingt zu haben. Eine wichtige, übergreifende Grundlage besteht in der Erschließung neuer Geschäfts- und Beschäftigungsfelder auf der Grundlage eines anderen Wachstumspfad!

Auch unter kapitalistischen Bedingungen sind Gestaltungsmöglichkeiten gegeben, ist ein Ausbau der Erwerbsarbeit und sogar tendenzielle Vollbeschäftigung zu erreichen. Gerade ein so komplexer sozialökologischer Umbau, ein Einschwenken auf einen solchen tragfähigen, zukunftsfähigen wirtschaftlichen Entwicklungspfad ist mit neuen Chancen für Erwerbsarbeit verbunden. Vor allem deshalb, weil in diesem Umbau Möglichkeiten zur Kapitalverwertung stecken, also wirtschaftliche Interessen „geweckt“ werden. Unter demokratischen Bedingungen einer solidarischen Gesellschaft sollte dies progressive Arbeitsplatzeffekte haben. Der anvisierte und in ersten Schritten sichtbare Umbau hin zu einem sozialökologischen Entwicklungspfad ist zudem eine so gewaltige Herausforderung, dass gerade mit ihm selbst neue Arbeitsplätze entstehen müssen: Bei der Erschließung und Verarbeitung erneuerbarer Energien, nachwachsender Rohstoffe, oder der Produktion entsprechend energieeffiziente Konsumgüter, energiesparender Fahrzeuge, Gebäude. Beschäftigungseffekte in Größenordnungen zeichnen sich ab. Andere kapitalistische Industrieländer vermelden Zuwachsraten. Auch in Ostdeutschland sind Ansätze und Ergebnisse durchaus ermutigend.

„Nach aktuellen Untersuchungen ist davon auszugehen, dass Ende 2007 bereits etwa ein Drittel der insgesamt rund 40.000 Arbeitsplätze der Photovoltaik in Ostdeutschland angesiedelt waren; häufig in strukturschwachen Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit. Bei der Windenergie belaufen sich Schätzungen der Arbeitsplätze auf ca. 61.000 (+/- 10 %).“

Bericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit, 2008

Es geht mit der Umstellung auf CO₂-emissionsarme Energiesysteme und der Implementierung eines nachhaltigen Systems der Bewirtschaftung von Rohstoffen, Emissionen, Wasser und Abfällen zugleich um neue Konsumgüter, die solchen Spareffekten Rechnung tragen und die mit ökologisch nachhaltigen Lebensweiseformen verbunden sind: anders und anderes konsumieren. Insofern liegt in der wachsenden Produktivität, welche scheinbar so zwangsläufig Arbeitslosigkeit produziert, die Möglichkeit für eine Freisetzung der für den ökologischen Umbau erforderlichen Arbeitskräfte. Deren produktiver Einsatz wird, mit entsprechenden Übergangsschritten, mit zu schaffenden Voraussetzungen und mit darauf ausgerichteten Investitionen, möglich. Zugleich ist darauf zu achten, dass ein solcher Umbau bessere Voraussetzungen für Geschlechtergerechtigkeit, gleichberechtigte Chancen für Frauen schafft. Der sozialökologische Umbau ist also auch wesentlicher Träger einer neuen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

Für den sozialökologischen Umbau sind eine ganze Reihe von konkreten Ansatzpunkten zu sehen. Sie finden sich in den einzelnen Länderkonzepten, gerade auch solchen mit linker Regierungsverantwortung. Es geht um den Einstieg in langfristige Projekte des Umbaus der Energiesysteme, einen Einstieg, der politisch gewollt und stimuliert werden muss. Dafür steht linke Politik vor Ort! Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik wird nicht als Ressortaufgabe begriffen, sondern als Teil von Gesellschaftspolitik, mit den entsprechenden Voraussetzungen durch EU und Bund und in den Regionen. Sozialökologischer Umbau oder Energie- wende sind nicht, wie bei vielen anderen Parteien oder in regierungspolitischen Initiativen, ein bloßer Zusatz, eine Hülle für eine ansonsten wenig veränderte Wirtschaftspolitik. Gemeinwohlorientierte Wirtschaftspolitik schließt Arbeit und Beschäftigung ein und enthält Kernelemente linker, emanzipatorischer Ansätze: gerechte Verteilung von Arbeit, solidarische Arbeitszeitverkürzung, Mitbestimmung.

Der sozialökologische Umbau wird zum Kern einer zukunftsfähigen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, stellt ein machbares und alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringendes Szenario dar. Damit gibt es vielfach neue Möglichkeiten, zugleich sind Flankierungen und Ergänzungen erforderlich, die mit den konkreten Bedingungen und Gegebenheiten in Ostdeutschland heute umgehen. Auch hier ist linke Politik „vor

Ort“ gefragt – in den Ländern, den Regionen, in den Kommunen. Einige Ansatzpunkte dafür seien genannt:

Nach wie vor dringend sind Alternativstrategien, die dem unsozialen Gebaren der Großkonzerne deutlich einen Riegel vorschieben. So ist es erforderlich, einen Schwerpunkt auf den Schutz vor Entlassungen bei profitablen Unternehmen zu legen und Sozialabgaben einzufordern bei einer Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Das sind Forderungen, denen viele Unternehmen/Unternehmerinnen und Unternehmer durchaus zustimmen. Es geht darum, generell einer Standortkonkurrenz als Billiglohnkonkurrenz Widerstand entgegen zu setzen. Denn genau diese Konkurrenz verbaut weiter die Chancen für einen wirklichen Umbau.

Ebenso dringend sind Strategien, die entsprechend den spezifischen Bedingungen in Ostdeutschland kleine und mittlere Unternehmen (KMU) dabei unterstützen, Beschäftigungsmöglichkeiten zu erhalten und zu schaffen, die Unterstützung bei der Einführung neuer Technologien und Produkte geben und Anreize setzen sowie soziale Auflagen und Pflichten formulieren für den Einsatz erzielter Gewinne. Gerade hier hat linke Politik Argumente und Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit sinnlosen Großprojekten und Subventionsruinen einiger ostdeutscher Länder, die wahrlich andere politische Parteien zu verantworten haben. Weiter zu unterstützen sind Netzwerkansätze, mit denen KMU ihre Fachkräfteprobleme lösen und Beschäftigung sichern wollen. Hier lässt sich durchaus auf Aktivitäten der Bundesregierung verweisen.

„Das Förderprogramm INNO-WATT

Zu Forschung und Entwicklung gibt es dauerhaft keine Alternative, wenn Unternehmen auf dem Markt bestehen wollen. Aber gerade für kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und externe Industrieforschungseinrichtungen ist es außerordentlich schwer, alleine die notwendige Finanzierung für anspruchsvolle Forschungs- und Entwicklungsprojekte aufzubringen.

Eine Finanzierungsoption bietet das auf Bundesebene geförderte Programm INNO-WATT/Innovative Wachstumsträger. ... Das Programm fördert gezielt den Mittelstand und trägt dazu bei, dass aus guten Ideen schnell marktfähige Produkte entstehen. Jährlich werden über 350 Forschungs- und Entwicklungsprojekte in den Markt überführt und damit Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen.“

www.inno-watt.de

Mit dem Umbauprozess ist davon auszugehen, dass es zu einer Ausdifferenzierung von regionalen, lokalen Arbeitsmärkten kommt. Darauf müssen sich Entwicklungskonzepte einstellen, Arbeitsmarktpolitik muss mit regionaler Entwicklungspolitik „verzahnt“ werden; drei hauptsächliche Konstellationen lassen sich aus-

machen: Metropolen mit dynamischen, sich perspektivisch öffnenden Arbeitsmärkten; Zwischenregionen, die „auf der Kippe“ stehen und noch vorhandene Entwicklungspotenziale für zukünftige Chancen sichern müssen; periphere und zumeist ländliche Regionen, in denen wirtschaftlicher Abbau und damit verbundene Prozesse (Bevölkerungsverluste) nicht mehr kompensiert werden können. Für alle drei und künftig weitere Konstellationen sind differenzierte Vor-Ort-Konzepte erforderlich; auch im ländlich-peripheren Raum können beispielsweise Ressourcen im Bereich regenerativer Energien und Biomasse geeignet sein, für die verbliebene Bevölkerung Arbeit, Einkommen und soziale Teilhabe zu sichern.

Diese Ausdifferenzierung ist bereits heute und mit dem vorangehenden sozialökologischen Umbau noch stärker mit öffentlichen und privatwirtschaftlichen Beschäftigungsfeldern in Bereichen personaler Dienstleistung – Gesundheit, Betreuung, Pflege etc. – verbunden. Die demografische Entwicklung stimuliert diese Trends ganz unmittelbar, auch wenn mit der jetzigen Logik gerade hier vielfach sozial-destruktive Antworten gefunden werden: Teilzeitarbeit, befristete Anstellungen, Niedrigstlohn, immer breitere Individualisierung aller Risiken und Lasten. Insofern gehört die Verteidigung elementarer Standards ebenso zu verantwortlicher, zukunftsorientierter Politik wie die Chancen eines progressiven gesellschaftlichen Umbaukonzepts sich in diesen Bereichen besonders zeigen müssen, einem überbordenden Marktradikalismus deutlich Einhalt geboten werden muss. Dabei sollte erreicht werden, dass sich nicht eine – häufig mit den Tendenzen zu billiger Beschäftigung verbundene – Geschlechtersegregation weiter verfestigt. Auch Männern stehen berufliche Möglichkeiten in diesen Bereichen offen!

Es ist weiterhin wichtig – gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung –, selbständige Erwerbsarbeit zu fördern und in den Möglichkeiten von Übergängen und Vernetzungen zwischen den unterschiedlichen Bereichen abhängiger und selbständiger Erwerbsarbeit die Chancen für den Umbau zu stärken. Viele der „kleinen Selbständigen“ waren aktive Träger der Transformation und kreative Pfad-öffner in unterschiedlichen Bereichen; sie sind nicht nur als „neues Prekariat“ zu sehen, wie eben auch die KMU nicht nur strukturellen Mangel ausdrücken. Gute Beispiele sind Existenzgründungen aus Universitäten, Genossenschaftsbildungen, politisch geförderte Initiativen („Einfach anfangen“ unter Rot-Rot in Mecklenburg-Vorpommern) wie auch Bestrebungen, die im sogenannten Ein-Euro-Bereich „entdeckten“ Tätigkeitsfelder zu Feldern für tragfähige Existenzgründungen zu machen. Hier könnten mit degressiver öffentlicher Förderung, mit Mikrokrediten etc. Unternehmen in Bereichen angeschoben werden, die sich marktwirtschaftlich wie öffentlich nicht rentieren, insbesondere in ländlich-peripheren Räumen. Das wäre allemal besser als Alimentierungen und zahlt sich, wie Beispiele zeigen, für die Region wie die einzelne Selbständige, den einzelnen Selbständi-

gen aus. Hier zeichnen sich soziale Innovationen ab, stärker nachzufragen sind Vorschläge und Anregungen aus unterschiedlichen Regionen, internationale Erfahrungen.

Wir brauchen Programme und Ansätze, die sich gezielt spezifischen sozialen Gruppen zuwenden. Das betrifft die schon erwähnte „verlorene Generation“, betrifft die jetzt noch „blockierten“ jungen Menschen, betrifft ältere Langzeitarbeitslose und Spätaussiedler wie Migranten. Gezielt müssen Sonderprogramme eingesetzt werden, die wirklich Integrationsmöglichkeiten befördern. Die Logik vieler bisheriger Programme bestand darin, Ersatz zu schaffen für fehlende Integrationsmöglichkeiten – von den Maßnahmeschleifen bis zu Ein-Euro-Jobs. Prinzipiell muss die Integrationsmöglichkeit der „Maßnahme“ vorgeschaltet sein, und gerade mit der „Maßnahme“ sind Separierungen zwischen den Welten Arbeitsloser und denen Beschäftigter, zwischen Qualifizierung und beruflicher Tätigkeit aufzuheben. Das nimmt natürlich auch die Unternehmen ganz anders in die Pflicht, gibt ihnen aber die Chance zu geeigneten Arbeitskräften und verhindert unsinnige Subventionen.

Vorhandene Ansätze und Vorschläge

Aleksa, das Landesentwicklungskonzept für Sachsen, verweist auf ein „Innovationsprojekt Sachsen für Arbeit, Ansiedelung und Aufträge“. Kernpunkte eines solchen sind die gezielte Auftragsvergabe an ortsansässige Unternehmen, die Verbesserung der Investitionsbedingungen sowie der Eigenkapitalsituation für KMU, die Beschleunigung von Vergabeverfahren und die radikale Entbürokratisierung der Wirtschaftsförderung.

Es ist wichtig, wettbewerbsfähige Standorte zu erhalten, hierauf die einzelnen politischen Konzepte und Fördermittel über Ressortgrenzen hinaus zu konzentrieren, mehr Arbeitsplätze zu schaffen und den weiteren Umbau zu stimulieren. Das ist, so DIE LINKE. in Brandenburg, die überzeugende und machbare Alternative zu gescheiterten Großprojekten, die den Brandenburger Weg begleiten.

DIE LINKE. in Sachsen-Anhalt setzt neben dem Kernbereich des sozialökologischen Umbaus und gezielter Investition in den „Faktor Wissen“ insbesondere auf neue Beschäftigungsfelder in industrie- und forschungsnahen Dienstleistungen, im Tourismus, bei Produkten und Dienstleistungen einer spezifischen Seniorenwirtschaft wie unterschiedlichen „sozialen Unternehmungen“. Beschäftigungsförderung soll regionalisiert, die ESF-Mittel sollen stärker auf innovative Pilotprojekte konzentriert werden.

„Zeit für Veränderung“, so das Landesentwicklungskonzept für DIE LINKE in Thüringen, setzt auf kurzfristige Potenziale für Arbeit und Beschäftigung in den Bereichen Umwelt/Energie, Kulturarbeit und Tourismus. Zugleich wird betont, dass die verschiedenen Maßnahmen nicht isoliert betrachtet oder angegangen werden dürfen, sondern miteinander sinnvoll verzahnt werden müssen.

An diese und andere konkrete Erfahrungen und machbare, schon praktizierte Vorschläge lässt sich anschließen. Sie sollen unterstützt und gebündelt werden mit einem auf innovative Schwerpunkte ausgerichteten Zukunftsinvestitionsprogramm. Zugleich muss, auch durch die Präsentation überzeugender Beispiele und Projekte, die Bundesebene stärker in die Pflicht genommen werden. Hier sind die entscheidenden Weichenstellungen zu initiieren. Das Zukunftsinvestitionsprogramm ist dabei wesentliche Voraussetzung, um die einzelnen beispielhaft aufgeführten Ansätze mit einem Gesamtansatz des sozialökologischen Umbaus zu verbinden, die bisher immer wieder auftretenden Widersprüche zwischen den begrenzten Zuständigkeiten von Institutionen und von begrenzten, häufig nicht abgestimmten Projekten sind fatal.

Die Überlegungen zu Erhalt und Stabilisierung von Erwerbsarbeit müssen mit grundlegenden Ansprüchen an eine solche Erwerbsarbeit, abhängige wie selbständige, verbunden werden. Eine mögliche Alternative zu den aufgezeigten negativen, destruktiven Trends neoliberaler Wirtschaft und Wirtschaftspolitik wie insbesondere der unsozialen Hartz IV-Agenda, liegt im Anspruch auf gute Arbeit, wie ihn auch Gewerkschaften oder soziale Initiativen erheben: Das Minimum guter Arbeit sind angemessene, existenzsichernde Löhne. Wichtiger Einstieg sind Vereinbarungen zu Mindestlöhnen. Zu guter Arbeit gehören gesetzliche Höchstarbeitszeiten, ein ausreichender Arbeits- und Gesundheitsschutz, flexible Gestaltung und solidarisch praktizierte Arbeitszeitverkürzungen, die Förderung von Gleichberechtigung, die besondere Förderung von Menschen mit Behinderungen, die Berücksichtigung von Unterschieden in Qualifikation, Alter, Geschlecht (bei Einhaltung der Gleichberechtigung).

Unverzichtbarer Kern guter Arbeit ist deren Sicherung und Durchsetzung durch betriebliche Mitbestimmung und mögliche Mitgestaltung, aktive Teilhabe der einzelnen Beschäftigten. Wieder zu stärken sind demokratische Mitbestimmung, soziale Einbindung und Partizipation, Unterstützung verdienen alle Anstrengungen von Unternehmen, ihre soziale Verantwortung in einem umfassenden Sinn und nicht nur als Alibi oder zur Außenwerbung wahrzunehmen, auszubauen. Ebenso sind entsprechende Bedingungen guter Arbeit im Bereich selbständiger Erwerbsarbeit zu verbessern, vom Zugang zu Krediten über Renten- und Versicherungsregelungen etc. Die Wirtschaft, so das Fazit, muss eine entscheidende Rolle spielen. Dies aber kann und wird sie nur als eine demokratisch verfasste, am Gemeinwohl orientierte – also im radikalen Gegensatz zum Deregulierungswahn.

Mit dem praktizierten sozialökologischen Umbau wird sich auch unter den existierenden marktwirtschaftlichen Bedingungen ein Recht auf Arbeit formulieren und durchsetzen lassen, wie es schon heute verschiedene Länderverfassungen zumindest verkünden (Bayern, Brandenburg). Ein solcher Umbau ist längerfristig angelegt und schwierig; weder entstehen neue Beschäftigungsfelder sofort im großen Umfang,

noch neue Arbeitsmöglichkeiten. Dennoch bestehen Ansätze und realistische Chancen für ein solches Umsteuern. Zeitweilig noch unvermeidliche und in unterschiedlichen räumlichen wie zeitlichen Konstellationen auftretende Arbeitslosigkeit muss sozialpolitisch abgedeckt werden. Sie ist zu verbinden mit Wegen zu einer solidarischen Umverteilung von Arbeit und Arbeitszeitverkürzung und vor allem mit wirklich tragfähigen Brückenkonstruktionen – Weiterbildung, Umschulung – in Richtung auf neu entstehende Arbeitsplätze. Oberste Prämisse bleibt, Langzeitarbeitslosigkeit und soziale Segregation mit Blick auf den Zugang zur Erwerbsarbeit sind auszuschließen.

Öffentliche Beschäftigungsförderung, wie sie DIE LINKE lange in Mecklenburg-Vorpommern praktiziert hat, in Berlin in jüngster Zeit ausbaut, wie sie sich programmatisch in allen Länderkonzepten findet, wird auch unter diesen Bedingungen eine wichtige Option bleiben. Formen und Varianten können sehr vielfältig sein; es geht um erforderlich flexible, variable Sozialsysteme.

„Mit bereits 4.000 Stellen für gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Arbeit haben wir den Einstieg in den Berliner öffentlich geförderten Beschäftigungssektor geschafft, und es werden noch mehr Stellen entstehen. DIE LINKE hat sich durchgesetzt und eine beträchtliche Erhöhung der Landesmittel für die Beschäftigungsförderung erreicht. Damit stockt das Land die ÖBS-Stellen soweit auf, dass sie für die Beschäftigten existenzsichernd sind, also wenigstens 1.300 EURO Arbeitnehmer-Brutto bei einer Vollzeitätigkeit.“

Beschluss Landesparteitag Berlin, Dez. 2008

Dabei muss den realen Entwicklungen, die längst Grenzen zwischen Erwerbsarbeit und anderen Tätigkeiten fließend gemacht haben, entsprochen werden. Mehr Aufmerksamkeit und Anerkennung verlangen Tätigkeiten außerhalb der Sphäre der Erwerbsarbeit, zumal mit diesen nicht wenige Lernmöglichkeiten und Potenziale sozialen und politischen Engagements verbunden sind. Die fatale Abqualifizierung solcher Tätigkeiten über ABM-Schleifen oder /und Ein-Euro-Jobs ist zu verhindern.

Dabei kann es sowohl um sinnvolle Brücken in den ersten Arbeitsmarkt gehen wie um verschiedenen Modelle eines gemeinnützigen Beschäftigungssektors außerhalb von Privat- und Profitwirtschaft. Eine Konkurrenz zu diesem wirtschaftlichen Bereich ist ebenso zu vermeiden wie der Abbau regulärer Beschäftigung. Über konkrete Ausgestaltung und Kriterien muss regional differenziert, unter Einbeziehung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, von Sozialverbänden und sozialen Initiativen, entschieden werden.

„Stelle statt Stütze ist ein Berliner Förderprogramm und richtet sich an kleine und mittelständische Unternehmen in Berlin mit bis zu 250 Mitarbeitern. Über das Programm können die Unternehmen einen finanziellen Zuschuss für die betriebliche Einarbeitung und Qualifizierung von Arbeitnehmern erhalten, wenn sie einen zusätzlichen, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz für einen Arbeitslosengeld-II-Empfänger schaffen.“

www.stelle-statt-stuetze.de

Eine mögliche Antwort auf zeitweilige und drohende Arbeitslosigkeit sind Ansätze, die auf ein entsprechendes solidarisches Grundeinkommen setzen. Hier liegen die besonderen Chancen, um mit freier, disponibler Zeit, die sozialökologischer Umbau und Produktivitätsfortschritt bringen, sinnvoll umzugehen: Möglich sind Sabbatjahre, ökologische, soziale, kulturelle Projekte; Bildung, Qualifikation; Kindererziehung usw. „Nur“ muss vermieden werden, dass ein solches Grundeinkommen zum weiteren Ausbau neoliberaler Billiglohnstrategien missbraucht wird, und es muss in der freien Verfügung der Einzelnen liegen, Selbstbestimmung, freie Gestaltung, freiwilliger Wechsel. Solche Prämissen sind zu erhalten, die Umsetzung im Einzelnen noch zu konkretisieren und auszuprobieren. Von zentraler Bedeutung ist, dass sich ein solches Grundeinkommen als gleichberechtigter Zugang zur disponiblen Zeit wie der gleichberechtigte Zugang zur Erwerbsarbeit bedingen! Auch hier ermöglicht der sozialökologische Umbau einen progressiven Einstieg.

Der erfolgreiche sozialökologische Umbau hat in einem sehr erheblichen Ausmaß Qualifizierung, lebenslanges Lernen zur Voraussetzung. Insofern sind hiermit generelle Zielstellungen für politische Schwerpunktsetzungen benannt, für die entscheidende Zielmarke produktiver Investitionen in Bildung wie aber auch für eine auszubauende, zu unterstützende größere Verantwortung von Unternehmen. Wir setzen auf die durchaus guten Voraussetzungen in vielen ostdeutschen Regionen mit starken Fachhochschulen, Forschungseinrichtungen, auf tragfähige Arbeitgeberzusammenschlüsse, Nachwuchskräftepools, auf regionale und lokale Bildungs- und Qualifizierungsangebote bis zu mobilen Beratungsteams. Hier, in der Profilierung von Innovationsräumen und regionalen Netzwerken zwischen unterschiedlichen Bereichen öffentlicher und privater Infrastruktur, hat Ostdeutschland durchaus starke Potenziale, die im Interesse von Arbeit und Beschäftigung ausgebaut werden können (siehe III.4).

Der sozialökologische Umbau betrifft Produktions- wie Lebensweise. Einerseits ist offensichtlich, dass Konsum und Lebensweise unmittelbar einen solchen Umbau stimulieren und erst möglich machen: Nicht „Geiz ist geil!“, sondern „Öko ist geil!“, „Energieeffizienz ist geil!“ – und lässt sich verkaufen, „rechnet“ sich! Zugleich wird sich, sowohl durch das Recht auf Arbeit und auf Anteile an disponibler Zeit wie durch attraktivere Arbeitsverhältnisse, ausreichende Bezahlung, ak-

tive Beteiligung in der Arbeitswelt auch die Lebenswelt der Menschen sichtbar verändern. Nicht möglichst billiger Massenkonsum steht im Mittelpunkt, sondern eine qualitativ differenzierte Vielfalt. Progressive Entwicklung der Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum, eine auf Souveränität und Selbstbestimmung der Menschen gegründete aktive Teilhabe in Arbeitswelt, demokratischen Institutionen, Zivilgesellschaft und Freizeit – das ist unser Gegenentwurf zu fremdbestimmter „Aktivierung“ in einer industriegesellschaftlichen Arbeitswelt, deren Fundament zerbröckelt.

4. Ostdeutschlandweit das Tor zur Zukunft öffnen: nachhaltige Bildungsreform und Stärkung der Kompetenzen zu lebensbegleitendem Lernen

Strategische Herausforderungen und Ausgangslage

Der sozialökologische Umbau Ostdeutschlands ist konzeptioneller Kern des sich vollziehenden Übergangs zur Wissensgesellschaft; die erforderlichen Innovationen betreffen Technologie und Produktionsweise wie Konsum und Lebensweise. Zukunftsfähige gesellschaftliche Entwicklung macht den „Faktor Wissen“ zur entscheidenden Ressource für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für nachhaltige Produkt- und Konsumformen, für einen erforderlichen selbsttragenden Aufschwung. Insofern verlangt die demokratische Gestaltung des sozialökologischen Umbaus insbesondere auch eine demokratische Gestaltung der Wissensgesellschaft mit Teilhabe- und Gestaltungsmöglichkeiten für alle. Bildung und Wissen, von der Kita bis zur Hochschule, vom lebenslangen Lernen bis zu Forschung und Entwicklung, von alternativen Lebensformen bis zu zukunftsfähigen Technologien, müssen die Eckpunkte für ein Zukunftsinvestitionsprogramm sein.

Dabei überlagern sich die Herausforderungen des sozialökologischen Umbaus wiederum mit strukturellen, mit verfestigten Modernisierungsdefiziten, die das Bildungssystem in Deutschland über die letzten Jahrzehnte erfahren hat. Praktizierte Reparaturansätze neoliberaler Couleur haben auch hier zu einseitiger Funktionalisierung und Ökonomisierung, zu verstärkter sozialer Auslese und zu finanziellen Engpässen geführt. Sie haben zudem eine „Wissensdynamik“ in Gang gesetzt, die einem zukunftsfähigen Umbau gerade im Wege steht: Mit Technologien, die wenig auf Ressourceneffizienz gehen, mit einer Separierung in einen kleinen Hochlohn- und breiten Niedriglohnsektor, die Mehrheiten aus der Wissensgesellschaft ausschließt, mit Informationsmonopolisierung und Überwachung, die aktives gesellschaftliches Engagement einschränken, mit regionalen Disparitäten, die eher wissensgesellschaftliche Kompetenzfallen für „Verliererregionen“ generieren, als dass sie Interaktionszusammenhänge herstellen und lokale High-Tech-Potenziale stärken.

Trends und Abhängigkeiten, die bisher schon für eine sogenannte Wissensgesellschaft beschrieben wurden – die Vervielfältigung von Wissensformen, die beson-

dere Rolle eines impliziten Wissens, von Wissensformen und Lernprozessen an Übergängen zwischen verschiedenen Bereichen und in Entgrenzungsprozessen, in komplexen und dynamischen Veränderungsprozessen etc. –, mögen in manchen Details noch unbekannt sein, sie werden aber wesentlich die erforderlichen Umbauprozesse begleiten. Insofern sind flexible und offene Formen erforderlich, nicht Separierung und Abschottung der einzelnen Lern- und Bildungsinstitutionen, sondern deren Vernetzung und „Verzahnung“: Weiche und harte Netzwerke, standardisierte und offene Wissensformen, unterschiedliche regionale Innovationsbereiche (Triple-Helix). Einen besonderen Platz nehmen dabei alle Entwicklungen ein, die selbstgesteuertes und selbstorganisiertes Lernen unterstützen. Hier ist die Antwort zu finden, ob der weitere Übergang zur Wissensgesellschaft zu zwanghaft individualisierten Selbstunternehmerinnen und Selbstunternehmern führt, oder einen individuellen Freiheitsgewinn bringt. Die Möglichkeiten für einen solchen Freiheitsgewinn sind mit neuen Teilhabechancen auf der Grundlage von Beschäftigungseffekten aufgezeigt.

Ostdeutschland hat viele gute Voraussetzungen, die zum Teil mit Traditionen aus der DDR verbunden sind (Kinderbetreuung; Lehrinhalte), zum Teil mit eingesetzten Förder- und Unterstützungsprogrammen (Brückenprogrammen zwischen KMU-Netzwerken und Hochschulen, Unterstützung von Auszubildendenverbänden). Davon kann ausgegangen werden. Zugleich kann an Fehler und Fallen erinnert werden, die zu vermeiden sind. Als Fazit gilt: Bildung, zukunftsfähige Umgestaltung und solidarische Gesellschaft gehören unmittelbar zusammen; der sozialökologische Umbau liefert gute Gründe für ein „Innovationskonzept Bildung“. Die Voraussetzungen dafür sind weitgehend noch nicht gegeben. Das zeigt folgende Bestandsaufnahme.

- Das öffentliche Bildungssystem ist chronisch unterfinanziert. Wie der jüngste OECD-Bericht Bildung von 2008 ausweist, werden im internationalen Vergleich in der Bundesrepublik Deutschland weniger Mittel für Bildung (Anteile am Bruttoinlandsprodukt) bereitgestellt als in anderen vergleichbaren Ländern (BRD 5,1%; OECD-Schnitt 6,1%).
- Große Unsicherheiten bestehen in der Frage, welche Bildung und welches Wissen die Bildungseinrichtungen verschiedener Stufen vermitteln sollen. Ein starker Druck geht einseitig auf ökonomisch relevantes und verwertbares Anwendungswissen, das relativ rasch veraltet. Andererseits wird immer breiteres, komplexeres (systemisches) Gestaltungswissen verlangt, das so nicht vermittelt werden kann. Insgesamt drohen hier Ver-einseitigungen.
- In kaum einem Land hängt der Bildungserfolg der Heranwachsenden so sehr von der sozialen Herkunft und der sozialen Lage der Eltern ab wie in der Bundesrepublik Deutschland. Bestehende Ungerechtigkeiten werden durch mangelnde individuelle

Förderung, frühzeitige Selektion und Ausgrenzung reproduziert und sogar noch verstärkt. Insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten Familien und Familien mit Migrationshintergrund gehören zu den Verlierern des auf Ostdeutschland nach 1990 übertragenen gegliederten Schulsystems.

- Ostdeutschland verfügt im bundesweiten Vergleich über eine erstklassige Infrastruktur für die frühkindliche (vorschulische) Betreuung, Bildung und Erziehung. Der Bildungsauftrag der Kindergärten und Vorschuleinrichtungen konnte zwar entgegen einigen Bestrebungen erhalten werden, der Zugang zu den genannten Einrichtungen ist jedoch auf fiskalischem und anderem Wege erschwert.
- Die Institutionen des Bildungswesens sehen sich mit den Konsequenzen der sozialen Spaltung der Gesellschaft und eines vielgestaltigen Strukturwandels des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen konfrontiert. Zu dessen negativen Seiten gehört, dass etwa 10 bis 15% der Heranwachsenden sich selbst überlassen bleiben. Die Bildungseinrichtungen sehen sich im wachsenden Maße gefordert, Defizite der Sozialisationsinstanz Familie und soziale Ungleichheiten ausgleichen zu müssen.
- Eine wachsende Anzahl von Männern und Frauen zwischen 20 und 30 Jahren ist noch nie oder nur kurzzeitig in Ausbildung, Berufs- und Beschäftigungsförderung oder dauerhaft arbeitslos. In Ostdeutschland hat sich über fast zwei Jahrzehnte eine solche Soziallage bei jeweils bis zu einem Drittel der Jugendlichen und jungen Erwachsenen verstetigt.
- Beklagt die Wirtschaft zu Recht einerseits eine mangelnde Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit vieler Schulabgänger, so hat sich andererseits bei Heranwachsenden ein verhängnisvolle Wahrnehmung verfestigt: Zu viele können keinen Zusammenhang zwischen ihren je eigenen Lern- und Bildungsbemühungen und dem erwerbsbiographischen Lohn ihrer Mühen erkennen – etwa in Gestalt des Erhalts einer Lehrstelle oder der Übernahme in ein reguläres Arbeitsverhältnis. Die Zahl der Schulabgänger ohne gültigen Schulabschluss ist deutlich gewachsen, überwiegend handelt es sich um Jungen.
- Die Dominanz von Kleinst-, Klein- und mittleren Unternehmen in der ostdeutschen Wirtschaft seit 1989/90 hat in der Vergangenheit zu einem drastischen Rückgang an Lehrstellen geführt. Das bundesdeutsche duale System der beruflichen Ausbildung hat im Osten nie wirklich flächendeckend Fuß fassen können. Die Unternehmensstruktur ist zudem mit einer deutlichen Schwäche von Forschung und Entwicklung in diesem Bereich verbunden.
- Die reale Deindustrialisierung Ostdeutschlands wurde vielfach von einer mentalen Deindustrialisierung in den beruflichen Wünschen und Vorstellungen junger Leute begleitet. Mögliche zukunftssichere und -fähige Ausbildungen vor Ort kommen in der

Wahrnehmung junger Leute suboptimal vor, zumal es kein den neuen Verhältnissen entsprechendes System der Berufsvorbereitung und Berufsberatung gibt. In vielen Regionen Ostdeutschlands geht Fachkräfte- und Nachwuchskrätemangel mit hoher Arbeitslosigkeit einher.

- In Ostdeutschland besteht eine ausdifferenzierte Weiterbildungslandschaft in vielfältiger Trägerschaft. Doch die „vierte Säule“ des Bildungssystems ist unzureichend mit den drei anderen verzahnt; kritisch ist insbesondere die Separierung von der Arbeitswelt.
- Die Föderalismusreform hat die bildungspolitische Kleinstaaterei innerhalb der Bundesrepublik Deutschland nicht korrigiert, sondern besiegelt. Für Ostdeutschland bietet dieser Ertrag der Föderalismusreform indes auch Chancen, eine Verständigung der ostdeutschen Länder über Konturen und Maßgaben einer Bildungsreform herbeizuführen und vorerst zumindest Bildungsreformen ostdeutschlandweit umzusetzen.

Diese Bestandsaufnahme ließe sich fortsetzen, eine Verdeutlichung ist erreicht. In den Blickpunkt rücken Zielsetzungen für eine andere, eine progressive Bildungspolitik; grundlegend stellt sich die Frage nach einer neuen Organisation des Zusammenhanges von Bildung, Erwerbsarbeit und Lebensweise. Der sozialökologische Umbau ist in jedem Bereich mit neuen Lernforderungen verbunden; es geht um offene Gestaltungsfragen. Einige der Ausgangsbedingungen, die zugleich Empfehlungen für aktuell mögliche Konjunkturprogramme sein können, lassen sich umreißen.

Eckpunkte einer nachhaltigen Bildungspolitik für Ostdeutschland

1. Bildungsinvestitionen sind keine konsumtiven Ausgaben, sondern Zukunftsinvestitionen

Übergreifende Ziele sind der Ausbau des öffentlichen Bildungswesens und das Prinzip der Unentgeltlichkeit seiner Leistungen vom Kindergarten bis zur Universität. Um die chronische Unterfinanzierung des Bildungswesens zu verringern, hat die Linke für die Bundesrepublik als Ganzes Steuerkonzepte und Vorschläge zum Abbau der Rüstungsausgaben vorgelegt, deren Einlösung indes an eine deutliche Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse im Lande gebunden sind. Diese Lösungsmöglichkeiten stehen vorerst nicht zu Gebote. Sinnvoll wäre, dass die ostdeutschen Länder mehr Geld für Bildung in ihre Haushalte einstellen, insbesondere für die vorschulische Bildung und Erziehung und die Grundschulen, für die Neugestaltung der Lehrausbildung. Auf Länder- und kommunaler Ebene sind Schwerpunkte der Bildungsfinanzierung zu fixieren, um dringliche Bedarfe abzugelten.

Ernsthaft weiter zu verfolgen und zu prüfen sind Möglichkeiten, ostdeutschlandweit eine Bildungsanleihe in Form festverzinslicher Wertpapiere für mehrere Jahre Laufzeit aufzulegen.

„DIE LINKE hat die Intentionen ihres Schulreformgesetzentwurfs, der auf längeres gemeinsames Lernen zielt und polytechnische Bildungselemente in allen Schulen vorsieht, als Diskussionsangebot dem Bildungskonvent unterbreitet. Wir streben eine sozialpädagogische Profilbildung an Schulen an. Jede Schülerin und jeder Schüler soll darauf vorbereitet werden, einen soliden mittleren Schulabschluss erlangen zu können, der ohne Ehrenrunden zum Abitur oder zu einem qualifizierten Beruf führt. ... Vor allem aber muss sich Schule wandeln, sie soll von einem Ort der Belehrung zu einem Ort des Lernens werden. Das erfordert auch differenzierte individuelle Anregung und Unterstützung.“

DIE LINKE Sachsen-Anhalt, Zwischenbilanz 2008

2. Gesellschaftliche Verständigung über Bildungsziele und Bildungsaufgaben führen

Eine grundlegende Bildungsreform setzt einen gesellschaftlichen Verständigungsprozess über Bildungsauftrag und -ziele der Bildungsinstitutionen verschiedener Stufen voraus, um Klarheit und Planungssicherheit für mehrere Jahre zu gewinnen. Leitend ist ein Grundverständnis von Bildung, mit dem diese nicht einseitig aus dem Blick auf Arbeit und erwerbsrelevante und verwertbare Qualifikationen und Zertifikate definiert wird. Leitorientierungen sind vielmehr Emanzipation, Handlungsfähigkeit, Kritikfähigkeit, Selbstbestimmung und selbstbestimmte Lebensführung, die sich auf die Herausforderungen des sozialökologischen Umbaus einstellen.

3. Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung ausbauen

Der Ausstattungsvorsprung Ostdeutschlands in dieser Hinsicht bedarf der Pflege und Weiterentwicklung. Wir gehen davon aus, dass schrittweise allen Kindern, deren Eltern das wünschen, der Besuch einer Vorschuleinrichtung vom Krippenalter bis zum Schuleintritt ermöglicht werden muss, dass der Anspruch auf umfassende Förderung ein Recht des Kindes ist. Dies schließt den Ganztagsanspruch für alle Kinder ein. Wir bekennen uns klar zu dem Bildungsauftrag der Vorschuleinrichtungen.

Die Erzieherinnen und Erzieher sollen entsprechend international üblichen Standards künftig eine Universitätsausbildung, zumindest eine Ausbildung auf Fachhochschulniveau erhalten.

Zu vereinbaren sind konkrete Festlegungen, die zur Reduzierung der Gebühren für den Besuch von Krippe, Kindergarten oder Hort führen. Endziel ist Gebührenfreiheit.

4. Verabschiedung des gegliederten Schulsystems und seine Ersetzung durch „Eine Schule für alle“

Die Gewährleistung gleicher Bildungsmöglichkeiten für alle lässt sich durch ein längeres gemeinsames Lernen aller Kinder in einer Gemeinschaftsschule un-

terstützen. Diese sollte als demokratische Ganztagschule in öffentlicher Hand organisiert sein, und zwar in einem ersten Schritt bis zum 8. Schuljahr, in einem zweiten bis zum 9. oder 10. Schuljahr. Für Übergänge und Anregungen lässt sich auf Pilotprojekte hinweisen.

„Mit der Pilotphase der Gemeinschaftsschule, an der sich bereits 16 Schulen in elf Projekten beteiligen, haben wir die Tür für eine soziale gerechte Bildungspolitik aufgestoßen und streiten in der öffentlichen Debatte um eine gesellschaftliche Mehrheit für die ‚Schule für alle‘. Nur so lassen sich aus unserer Sicht unsere Bildungsziele verwirklichen: den Schulabschluss für alle zu ermöglichen, den Anteil von Abiturienten deutlich zu erhöhen und die Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft zu reduzieren.“

Landesparteitag Berlin, Dez. 2008

Ostdeutschland kann bei der Ersetzung des gegliederten Schulsystems durch „eine Schule für alle“ bundesweit vorangehen, weil das gemeinsame Lernen zwischen Oder und Werra auf eine breite Akzeptanz stößt. Zudem lässt sich das gegliederte Schulsystem infolge des demographischen Wandels in vielen Gebieten nicht aufrecht erhalten.

Die Schule muss im Dorf bzw. in Wohnortnähe bleiben; für kleine Beine sind kurze Wege vorzusehen. Zudem ist die Schule häufig der einzige öffentliche Ort und damit möglicher Nukleus zivilgesellschaftlicher und kultureller Aktivitäten. In dünn besiedelten Gebieten sind Lösungen vorstellbar, wonach eine Schule Filialen an mehreren Orten hat. Ansonsten gilt „freie Fahrt für Bildung“, d.h. die Pflicht zum öffentlichen Nahverkehr. So soll soziale Auslese verhindert werden. Ebenso dadurch, dass in Bildungseinrichtungen sich Bildungs- und Sozialarbeit verschränken. Das von einer rot-roten Koalition regierte Mecklenburg-Vorpommern war eines der ersten Bundesländer, in dem Schulsozialarbeiter eingesetzt wurden.

5. Berufsausbildung und Berufsabschluss für alle Schulabgänger in Ostdeutschland gewährleisten

Das duale System beruflicher Bildung ist, trotz aufgezeigter Probleme, noch immer im Grundsatz zukunftsfähig. Im nächsten Jahrzehnt ist es möglich und erreichbar, dass alle Schulabgänger nach erfolgreicher Beendigung der Pflichtschulzeit, eine Ausbildung erhalten, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führt oder den Übergang zu einem Hochschulstudium ermöglicht. Einfluss haben der zahlenmäßige Rückgang der Lehrstellenbewerber wie ein zunehmender Mangel an Fach- und Nachwuchskräften für die Unternehmen. Dennoch ist allein auf demographischem Wege eine Entschärfung der Lehrstellenfrage nicht zu erwarten. Daher sollte daran festgehalten werden, eine Ausbildungsabgabe für alle Unternehmen einzusetzen, die ausbilden können, es aber nicht tun. Kleine Unternehmen, die aus eigener Kraft nicht ausbilden können, sollten

hingegen noch stärker für Ausbildungsverbünde gewonnen, solche Verbünde sollten systematisch gefördert werden.

6. Flächendeckend Berufsfrühorientierung und Bildungsberatungsagenturen einführen

Um der mentalen Deindustrialisierung zu begegnen, die dazu führt, dass in den beruflichen Vorstellungen von Heranwachsenden ganze Branchen, industriell produzierende und durchaus zukunftsfähige Unternehmen nicht mehr vorkommen, sind die Unternehmen dafür zu gewinnen, dass sie in wohlverstandener Eigeninteresse stärker Berufsfrühorientierung betreiben, deren Adressat zunächst nicht so sehr und allein Kinder und Jugendliche, sondern die Eltern sein müssten. (In der Schule muss indes gesichert werden, dass alle Schüler über die wichtigsten Unternehmen in ihrem Umfeld Bescheid wissen.) Zu fördern und zu intensivieren sind die Beziehungen zwischen Schule und regionaler Wirtschaft.

In ganz Ostdeutschland ist die Einführung von so genannten Lern- oder Bildungsberatungsagenturen anzustreben, um das lebensbegleitende Lernen aller Gesellschaftsmitglieder durch professionelle und an der Person orientierte Beratungsleistungen zu unterstützen. Bislang operieren Bildungsberatungsagenturen schon in einer Reihe von Städten und Regionen Ost- und Westdeutschlands. Ihre Arbeit sollte aus öffentlichen Mitteln finanziert werden.

„Die Idee ist unter Marktgesichtspunkten einfach, doch für den Bildungsbereich fast eine Revolution: eine Agentur, die jede und jeder leicht aufsuchen kann, dort kompetent beraten wird und hinsichtlich der eigenen Bildungsinteressen und -bedarfe ein individuell passgenaues Angebot erhält (...), so, wie man eine Individualreise in einem Reisebüro bucht.“

Bildungsberaterinnen und Bildungsberater in den Lernläden leben dieses Konzept: Die Lernläden sind offen gestaltet und präsentieren sich als kundenfreundliche, zu ladentypischen Öffnungszeiten erreichbare Serviceagenturen ... Vor Ort in den LernLäden hängt die Dauer und Intensität des Beratungsgesprächs ganz von den Wünschen der Bildungskunden ab.“

*LernLäden des LernNetzes Berlin
(Lernende Regionen 2008)*

7. Mit Blick auf die intendierte Bildungsreform und Defizite unter herkömmlichen Bedingungen sind die Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte neu zu gestalten

Die Ausbildung muss sich an den Anforderungen einer modernen Schule – der Gemeinschaftsschule – orientieren, ohne die Notwendigkeiten der Gegenwart aus dem Auge zu verlieren. Sie muss auf der Universität auf hohem fachwissenschaftlichem Niveau, in einem von Beginn an eigenständigen, auf die pädagogische Tätigkeit und die Herausforderungen der Schulpraxis bezogenen Studiengang erfolgen.

Die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer ist ein unverzichtbarer Bestandteil ihrer beruflichen Tätigkeit und wichtiges Element ihres Berufsbildes, verstärkt zudem durch die neuen Orientierungen und Anforderungen aufzunehmender und zu vermittelnder Umbruchsherausforderungen, der Gestaltung des sozialökologischen Wandels. Insofern ist es erforderlich, in allen ostdeutschen Ländern mehrere Jahre umfassende Konzepte der Lehrerfort- und Weiterbildung zu erarbeiten, die sowohl innerschulische Fortbildung als auch den Besuch von Lehrgängen und Kursen vorsehen, Schulen und Lehrern Planungssicherheit geben.

8. Weiterbildung in neuen Formen und Strukturen, um die Lernkompetenzen zu stärken

Neue wie auch traditionelle berufliche und nichtberufliche Kompetenzen sind in der Wissensgesellschaft, beim sozialökologischen Umbau Ostdeutschlands und für die selbstbestimmte Lebensführung eines jeden gefragt und müssen gezielt ausgebildet werden. Erforderlich ist eine flexible, effektive und real differenzierte Weiterbildungslandschaft. Zu Recht setzt sich die LINKE beispielsweise für ein Bundesrahmengesetz ein, das die Weiterbildung als „vierte Säule“ des Bildungswesens in angemessener Form ausweist und integriert sowie die Rahmenbedingungen für lebensbegleitendes Lernen verbessert.

Das Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf adäquate Zugänge zu qualitativ vollen Formen der Weiterbildung verdient stärkere politische und sachliche Unterstützung. Im Verein mit Kammern, Unternehmensverbänden, Weiterbildungsträgern und Bildungsberatungsagenturen muss das Gespräch mit Unternehmern darüber gesucht werden und müssen Möglichkeiten für Lösungen, die noch besser den in Ostdeutschland mit seiner starken Dominanz von KMU gegebenen Bedingungen entsprechen, angestrebt werden. Auch Weiterbildung kann im Verbund erfolgen, gefragt sind stärker gemeinsame Lernformen von (noch) Arbeitslosen und Beschäftigten. Denn es sind diese Übergangsbereiche, die ein enormes Lernpotenzial besitzen können, oder zu Segregationen führen: Flexible, variable Lösungen, nicht aber fiktive Ersatz-Qualifikationen.

Als zweite praktische Maßnahme zur Unterstützung des lebensbegleitenden Lernens ist die bereits erwähnte Einführung von Bildungsberatungsagenturen in ganz Ostdeutschland zu nennen. Lebenslange Lernbereitschaft und Lernkompetenz sind häufig zu Schlagworten geworden, stellen aber wichtige Orientierungen dar. Lebenslanges Lernen ist Voraussetzung beruflicher und sozialer Teilhabe, Weiterbildung ist keineswegs auf beschäftigungsnaher Weiterbildung zu reduzieren.

Strategische Bedeutung gewinnt die Ermöglichung und Verbreiterung offener Formen hochwertiger Weiterbildung, die zugleich kulturelle und soziale Werte vermittelt. Es geht dabei um eine durchgreifende Demokratisierung neuen und alten Wissens.

Hinsichtlich der Finanzierung von Weiterbildung in Ostdeutschland im zeitlichen Horizont des Leitbildes knüpfen wir an folgende Positionen im bildungspolitischen Diskurs an:

Beschäftigungsnaher Weiterbildung im Sinne von Anpassungsbildung (d.h. einer Weiterbildung, die vornehmlich im betrieblichen Interesse liegt und sich dem verdankt, was betriebliche Entscheidungsträger für erforderlich halten), ist durch Unternehmen zu finanzieren, die im Bedarfsfall mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Bei Personen, die vom Job Center oder der Arbeitsagentur betreut werden, sind entsprechende Weiterbildungen von der öffentlichen Hand zu finanzieren.

Berufliche Weiterbildung, die auf individuelles Fortkommen, beruflichen Aufstieg oder Karriere des Einzelnen gerichtet ist (wie etwa Meisterausbildung), sollte primär individuell finanziert, aber erforderlichenfalls durch zinslose Bildungsdarlehen unterstützt werden.

9. Hochschulbildung 2020 in Ostdeutschland

Die Studierquote blieb bislang unter dem OECD-Mittel. Anzustreben ist, dass sich der Anteil der jungen Menschen mit Hochschulreife auf deutlich über 50 Prozent des jeweiligen Altersjahrganges erhöht und die Studierquote entsprechend steigt.

Der Hochschulzugang ist so zu gestalten, dass akademische Ausbildung kein Privileg der Besserverdienenden wird. Im Gegenteil, Ostdeutschland könnte gezielt genutzt und ausgebaut werden zu einer „Modellregion für wissenschaftlichen Nachwuchs“.⁷ Diesem Ziel entspricht auch die Praxis, keine Studiengebühren zu erheben.

Ostdeutschland braucht:

- öffentlich finanzierte Hochschulen mit effizienten Studienbedingungen
- offene, demokratische, international wie regional verwurzelte Hochschulen und Universitäten, die sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst sind.

Die Hochschulen stellen wichtige Wissenszentren für die sozialökologische Umgestaltung dar, mit dem Ziel sollen und können sie noch stärker zu Bestandteilen erforderlicher regionaler Innovationssysteme werden. Damit werden Ausstattungsnachteile hinsichtlich privater Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen kompensiert und ostdeutsche Ausstattungsvorteile im öffentlichen Sektor genutzt. Dies liegt auch im Eigeninteresse der Hochschulen.

⁷ Dazu und insgesamt: Pasternack, Peer. (Hrsg.) 2007: Stabilisierungsfaktoren und Innovationsagenturen. Die ostdeutschen Hochschulen und die zweite Phase des Aufbau Ost, Leipzig

„Wenn das Ziel des Aufbaus Ost selbsttragende Regionalentwicklungen sind, und wenn Hochlohngelände (wie Ostdeutschland) eine vor allem wissensbasierte Wirtschaft benötigen, dafür aber im konkreten Falle eine wesentliche Voraussetzung fehlt, nämlich die angemessene Ausstattung mit privat finanzierter Forschung, dann liegt es nicht nur nahe, dass den Hochschulen hier eine besondere Funktion zuwächst. Vielmehr wird dies auch die einzige Chance der ostdeutschen Hochschulen sein, die eigene Unentbehrlichkeit nachzuweisen ...“

Peer Pasternack, 2007: 429

Um die Abbrecherquote drastisch zu senken, sind eine reformierte Studienförderung im Rahmen des Bafög, ein ein- bis zweisemestriges Probestudium und ein verbessertes Beratungssystem als Instrumente zu erproben. Aus lediglich fiskalischen Gründen etablierte Schmalspurstudiengänge sind nach Möglichkeit nicht ein- bzw. weiterzuführen.

Zu stärken sind die Mitbestimmungsrechte der Mitarbeiter und Studenten. Das betrifft die zentralen Hochschulorgane wie die Fachbereichsgremien. Generell verlangt die zu erhaltende Autonomie der Hochschulen deren möglichst starke demokratische Ausrichtung.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen sind ebenso zu verhindern wie eine Steigerung der Lehrqualität anzustreben ist. Der Grundsatz einer Einheit von Lehre und Forschung an allen Hochschulen (Ost)Deutschlands sollte erhalten bleiben. Der Kurs zur Schaffung von Eliteuniversitäten verstößt ebenso gegen die Einheit von Lehre und Forschung wie die Intention, vordergründig auf die Lehre orientierte Professuren zu schaffen. Ostdeutschland muss auf eine breitere und eher mittlere Basis orientieren, um flächendeckend Forschungskapazitäten ausweisen zu können. Es geht um ein solides Fundament, das die Hochschulen in Ostdeutschland darstellen können; im Konzept eines sozialökologischen Umbaus werden sie zu wichtigen Schaltstellen der Regionalentwicklung.

Im Interesse des sozialökologischen Umbaus Ostdeutschlands sollen die Vernetzungen der Hochschulen mit Unternehmen, Kultur-, Bildungs- und Verwaltungseinrichtungen in Ostdeutschland wie mit dem Ausland ausgebaut werden.

Aus der Suche nach einer anderen Produktionsweise, nach einer anderen Art und Weise des Arbeitens und nach progressiven, zukunftsfähigen Formen der Lebensweise ergibt sich die zentrale Motivation für Bildung und Lernen. Die beachtlichen Potenziale, welche Ostdeutschland hier besitzt, dürfen nicht weiter abgebaut oder verschleudert werden. Die Zukunft liegt in einer sozialökologischen Wissensgesellschaft.

5. Mit vorausschauender Gesellschaftspolitik einen spürbaren Zuwachs an sozialer Sicherheit herbeiführen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt neu begründen und stärken

Soziale Verwundbarkeit und sozialökologischer Umbau Ostdeutschlands

Zentraler Baustein des sozialökologischen Umbaus hin zu einer zukunftsfähigen, solidarischen Gesellschaft ist ein entsprechend gestaltetes Sozialsystem. Einerseits geht es um die ersichtlichen und aufgezeigten Optionen, vor allem den Ausbau von Beschäftigungsmöglichkeiten, die mit dem Umbau selbst verbunden sein werden. Hier sind progressive Einspareffekte zu sehen. Andererseits verlangt der sozialökologische Umbau ein flankierendes Sozialsystem, mit dem zeitweilige Arbeitslosigkeit, Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen aufzufangen und zugleich breite Teilhabe aller zu sichern sind. Dies kann verschiedene Instrumente wie etwa Öffentliche Beschäftigung oder Grundeinkommen umfassen. Der komplexe sozioökonomische Gestaltungsprozess schließt einen Umbau der Sozialsysteme, einschließlich von Renten- und Gesundheitssystem, ein. Dabei ist ein wichtiger Kernpunkt, dass auch hier ein umfassender Paradigmenwechsel stattfinden muss (und mit der vorgeschlagenen Strategie fundiert werden kann): von nachsorgender Sozialpolitik hin zu vorsorgender Gesellschaftspolitik.

Die deutsche Gesellschaft ist eine der reichsten im Weltmaßstab. In den letzten Jahrzehnten haben sich die sozialen und politischen Kräfteverhältnisse und mit ihnen Koordinaten und das Funktionsverständnis von Sozialpolitik verschoben. Die Reallöhne der Beschäftigten sind tendenziell gesunken, sofern Lohnzuwächse erkämpft werden konnten, werden sie von der Inflation und vom Preisanstieg aufgezehrt. Charakteristisch ist die Wiederkehr sozialer Unsicherheit. Soziale Unsicherheit als einst prägende Grunderfahrung proletarischer Existenz hat nunmehr auch weite Teile der Mittelschichten erfasst. Zudem entstanden neue Sozialkategorien – die aus der Perspektive kapitalistischer Verwertungszusammenhänge „Ausgeschlossenen“ oder „Überflüssigen“: Was sie können, braucht keiner, was sie denken, schätzt keiner, und was sie fühlen, kümmert keinen.⁸ Hinter diesen Tendenzen zeigen sich die Prämissen eines überholten Modells von Ökonomisierung und Deregulierung, mit dem Sozialabbau zur ultima ratio möglicher Lösungen wird.

⁸ Vgl.: Bude, H. 2008: Die Ausgeschlossenen. München

„Die Gefahr des Kapitalismus liegt in der Ausdehnung des ökonomischen Denkens und des Konkurrenzprinzips auf immer mehr Bereiche unsers Lebens, von den Hochschulen bis hin zu den sozialen Dienstleistungen. Denken Sie an den Murks der demnächst in Kraft tretenden Krankenkassenreform. Hier sind Kapitalismus oder Marktwirtschaft eindeutig zur Ideologie geworden. ... Es ist jedenfalls Zeit, wieder einmal darüber nachzudenken, in welche Bereiche unseres Lebens das Gewinn- und Konkurrenzprinzip gehört, auf dem der Kapitalismus beruht, und in welche nicht.“

Franz-Xaver Kaufmann, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 21. Dezember 2008: 37

Der nachsorgende Sozialstaat ist gerade auf Grund fortschreitender Privatisierungen zunehmend arm und überfordert. Eine Umverteilung zu Gunsten sozial Schwacher, eine Aufhebung von Ausgrenzung etc. sind für linke Politik so nicht nur unverzichtbare Grundlage zu bewahrender Identität und zudem verteilungspolitisch möglich; der Einstieg in den sozial-ökologischen Umbau Ostdeutschlands ist vielmehr ohne eine aktive und veränderten Maßgaben folgende Sozialpolitik nicht zu haben. Bevölkerungsmehrheiten werden sich kaum an den Umbau ihrer Produktions- und Lebensweisen wagen und die damit verbundenen Risiken tragen, wenn damit nicht Freiheitsgewinne für sie verbunden sind, wirksame Schritte zur Überwindung von Exklusion und Ausgrenzung, ein Zugewinn an sozialer Sicherheit und eine Verringerung ihrer sozialen Verwundbarkeit. Der ökologische Umbau ist nur in einem solidarischen Zukunftsprojekt möglich. Ostdeutschland heute zeigt jedoch vielfach ein anderes Gesicht.

Soziale Sicherheit zielt auf Verringerung der sozialen Verwundbarkeit. „Soziale Verwundbarkeit“ verweist dabei auf „Mittel und Möglichkeiten, über die Individuen, Gemeinschaften oder ganze Bevölkerungen verfügen, um mit Risiken, (sozialen) Unsicherheiten in ihrem Dasein fertig zu werden oder eben nicht“ (U. Beck, 2002). Es geht um Regelungen und Leistungen der Solidargemeinschaft, die es den Menschen ermöglichen, ein Dasein ohne äußere Not zu führen, mithin um Schutz vor den bekannten Lebensrisiken und deren Folgen (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfälle, Erwerbsunfähigkeit und Pflegebedürftigkeit). Mit dem sozialökologischen Umbau, mit offenen Selektions- und Suchprozessen können sich eigenständige Risiken in unterschiedlichen Bereichen ergeben. Deren Absicherung ist ebenso erforderlich.

Der Sozialstaat muss eine umfassende Strategie gegen die wachsende Armut in Deutschland entwickeln. Aus der Armut, von der Familien mit Arbeitslosigkeit, alleinstehende Mütter und Rentnerinnen und vor allem auch Kinder betroffen sind, erwachsen unabhängig von den Auswirkungen für die Betroffenen vielfältige Gefahren für ein soziales und demokratisches Gemeinwesen. Armut ist dabei nicht nur Einkommensarmut im engeren Sinn, sondern verhindert oder erschwert den Zugang zu Arbeit, Bildung, Kinderbetreuung, medizinischer Versorgung oder angemessenem Wohnraum.

Der Sozialstaat steht in der Verantwortung, durch existenzsichernde Leistungen, soziale Angebotsstrukturen und präventive Krisenintervention Armut zu vermeiden bzw. zu beseitigen.

www.sozialabbau-stoppen.de

(Soziale) Ausgangslage der ostdeutschen Gesellschaft im Jahr 18 der deutschen Einheit

Die ostdeutsche Gesellschaft ist trotz erheblicher Transfers in den sozialen Bereich deutlich gekennzeichnet durch problematische Entwicklungen, die gerade auf mangelnde soziale Teilhabe und drohende bzw. vorhandene soziale Verwundbarkeit hinweisen.

Die hohe und noch immer anhaltende Abwanderung großer Teile der jungen erwerbsfähigen und oftmals gut gebildeten und ausgebildeten ostdeutschen Bevölkerung zeigt, dass gerade sie in vielen der ostdeutschen Regionen keine Perspektive, keine wirklichen Teilhabechancen mehr sehen.

Die höhere soziale Verwundbarkeit der ostdeutschen Bevölkerung (gegenüber der westdeutschen) ergibt sich aus den Beschäftigungs-, Einkommens- und Vermögensverhältnissen wie einem hohen Anteil derjenigen, die von Sozialeinkommen leben. Markant ist etwa:

- Im Jahr 2008 sind noch immer keine gleichen Löhne und Gehälter für gleiche Arbeit in Ost und West zu verzeichnen, und es gilt noch immer geteiltes Rentenrecht für Ost und West.
- Das Bundesgebiet Ost weist eine doppelt so hohe Arbeitslosenquote auf, der prozentuale Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnssektor ist mehr als doppelt so groß. Der prozentuale Anteil der Personen im Ruhestand, also der vom Rentenrecht betroffenen, ist höher als im Westen.
- Langzeitarbeitslosigkeit Älterer wie Arbeitslosigkeit ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger liegen deutlich höher.
- Ostdeutschland weist eine höhere Einkommens-Armutsquote (15% Ost zu 12% West) und höhere Anteile der von Armut gefährdeten Personen auf.

Es ist ersichtlich: Die höhere soziale Verwundbarkeit des Ostens wurde durch die mit der Agenda 2010 erfolgten politischen Weichenstellungen noch verstärkt; angesichts einer hohen und anhaltenden Langzeitarbeitslosigkeit sind Hartz IV-Bezieher, Bedarfsgemeinschaften, Aufstocker im Niedriglohnbereich etc. gleichsam flächendeckend anzutreffen. Mit diesen Tendenzen wie beispielsweise auch einer verhältnismäßig großen Zahl von Selbständigen mit geringen Einkünften droht vielen Menschen Armut im Alter. Zumal das zweite Standbein der Altersvorsorge der Beschäftigten (Betriebsrenten) im Osten weitgehend fehlt und private Eigenvorsorge kaum möglich ist.

Soziale Unsicherheit als prägende Grunderfahrung weiter Teile der heute lebenden ostdeutschen Bevölkerung paart sich mit der Furcht vor dem drohenden sozialen Absturz und ist eingebettet in eine zunehmende Ökonomisierung des Alltags. Die Furcht vor dem sozialen Absturz hat Jüngere und Ältere, Männer und Frauen, abhängig Beschäftigte wie Selbständige und erst Recht die Arbeitslosen erfasst – mit durchaus ambivalenten sozialen und politischen Folgen. Denn die Furcht vor dem eigenen sozialen Absturz geht häufig einer mit wachsender Abgrenzung und Stigmatisierung gegenüber Langzeitarbeitslosen und mit Fremdenfeindlichkeit. Für die mittleren und jüngeren Altersjahrgänge im Osten sind die Tatsache wie auch die Sichtbarkeit von Bedürftigkeit und Armut neue Erfahrungen. In Ostdeutschland droht in einer gewachsenen Anzahl von Familien die Gefahr, dass sich Armut generationenübergreifend verstetigt und ähnliche Kreisläufe generationenübergreifender Armut wie im Altbundesgebiet einsetzen. Langzeitarbeitslosigkeit und Hartz IV sind die entscheidenden Einstiegstore.

„Das 2007 eingeführte Elterngeld ist vor allem attraktiv für Gut- und Besserverdienende. Verlierer sind Eltern mit kleinen Einkommen. Sie bekommen bei der Geburt eines Kindes heute weniger Geld vom Staat als zu Zeiten des alten Erziehungsgeldes. Das Elterngeld steht damit auch für einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik: Nicht mehr die Bedürftigkeit entscheidet über staatliche Zuwendungen, sondern die bisher erbrachte Leistung auf dem Arbeitsmarkt.“

Wimbauer/Henninger/Dombrowski 2008: WZB-Mitteilungen 120: 20

Noch besteht in vielen der ostdeutschen Regionen allerdings die Chance, eine solche generationenübergreifende Armut zu verhindern.

Von Abwanderung über „sekundäre Integration“ bis zu Tendenzen von Ausgrenzung und Armut zeigt sich in Ostdeutschland ein defizitäres und im Kern falsch begründetes Sozialsystem. Mit den allein geltenden und durch die überholten Modellprämissen gleichsam zwangsläufigen Sparprinzipien verschärfen sich die Defizite nur noch weiter. Besonders prekär sind Entwicklungen im Gesundheits- oder im Pflegebereich,

wo Privatisierung und Ökonomisierung zunehmend Gerechtigkeit und Menschenwürde antasten. Insofern geht es auch im Bereich der Sozialpolitik nicht nur um längerfristige Umsteuerungen und Umbruchsprozesse, sondern auch um aktuell anstehende Veränderungen. Die Bewältigung der Finanzkrise verlangt eine Privilegierung des Sozialen und Öffentlichen.

Der Osten galt bisher unter neoliberalen Vorzeichen vielfach als Experimentierfeld und Modellregion – von Öffnungsklauseln für Tarifverträge, vereinfachte Privatisierungen öffentlicher Güter bis zu Niedriglöhnen –, vielleicht gelingt es einer LINKEN im Bündnis mit anderen sozial-progressiven Kräften, Ostdeutschland zu einer Modellregion zukunftsfähiger Sozialpolitik zu machen. Der sozialökologische Umbau biete offensichtlich Potenziale.

„Der entscheidende Punkt für das Engagement für einen Ausbau des öffentlichen Sektors ergibt sich aus der Notwendigkeit einer neuen Qualität der Programmierung der gesamtgesellschaftlichen Ökonomie: Stopp der Kürzungen bei Sozial- und Arbeitseinkommen; Wiedereinführung der Vermögenssteuer und Einführung einer höheren Besteuerung großer Erbschaften; realistische Immobilienbewertung und Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Mit der so erzielten Verbesserung der öffentlichen Einnahmen werden öffentliche Investitionen, vor allem im kommunalen Bereich, finanziert. Durch ein Zukunftsinvestitionsprogramm sorgt der Staat für Investitionen und Beschäftigung und ermöglicht damit Einkommen, die Sozialstaatstransfers erübrigen.“

Joachim Bischoff 2008: UTOPIE kreativ, Dezember: 1071

Viele der Schwerpunkte und Ziele einer solchen progressiven Modellregion sind bekannt – von der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, anzustrebender Rentengerechtigkeit, der Abschaffung oder zumindest Aufstockung von Hartz IV bis zur regional differenzierten Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge, gerade auch im gesundheitlichen Bereich⁹ –, programmatisch und übergreifend schlagen wir vor:

Koordinaten einer neuen Sozialpolitik

Wir wollen mit dem Einstieg in den sozial-ökologischen Umbau die Koordinaten und Einbettungen von Sozialpolitik verändern. Statt einer sozialpolitischen Flankierung des neoliberalen Umbaus (Agenda 2010) setzen wir auf eine neue Verbindung von Industrie- und Wirtschaftspolitik mit Ökologie und Sozialpolitik. Dafür sind Hindernisse und Barrieren abzubauen. „Ostdeutschland barrierefrei!“ reklamiert angesichts der sozialen Verwerfungen weit umfassendere Ansprüche als „nur“ zum Schleifen räumlich-gegenständlicher Barrieren, um Älteren, Kindern sowie

⁹ Vgl. auch: Sozialabbau stoppen. Sozialstaat stärken. Eine gemeinsame Initiative von Sozialverband Deutschland (SoVD) und Volkssolidarität. www.sozialabbau-stoppen.de

behinderten Mitbürgern und Besuchern das Leben zu erleichtern. Das ist zweifellos eine wichtige Dimension der Programmatik, die nicht verwässert, von der nicht abgelenkt werden soll. Dennoch lässt sich eine solche Orientierung ausweiten.

- Hindernisse und Barrieren sind abzubauen mit Blick auf ökologisch verträgliche Produkte und Lösungen in Ostdeutschland und aus Ostdeutschland. In Bereichen wie Bauen und Wohnen, Technologieentwicklung, Verkehrsmittel, Design, Softwareentwicklungen, Wissenschaft und Forschung, Export... Gefragt ist ein auf Innovationen orientiertes Investitionsprogramm, das auf Arbeitsplätze und Wertschöpfungsketten zielt.
- In den Blick zu nehmen sind die gewachsenen sozialen Spaltungen und Barrieren. Mit dem Ziel breiter sozialer Teilhabe für alle betrifft dies die Zugangschancen zu Bildung, Arbeit- und Beschäftigung, Gesundheit, intakter Umwelt, sozialer Sicherheit und anderen Gütern. Abzubauen sind Hindernisse und Barrieren, die Chancen einschränken und etwa von Vermögen und Zahlungsfähigkeit, von sozialer Herkunft und sozialem Status, von Alter, Geschlecht oder Gesundheitszustand abhängig machen.
- Letztlich geht es also um ein umfassendes und komplexes Angebot für ein vorsorgende Gesellschaftspolitik an alle. Mit ihm rücken für die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche die Prinzipien eines solidarischen Miteinander ins Zentrum. Wesentliche Voraussetzungen sind mit dem sozialökologischen Umbau aufgezeigt. Zugleich lässt sich auf dieser Grundlage und mit diesem Ziel ein gesellschaftlicher Verständigungsprozess zu der Frage auslösen, wie wollen wir leben?

Das ist der strategische Kern einer Sozialpolitik, die integraler Bestandteil des zu gestaltenden Umbaus ist, auf den sich insgesamt vorausschauende Gesellschaftspolitik richtet. Zugleich lässt sich auf einige aktuelle Ansatzpunkte linker Politik hinweisen.

Alternatives Konzept zur Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme

Erforderlich ist ein alternatives Konzept zur Finanzierung und Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme, um die spezifischen Nachteile des deutschen Sozialstaatsmodells auszugleichen, ohne seine Vorzüge aufzugeben. Vorzüge sind darin zu sehen, dass seine Leistungen durch Beitragszahlungen erworbene und verfassungsrechtlich garantierte Ansprüche sind.

Notwendig ist die Umwandlung der bisherigen Arbeitnehmersicherung in eine allgemeine, einheitliche und solidarische Bürgerversicherung. Allgemein meint, dass diese Bürgerversicherung alle geeigneten Versicherungsweige umfasst (Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung). Die Gesetzliche Unfallversicherung stellt einen Sonderfall dar, weil sie durch Mittel der Arbeitgeber finanziert wird. Die Arbeitslosenversicherung sollte in der Perspektive in eine Arbeitsver-

sicherung transformiert werden, die auch sämtliche Selbständigen und Freiberufler einbezieht.

Einheitlich heißt, dass neben der Bürgerversicherung keine konkurrierenden Versicherungssysteme existieren. Private Versicherungen fallen unter Bestandsschutz und sind perspektivisch auf Zusatzangebote und Ergänzungsleistungen auszurichten.

Solidarisch ist die Bürgerversicherung dadurch, dass sie einen sozialen Ausgleich zwischen ökonomisch unterschiedlich Leistungsfähigen herstellt und auf sämtliche Einkommensarten Beiträge erhebt (Einkommen aus Arbeit wie aus Zinsen, Dividenden, Tantiemen, Mieten, Pächterlösen). Es versteht sich, dass bei der Bürgerversicherung Arbeitgeberbeiträge nicht entfallen. Bürgerversicherung heißt zudem, dass Mitglieder aller Berufsgruppen, sämtliche Wohnbürger (auch Selbständige, Beamte, Abgeordnete, Ausländer mit Dauerwohnrecht) aufgenommen werden. Wer den nach Einkommenshöhe gestaffelten Beitrag nicht zahlen kann, für den muss der Staat einspringen.

Dabei ist entscheidend, dass die geplante Bürgerversicherung auf dem Versicherungsprinzip beruht und nicht aus Steuermitteln finanziert wird. Dies schließt indes keineswegs aus, dass sich der Staat mit Steuermitteln an ihrem Auf- und Ausbau beteiligt.

Regelungen werden ebenso für Veränderungen im Gesundheitssystem vorgeschlagen, mit denen extrem schädliche Ökonomisierungs- und Privatisierungstendenzen aufgehalten werden können. Mit diesen wurde und wird der neoliberale Kahlschlag immer sichtbar: Umverteilung und Sicherung von Privilegien, nicht aber wirklich Einsparungen und ausreichende Daseinsvorsorge; Ungerechtigkeit und Gefährdung elementarer Grund- und Freiheitsrechte.

Demgegenüber stellen etwa eine solidarische Pflichtversicherung für alle, eine freie Kassenwahl und also die Aufhebung von Diskriminierungen seitens der Kassen gegenüber versicherungswilligen Bürgern, die Ausweitung individueller Wahlmöglichkeiten auf Seiten der Versicherten Eckpunkte progressiver Gesundheitspolitik dar. Insgesamt geht es um eine gemischte Finanzierung des Gesundheitssystems aus individuellen Versicherungsbeiträgen, staatlichen Mitteln und Sonderabgaben, um Ausbau und Sicherung der Gesundheitsvorsorge gerade in lokaler und kommunaler Zuständigkeit oder um die Förderung von Projekten der integrierten Vollversorgung und einer ganzheitlichen Medizin. Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe sind zugleich wesentlich für eine gerechte Gesundheitspolitik. Der sozialökologische Umbau wird mit geänderter Produktion und geänderter Lebensweise zweifellos erhebliche Einspareffekte bringen.

Programmatische Ansatzpunkte wie die als Beispiele aufgeführten Konzepte tragen dem Bedürfnis nach sozialer Sicherheit breiter Bevölkerungskreise am besten Rechnung. Ihre Einlösung ist allerdings an eine deutliche Verschiebung der sozialen und politischen

Kräfteverhältnisse gebunden. Es gilt für diese Konzepte in Ostdeutschland aktiv zu werben und sie durch neue Erfahrungen und Erkenntnisse zu präzisieren.

Neubegründung und Stärkung des sozialen Zusammenhalts

Die ostdeutsche Gesellschaft ist eine ökonomisch, sozial, kulturell und regional vielfältig differenzierte und sich weiter ausdifferenzierende Gesellschaft. Dies entspricht Entwicklungstrends moderner Gesellschaften. Unter den Prämissen neoliberaler Politik und der Ökonomisierung aller Verhältnisse sind diese Differenzierungen jedoch mit einer massiven Bedrohung des sozialen Zusammenhalts in Ostdeutschland verbunden. Sozialer Zusammenhalt, Solidarität, Demokratie und damit eben wichtige Voraussetzungen für einen progressiven sozialökologischen Umbau sind gefährdet.

Wenn es also darum geht, den sozialen Zusammenhalt zu erhalten, ihn auf Emanzipation, Humanität und tätige Solidarität zu gründen und zu stärken, dann ist die LINKE zweifellos ein erstrangiger Adressat, wenn und insoweit sie sich als Partei des sozialen Zusammenhalts profiliert. Zugleich sind wichtige Anknüpfungspunkte in Wertorientierungen und Erfahrungen vieler Menschen in Ostdeutschland zu sehen. Dazu zählen beispielsweise:

- ein Streben nach Arbeit, Gerechtigkeit, sozialer Anerkennung, verbunden mit einer positiven Einstellung zur Idee des Sozialismus,
- ein Demokratieverständnis, das sich aus aktuellen Erfahrungen wie auch der Auseinandersetzung mit der DDR speist,
- Erfahrungen der friedlichen Revolution und der Transformation,
- ein Fundus an kollektiv geteilten und abrufbaren Erinnerungen, die in ihrer Widersprüchlichkeit gelebtes Leben in der DDR, deutsche Einheit und ostdeutsche Transformation widerspiegeln.

Zu nennen sind stärker auf Gleichberechtigung fußende Familienbeziehungen; Generationsbeziehungen, die eher durch Solidarität und Miteinander als durch Gleichgültigkeit und Konflikt charakterisiert sind; eine größere Bescheidenheit im Umgang miteinander, ein geringerer Stellenwert von Statuskämpfen und Distinktion; ein nicht aufgebrauchter Gleichstellungsvorsprung.

Zerbrechlichkeit und Widersprüchlichkeit dieser Anknüpfungspunkte, die gleichermaßen als Mitgift wie als Erblast verbucht werden müssen, sind offensichtlich. Deshalb ist die Neubegründung des sozialen Zusammenhalts erforderlich. Die ostdeutsche Gesellschaft driftet sozial erheblich auseinander, besondere Aufmerksamkeit ist auf sozial Schwache, auf Ausgegrenzte, auf Migranten und Zuwanderer zu richten. Die Gleichstellung der Frauen ist ebenso gefährdet und abzusichern. Die neue ostdeutsche Gemeinsam-

keit muss »von unten« aus der Gesellschaft und »von oben«, von den Landesparlamenten und Institutionen vorangetrieben werden: Individuelle Lebensstile, die auf „vernünftigen“ Konsum setzen, solidarische Sozialbeziehungen, die gerade etwa auch problematische soziale Gruppen einschließen, gemeinwohlorientierte Politik, die öffentliche Güter verteidigt und stärkt.

„Die Umkehr der Privatisierungsstrategie in eine Stärkung des Öffentlichen muss für die Linke ein Ausgangspunkt zur Eindämmung der Finanzkrise sein. Das Projekt des Neoliberalismus ist die Individualisierung aller gegen alle. Das Projekt der Linken ist die Individualität aller durch Teilhabe am Öffentlichen für alle. Das Öffentliche wird in emanzipatorischen Alternativen zum Halt der Einzelnen gegen eine Zukunft der Entsicherung und Ausgrenzung.“

Dieter Klein, ND, 22./23. November 2008: 26

Das vorgelegte Leitbild und Handlungskonzept für Ostdeutschland versteht sich als Angebot für alle und es ist ohne Unterstützung aller nicht praktisch umzusetzen.

6. Starke Zivilgesellschaft, solidarisches Gemeinwesen, handlungsfähige Staatlichkeit

Sozialökologischer Umbau, Demokratie und die Verschiebung der Koordinaten der politischen Kultur

Der beabsichtigte sozialökologische Umbau Ostdeutschlands ist kein technischer, sondern ein tief greifender gesellschaftlicher, ein sozialökonomischer Vorgang. Die Entscheidungen, in einer historischen endlichen Frist Veränderungen im ökonomischen Naturverhältnis herbeizuführen, Produktionsprozesse und Lebensformen anders als bisher zu organisieren, müssen auf gemeinschaftlichen Willensbildungen beruhen, auf breiten öffentlichen Debatten um Ziele und Richtungen des Umbaus und dessen konkrete Auswirkungen auf Arbeit und Leben, Infrastrukturen, seine Chancen und Risiken jeweils vor Ort. Die gesellschaftliche Debatte muss von unten und oben in Gang kommen, um gesellschaftliche wie individuelle Lernprozesse, Zuwächse an Bildung und Erkenntnis auszulösen. Dafür sind Rahmenbedingungen und Organisationsformen vielfach erst noch zu schaffen. Die ostdeutsche Gesellschaft muss für den Umbau gewonnen werden und es gilt, ihre Potenzen und Kräfte für den Umbau produktiv zu machen. Dies kann nur gelingen, wenn ein breites Bündnis aus politischen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, das den sozialökologischen Umbau trägt, die politisch-kulturelle Hegemonie erringt.

Die Milieus der ostdeutschen Gesellschaft, der Umbau und die Linke

Wichtige Voraussetzung für einen entsprechenden Politikwechsel ist eine starke politische Repräsentation der LINKEN und ihre feste Verankerung in der ostdeutschen Gesellschaft. Die LINKE ist keine exklusive Partei, ihr besonderes und ausgewiesenes

Engagement für politische und soziale Gerechtigkeit, für benachteiligte soziale Gruppen, für ostdeutsche Belange und Interessen macht sie nicht zu einer Partei nur bestimmter sozialer Gruppen oder Milieus, nur ostdeutscher oder gar nostalgischer Belange und Interessen. Auf die breite soziale Basis und Verankerung wurde schon hingewiesen. Sie hat die Chance, über unmittelbare Anhängerschaft und Wählerschaft hinaus in die Gesellschaft zu wirken, progressive Bündnisse und Allianzen zu erreichen.

Die LINKE ist in den meisten sozialen Gruppen, den Berufs- und Einkommensgruppen wie vielen der in Ostdeutschland nachzuweisenden sozialen Milieus präsent. Die ostdeutsche Gesellschaft ist sozial erheblich differenziert, ja fragmentiert und zerklüftet. Eine größere und eher um ein mittleres Niveau konzentrierte Homogenität, wie sie die DDR-Gesellschaft trotz vorhandener Differenzierungen gekennzeichnet hatte, ist einer horizontalen und insbesondere auch vertikalen Ausdifferenzierung und Fragmentierung gewichen. Fast 20 Jahre nach der Wende dominieren noch immer soziale Ausschluss- und Abstiegsprozesse sozialer Gruppen und Milieus. Diese sind zu einem großen Teil sozialer Verwundbarkeit ausgesetzt und verdienen, wie aufgeführt, besondere Aufmerksamkeit. Hier vorhandene Potenziale müssen noch stärker gesellschaftlich eingebunden, aktiviert werden – mit echter sozialer Teilhabe und Partizipation. Tendenzen von Passivität, Lethargie oder auch rechtsnationalistischen Auffassungen, die sich mit einer Entsolidarisierungsstrategie verstärkt haben, muss im Interesse einer starken und progressiven Zivilgesellschaft begegnet werden.

Aufmerksamkeit verdienen aber auch die stabilen Milieus mittlerer Einkommenslagen, die „Gewinner“ oder „Aufsteiger“ erfolgter Transformationsprozesse. Viele von diesen sind sozial engagiert und haben durchaus ihre linken Erinnerungen und Affinitäten. Zudem sind hier insbesondere sehr engagierte, kreative und leistungsbereite Jugendliche zu sehen, denen für eine Zukunftsentwicklung in Ostdeutschland große Bedeutung und Verantwortung zukommt. Ähnliches gilt für Frauen der jüngeren und mittleren Generation. Diese wichtigen Gruppen sollten noch stärker für zukunfts offene Gestaltungsbündnisse gewonnen werden; und in dem Sinn müsste etwa auch eine Partei wie die LINKE selbst nach Alternativen suchen, um einer anhaltenden Abwanderung gerade dieser jungen Menschen aus dem Osten zu begegnen.

Der angestrebte sozialökologische Umbau bietet für alle Milieus und soziale Gruppen Perspektiven, und es werden die Kompetenzen aller Milieus und sozialen Gruppen gebraucht. Bereitschaft und Affinität der verschiedenen sozialen Gruppen und Milieus, sich auf den sozialökologischen Umbau einzulassen, sind sehr unterschiedlich ausgeprägt. Unterschiedlich tangiert werden Traditionen, Gewohnheiten oder auch handfeste Interessen, die mit Arbeitsplätzen und materiellem Einkommen verbunden sind. Zugang und Interessenausgleich sind hier nicht leicht, zumal sich die

LINKE einen billigen Populismus nicht leisten kann. An gruppenspezifischen Alternativen wie an Auseinandersetzung und offener Kommunikation führt kein Weg vorbei – je sichtbarer aber der sozialökologische und solidarische Umbau der Gesellschaft als einzig mögliches Zukunftsprojekt wird, um so größer sind die Chancen dafür.

Grenzen der politischen Gestaltungsfähigkeit verschieben, mehr Demokratie wagen

Der Einstieg in einen neuen, nachhaltigen Entwicklungspfad fordert und fördert einen deutlichen Zuwachs an demokratischer Selbstorganisation und Mitgestaltung im Vergleich zum Stand des Jahres 2008.

Die Grenzen politischer Gestaltungsfähigkeit unter Bedingungen des Finanzmarktkapitalismus sind überdeutlich geworden; mit den aktuellen Krisenprozessen tritt aber ebenso deutlich das Erfordernis politischer, staatlicher Gestaltung hervor. Verantwortliche Politik muss und kann sich in die gesellschaftlichen Verhältnisse einmischen. Zu setzen ist auf den Primat der Politik, Staat ist – trotz erheblich offener Fragen seiner Gestaltung und seines Rahmens – wieder modern.

„In den letzten 20 Jahren war es im politischen Spektrum links wie rechts geradezu Mode, das Ende des Staates zu behaupten – insbesondere des Sozialstaates ... Seit einiger Zeit dringen indessen andere Töne durch. Der Staat kommt offensichtlich wieder in Mode.“

Stephan Leibfried 2008: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, Nr. 5: 79

Das aber heißt nichts anderes als den Verhältnissen ihre politische Gestaltbarkeit abzutrotzen. Bloße Lippenbekenntnisse, wie sie angesichts der aktuellen Finanz- und zunehmend globalen Wirtschaftskrise auch von bisherigen Deregulierungsverfechtern erfolgen, reichen nicht aus. Und zynisch sind Versuche, auch jetzt vor allem auf angebliche Schwächen und Inkompetenzen staatlicher, gesellschaftlicher Regulierung hinzuweisen oder pauschal Verstaatlichung immer wieder mit Sozialismus in eins zu setzen. Dennoch aber haben sich, auch das ist festzuhalten, angesichts enttäuschter Erwartungen weite Teile der Bevölkerung in den letzten Jahren von der „großen Politik“ abgewandt, im Bereich von Demokratie und Partizipation überwiegen eher die negativen Erfahrungen in der ostdeutschen Bevölkerung.

Veränderte Beziehung von Staat und Gesellschaft

Die Ausgangslage in Ostdeutschland ist hier gekennzeichnet durch eine starke Position staatsbürokratischer Verwaltung und das Fehlen einer auf Ostdeutschland als Ganzes bezogenen Öffentlichkeit. Ostdeutschland braucht eine leistungsfähige, handlungsfähige Staatlichkeit, aber keine aufgeblähte und noch dazu höchst teure bürokratische Maschinerie mit einseitiger administrativer Kompetenzzuschreibung. Deshalb gilt es, in ganz Ostdeutschland die

demokratische Selbstorganisation der Menschen und die demokratische Zivilgesellschaft zu stärken. In dem Sinn zielt eine Veränderung der Koordinaten der politischen Kultur im Osten auf die Öffnung für die aufgezeigten Gestaltungsalternativen und auf eine Renaissance demokratischer Selbstorganisation

Bei formal gleichen Möglichkeiten demokratischer Interessenartikulation und -vertretung für alle sind indes real Form und Möglichkeiten der nachhaltigen Interessenvertretung in der Gesellschaft, in der wir leben, sozial unterschiedlich verteilt.

Die Demokratie ist in der Bundesrepublik Deutschland und in Ostdeutschland im Ergebnis neoliberal-autoritärer politischer Entscheidungen erodiert und vielfach gefährdet. Daher ist die Verteidigung von Grundsätzen der liberalen Demokratie und der Bürgerrechte gegen Anfechtungen „von oben“ wie gegen Angriffe, die „aus der Mitte der Gesellschaft“ vorgetragen werden, eine ständige Tagesaufgabe.

In Ostdeutschland zeigt sich diese Gefährdung der Demokratie u. a. im Elend der Stellvertreterdemokratie mit bloßen Akklamationshandlungen, immer größer werdenden Partizipationsdefiziten, antiinstitutionellen Affekten, Missachtung von Minderheitenrechten und Toleranz, in einem asozialen rechten Radikalisierungspotenzial, das sich anschickt erst die Straße, dann die demokratischen Institutionen zu vereinnahmen.

CDU und SPD haben für Ostdeutschland keine speziellen Antworten zur Entwicklung der Demokratie und kein Programm, das „Mehr Demokratie wagen!“ verspricht. Daher fehlen den neuesten Proklamationen von SPD und CDU für Ostdeutschland als Ganzes Hinweise auf Institutionen und Bereiche, die zu demokratisieren wären. Beide Parteien bauen im Grunde darauf, dass bei breiterer Teilhabe am Wohlstand/Aufschwung die demokratische Beteiligung an Wahlen wieder wachsen und die Unzufriedenheit mit der Demokratie sich verlieren würde.

Ostdeutschland muss aber für ein politisches Projekt des sozialökologischen Umbaus, eines nachhaltigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungspfad, gewonnen werden. Dieser Aufbruch zu neuen Horizonten ist nur als demokratischer Aufbruch zu haben. Ein solches Projekt bietet die Chance, Politik und Demokratie in den Alltag zurückzubinden, es eröffnet vielen Menschen neue Sinnhorizonte und Motivationen demokratischer Selbstorganisation wie auch für den Einsatz freier Zeit für politische Bildung und demokratische Betätigung.

Weiter auszuweiten sind Felder wie Entscheidungsspielräume der direkten Demokratie – von Bürgerhaushalten über Fragen des Stadtumbaus bis zu Volksabstimmungen zu politischen Grundsatzfragen. Viele solcher demokratischen Initiativen wurden in verschiedenen Bundesländern bereits auf den Weg gebracht. Eine mit dem Zukunftsprojekt zu verbindende Bildungsreform zielt generell auch auf einen Demokratisierungsschub in Bildungsinstitutionen. Die Bildungs-

institutionen haben eine statusverteilende Funktion und sind schon von daher Brennpunkt unterschiedlicher Interessen. Sie können also sowohl zu Lernorten für Demokratie werden wie sie als hierarchische Institutionen mit Repression und Gewalt erfahren werden können. Es geht hierbei um eine Qualifizierung von Eltern- und Schülermitbestimmungsrechten.

In der Wirtschaft geht es indes um mehr als nur um einen Zugewinn an Mitbestimmung für die Beschäftigten. Unter den Bedingungen der spezifischen Wirtschafts- und Betriebsgrößenstruktur in Ostdeutschland sind vielfältige neue Formen zu finden und zu praktizieren, um die Rechte der Beschäftigten, der Gewerkschaften zu stärken.

Im Zusammenhang mit dem sozial-ökologischen Umbau und der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise schält sich „Wirtschaftsdemokratie“ erneut und in neuer, d.h. über den Einzelbetrieb hinaus gehender Weise als zentrales Problem- und Handlungsfeld heraus. Dringend erforderlich wäre eine bundesweite Kampagne mit dem Ziel, dass ein wichtiger Verfassungsgrundsatz [Artikel 14 Abs. (2) des Grundgesetzes] in seiner Bedeutung geklärt und durch Regeln ausgestaltet wird -: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.“

Zum Feld der Wirtschaftsdemokratie gehört vor allem demokratischer Einfluss auf Gestaltung, Ausrichtung, Zielsetzung der Produktion, auf Technologieentwicklung sowie auf Arbeitsbedingungen und Arbeitsregime. Das erfordert zugleich ein dem Gemeinwohl verpflichtetes Regulationssystem sowie neue Formen einer gemischten Wirtschaft. Zur Frage der Wirtschaftsdemokratie gehören ferner Konversionsprogramme für Wirtschaftsbereiche, die mit dem sozialökologischen Umbau nicht kompatibel sind; Prinzipien der Preis- und Leistungsgestaltung von Betrieben und Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand. Solche Fragen müssen zum Gegenstand öffentlicher Debatten und demokratischer Entscheidungen werden.

„Wirtschaftsdemokratie ist kein einfacher Gegensatz zur Marktwirtschaft, sondern stellt eine Symbiose aus planerischer Gestaltung, regulativen Ebenen und marktwirtschaftlichen Bestandteilen dar. Sie erfordert das Zusammenwirken verschiedener Elemente. Im makroökonomischen Bereich sind die gesamtwirtschaftlichen Aspekte im Rahmen der Haushalts-, Geld- und Sozialpolitik unter Einbeziehung von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zu koordinieren. Marktsteuerung umfasst die Fragen der Wettbewerbs-, Kartellrechts- und Tarifpolitik sowie des Verbraucherschutzes. Dazu gehört eine gezielte Regionalpolitik als Bestandteil der Landesentwicklung. Im einzelwirtschaftlichen Bereich geht es um die Sicherung und Erweiterung vielfältiger Formen von Mitbestimmung bei betrieblichen und unternehmerischen Entscheidungsprozessen.“

Ulf Gallert, Halbzeitbilanz, 2008

Zentraler Schwerpunkt ist ein Privatisierungsmoratorium und/oder Privatisierungsverbot von Einrichtungen und Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge, öffentliche Güter und öffentliche Daseinsvorsorge müssen den ihnen gebührenden zentralen Platz in der Gesellschaft einnehmen. Die Finanzkrise hat gezeigt, dass Verstaatlichung kein alter Hut sein muss.

Der Blick ist nicht zuletzt auf das Problem der Politik- und Medienverflechtung zu richten. Vorerst geht es darum, die parlamentarischen Vollmachten in den Ländern auszuweiten, eine strengere Trennung von Parlamenten und Regierungen durchzusetzen, Mischfinanzierungen zwischen verschiedenen Ebenen politischer Institutionen zu beseitigen. Um die Regierungs- und Parteinflüsse auf die öffentlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten zu verringern, sollten Formen gefunden werden, wo die Bevölkerung selbst auf die Zusammensetzung der Aufsichts- und Entscheidungsgremien unmittelbaren Einfluss gewinnt.

Mit der Ausweitung der demokratischen Entscheidungsspielräume müssen in der ostdeutschen Gesellschaft zugleich der Sinn und das Verständnis für demokratische Verfahrensfragen und Regeln weiter befördert und antiinstitutionelle Affekte abgebaut werden. Unter diesen Voraussetzungen bedarf ebenso das bürgerschaftliche Engagement in Ostdeutschland weiter einer flächendeckenden Unterstützung, unter Einsatz von Zeit, Geld und Sachverstand.

Ostdeutschland als weltoffene (Teil) Gesellschaft der Vielfalt und der Toleranz

Die kulturelle und soziale Vielfalt Ostdeutschlands stellt einen Reichtum dar, den es zu erhalten und auszubauen gilt. Eine solidarische Gesellschaft ist immer auch eine Gesellschaft sozio-kultureller Vielfalt und gelebter Toleranz.

Ostdeutschland hat zudem nur eine Chance, wenn es Erfolg versprechende Problemlösungen, die andernorts in Europa oder in der Geschichte gefunden wurden, aufgreift und nutzt. Weltoffenheit ist mithin eine Bedingung, um die Zukunft zu gewinnen. Die verschiedenen Milieus sowie die in- und ausländischen Zuwanderer stehen für jeweils besondere Erfahrungen, Kompetenzen und Zugänge zu über Ostdeutschland hinausweisenden Erfahrungsbeständen und Lösungsmustern. Diese Ressourcen und Zugänge müssen genutzt werden für einen Bewusstseinswandel, d.h. für mehr Weltoffenheit in der ostdeutschen Gesellschaft.

Das vorgelegte Leitbild für Ostdeutschland versteht sich als Programm zur Veränderung von Verhältnissen und Verhaltensweisen der ostdeutschen Gesellschaft und somit auch als Antwort auf die rechtsextreme Herausforderung. Dies macht freilich spezielle Programme gegen rechts nicht überflüssig, im Gegenteil, sie müssen weiter aktiviert werden. Vorliegende Erfahrungen und Einsichten besagen, dass der Kampf gegen Rechtsaußen im Bundesgebiet Ost vor allem verlangt, Ungleichwertigkeitsdiskurse zu bannen, gegen autoritäre Vorstellungen und Forderungen,

Ausländerfeindlichkeit und Sozialdarwinismus vorzugehen, die durch die Ökonomisierung des Alltags, die Unterwerfung unter so genannte Sachzwänge des Weltmarktes und die Einübung in Standortlogiken, strukturelle und institutionelle Gewalt genährt werden. Daher erscheint nur eine Doppelstrategie Erfolg zu versprechenden, die den Kampf um die Köpfe mit der Verstopfung der Reproduktionskanäle rechtsextremer Einstellungen verbindet.

Für einen handlungsfähigen Staat

Ein handlungsfähiger und leistungsfähiger Staat ist eben kein Staat, der die Gesellschaft überwältigt, sondern der sich auf eine starke, solidarische und selbstbewusste Gesellschaft gründet. Anzustreben ist eine Staatlichkeit, die Recht und Gesetz mit Blick auf Postulate der sozialen Gerechtigkeit durchsetzen kann, die Freiheit für alle erlebbar macht, die demokratische Teilhabe stärkt. Es geht also um einen demokratischen Staat, der in eine starke Gesellschaft und ein solidarisches Gemeinwesen eingebettet ist. Das „Absterben des Staates“ ist heute ein neoliberalles, kein linkes Projekt. Zu einer solchen wirkungsvollen Staatlichkeit gehören evtl. veränderte Aufgabenteilungen zwischen Ländern, Kreisen und Kommunen (Funktionalreformen), eine klare Abgrenzung der Aufgaben sowie vielfach gerade auch dezentrale und kooperative Lösungen. Dafür ist die Regionalpolitik (III.2) ein Beispielfeld.

Für eine ostdeutsche „Innenpolitik“

Die neue ostdeutsche Gemeinsamkeit muss durch Impulse von unten und von oben (d.h. aus den Parlamenten der 6 Länder und den Institutionen) Form und Gestalt gewinnen über Aktionen, Programme, Abstimmungen, Kampagnen. Auch die Bildung gemeinsam getragener ostdeutschlandweiter Stiftungen, Hochschulen, Institutionen, das Ausloben von Preisen, die Verständigung über Programme, Forschungslinien sollte möglich sein. Die hier verfolgte Vision geht weder auf ein selbständiges Ostdeutschland, noch ist sie mit Vorbehalten gegenüber einem vereinigten und progressiven Europa verbunden. Dennoch kann es angesichts der aktuellen Gegebenheiten und mit Blick auf zu initiiierende selbsttragende Entwicklungen sinnvoll sein, Impulse auf und für Ostdeutschland insgesamt zu setzen. Eine starke Vertretung der LINKEN in allen ostdeutschen Parlamenten, ihre wachsende Pflicht und Chance zu gestalterischer Verantwortung in der Exekutive sind dafür Voraussetzungen. Aber auch andere Parteien und Initiativen sollen dafür gewonnen werden.

Das aufgemachte Leitbild für einen sozialökologischen Umbau der Gesellschaft, für einen nachhaltigen Entwicklungspfad weist weit über Ostdeutschland hinaus, es hat aber hier zugleich besondere Voraussetzungen und Ansatzpunkte. Insofern sollte es offensiv in den ostdeutschen Sozialraum kommuniziert und als Angebot genutzt werden für eine darauf bezogene politische Willensbildung und mögliche Aktionsprogramme. Die Herausforderungen sind so groß, dass parteipolitische Barrieren eigentlich von gestern

sind. Gute Beispiele nicht nur auf kommunaler Ebene zeigen das. Im Sinne des Leitbildes für Ostdeutschland ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit der ostdeutschen Länder unabdingbar. Neben einer starken ostdeutschen Öffentlichkeit wäre so auch eine gezielte jährliche Berichterstattung zum sozial-ökologischen Umbau – statt des Berichtes zum Stand der Deutschen Einheit – sinnvoll.

Der konkrete Weg eines starken, gemeinsamen Agierens kann sehr unterschiedlich sein, vom abgestimmten Auftreten im Bundesrat und im Europäischen Parlament bis zu stärkerer Abstimmung zwischen einzelnen Bundesländern, die auch zu Länderfusionen führen können. Nur sollten die ostdeutschen Länder

angesichts der übergreifenden Herausforderungen jede sinnlose Konkurrenz vermeiden. Wie im Großen von einem „Europa der Regionen“ als anzustrebendes Ziel gesprochen wird, so sprechen wir in dem Sinn von einem „Ostdeutschland der Länder“. Beides hat die Vision einer zukunftsfähigen Entwicklung, die alle in ihrer Eigenart und Vielfalt einbezieht. Dabei sollten von Ostdeutschland aus ganz bewusst Anstöße ausgehen, um die östlichen Nachbarn in ein solches Gestaltungs- und Umbauprojekt einzubeziehen.

Initiativen aus und für Ostdeutschland, seinen Ländern und Regionen sollten zugleich dem Zusammenwachsen des vereinten Deutschlands und der gemeinsamen Zukunftsgestaltung dienen.

IV. Den Umbau kreativ gestalten

Mit diesem Leitbild „Ostdeutschland 2020“ liegt ein Konzept zur zukunftsfähigen Entwicklung und Gestaltung Ostdeutschlands vor. Es ist kein Parteiprogramm, kein Wahlkampfpapier, sondern sucht Antworten auf die allgemein bewegende Frage: Wie kann Ostdeutschland 2020 aussehen, wenn es sich den neuen Herausforderungen stellt und einen neuen Pfad nachhaltiger wirtschaftlicher, sozialer, kultureller Entwicklung beschreitet.

Dieses Entwicklungs- und Gestaltungskonzept liegt im Interesse der großen Mehrheit der Ostdeutschen. Denn die Alternative für Ostdeutschland ist eindeutig. Entweder gelingt in den nächsten 10 bis 15 Jahren der Weg zu einer selbsttragenden, nachhaltigen Entwicklung oder Ostdeutschland wird auf Dauer eine strukturschwache, abgehängte, alimentierte Region mit einigen Wachstumskernen und „Leuchttürmen“.

In dieser Umbruchsituation beschreibt das Leitbild nicht nur die großen Schwierigkeiten und Defizite, sondern gibt insbesondere auch einen Ausblick auf eine lebenswerte Zukunft. Eine Politik des „Weiter-So“ verbietet sich in dieser Lage. Ostdeutschland ist angesichts des Problem- und Wandlungsdrucks gezwungen, neue Wege zu gehen, neue Lösungen zu probieren, die es anderswo so noch nicht gibt. Das erfordert zuerst einen Perspektivenwechsel: weg vom bisherigen Aufholjagd- und Anpassungsszenario, das nie das anvisierte Ziel erreicht, hin zu einem eigenen, aber nicht abgeschotteten trag- und zukunftsfähigen Entwicklungspfad für Ostdeutschland, seine Länder und Regionen. Ein Konzept, das nicht nur nötig, sondern auch möglich und realisierbar ist, knüpft es doch an vorhandene Entwicklungspotenziale, innovative Projekte, Standortvorteile, Erfahrungen, Überlegungen und nicht zuletzt den sozialen Wertorientierungen der Menschen in Ostdeutschland an.

Dieses Zukunftsleitbild hat deshalb nicht nur einen Adressaten, und seine Umsetzung, seine Gestaltung lässt sich nicht auf eine politische Kraft oder auf bestimmte Institutionen eingrenzen. Es ist vielmehr ein strategisches Angebot an alle, denen es um die Zukunft des Landes geht. Voraussetzung seiner schrittweisen Umsetzung jedoch ist ein politischer und gesellschaftlicher Richtungswechsel, ein Zurückdrängen der dominierenden marktliberalen Politik in der Bundesrepublik. Ohne dies gibt es weder in Ost- noch in Westdeutschland einen Weg sozialer und solidarischer Entwicklung. Um einen solchen einzuleiten, sind neue gesellschaftliche und politische Mehrheiten erforderlich. Versuche, den Wandel auf einer nur modifizierten neoliberalen Grundlage zu gestalten, sollten zurückgewiesen werden.

Das Zukunftsleitbild ist ein echtes und ehrliches Diskussions- und Dialogangebot. Der angestrebte Rich-

tungswechsel und der neue sozialökologische Pfad verlangen bewusstes Handeln und sind doch zugleich ein offenes Projekt. Erste Konturen sind sichtbar, erste Schritte lassen sich bereits erkennen. Vieles ist aber noch unklar, Fragen bleiben, unterschiedliche Lösungen sind möglich, über die besten lässt sich nicht vorab entscheiden. Konkrete Vorschläge und einige Ansatzpunkte werden in den einzelnen strategischen Feldern unterbreitet. Diese Alternativen markieren erste Schritte. Es geht auch um weitergehende Lernprozesse, es geht darum, Erfahrungen einzubringen. Einzubeziehende sind alle Ideen, erforderlich ist eine wirkliche Aufbruchstimmung.

Die erforderliche Gestaltung eines neuen Entwicklungspfad ist vor allem auch ein breites gesellschaftliches Projekt. Im Parteienwettbewerb ist darum zu streiten, zu suchen ist die breitestmögliche politische Kooperation, erforderlich sind Aktionsbündnisse zur Umsetzung mit Gewerkschaften, mit Sozialverbänden, Protestbewegungen, mit Kirchen, Medien, aber auch mit Unternehmerverbänden und vielfältigen gesellschaftlichen Kräften und Institutionen. Erforderlich ist ein breites zivilgesellschaftliches Engagement. Ideen und Aktivitäten müssen gerade auch „von unten“ kommen, müssen ausprobiert und umgesetzt werden. Spielräume dafür werden weiter gewonnen in der praktischen Gestaltung des Pfadwechsels durch größere Möglichkeiten aktiver und selbstbestimmter Teilhabe. Das betrifft Arbeitsprozesse wie gerade auch Konsum- und Lebensweise. Mit dem umrissenen Pfadwechsel sind Konsequenzen zu ziehen in allen gesellschaftlichen Bereichen – diese Komplexität des Wandels ist nicht zu unterschätzen.

Eine besondere Gestaltungsverantwortung, aber gleichfalls besondere Gestaltungsmöglichkeiten liegen bei den wirtschaftlichen Akteuren, insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Sie stellen einen wichtigen Faktor der ostdeutschen Wirtschaft dar und genießen häufig in den Regionen großes Vertrauen.

Mit dem vorgelegten Leitbild und Gestaltungskonzept geht es um Ostdeutschland als einer wichtigen Region Deutschlands. Dafür stehen wir nicht nur als hier wohnende Bürger, als politische und soziale Kraft in der Pflicht. Hier sehen wir auch entscheidende Problemstellungen und Herausforderungen. Viele davon sind bereits von verschiedenen Akteuren konkret angesprochen und aufgegriffen, auch in den unterschiedlichen Länderprogrammen der LINKEN. Für manche gibt es bereits positive Ansätze und Erfahrungen in der Umsetzung. Überall werden tragfähige gesellschaftliche und politische Allianzen gesucht. Unser Credo lautet deshalb: Der Osten – selbstbewusst und stark!

Dennoch sind Leitbild wie Gestaltung nicht auf Ostdeutschland begrenzt. Es geht vielmehr um die gesamtdeutsche, die besondere europäische, die internationale Perspektive. Es ist bedeutsam, dass die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Ostdeutschland bewältigt werden und Ostdeutschland nicht zu einer peripheren, abgehängten und kaum noch gestaltungsmächtigen Region in Deutschland und Europa wird. Das wäre zugleich eine schwer wiegende Belastung für Westdeutschland und die weitere gesamtdeutsche Entwicklung. Ostdeutschland als Klotz am Bein oder als aktiver Teil eines sich wandelnden, entwicklungs offenen und dynamischen Europas – für Letzteres sollten sich die Ostdeutschen einbringen!

Leitbild wie Gestaltung sind auch deshalb nicht auf Ostdeutschland begrenzt, weil es zugleich wichtig ist, die Erfahrungen, Anregungen aus anderen Regionen Westdeutschlands und Europas, aus anderen Ländern aufzunehmen. Die globale Umbruchdimension ist ernst zu nehmen, viele der Antworten sind nur international, global zu suchen und zu finden. In der Umsetzung gibt es den Bedarf internationaler Abstimmung. Eben deshalb sind auch die Herausforderungen eines offenen Lern- und Suchprozesses ernst zu neh-

men. Mit diesem Zukunftskonzept werden gute Argumente und ein solider Vorschlag für eine zukunftsfähige Entwicklung Ostdeutschlands, seiner Länder und Regionen, für eine lebenswerte Zukunft der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes unterbreitet.

Das vorgelegte Handlungskonzept für ein „Ostdeutschland 2020“ ist nicht vordergründig als Antwort aus der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise erwachsen. Es ist vielmehr als eine Antwort auf diejenigen tieferen und längerfristigen Entwicklungen entstanden, welche in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise nur ihre gefährliche Zuspitzung erfahren. Damit muss es dann in seinen Details zugleich immer auch Bezugnahme auf die aktuellen Herausforderungen sein. Hierfür stehen die dargelegten Alternativen. Insofern war die Frage, wie ein Pfadwechsel begründet und stimuliert werden kann wichtiger als die, welche Früchte in zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren bei einem solchen Richtungswechsel möglicherweise zu ernten wären. Ostdeutschland kann und muss im Interesse seiner Bürgerinnen und Bürger in diesem Zeitraum deutliche Schritte zu einer zukunftsfähigen, solidarischen und wirtschaftlich selbsttragenden Entwicklung unternommen haben. Und um diese Alternative geht es zuerst.

Autoren

Berg, Frank Prof. Dr. habil., Sozial- und Politikwissenschaftler, Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e.V.)

Koch, Frank Thomas Dr. habil., Kulturwissenschaftler, Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e.V.)

Land, Rainer Dr. habil., Sozialwissenschaftler, Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V.

Reißig, Rolf Prof. Dr. habil., Sozial- und Politikwissenschaftler, Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e.V.)

Thomas, Michael Dr. phil., Sozialwissenschaftler, Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e.V.)

